

# DER KAMPF

Jahrgang 2

1. Mai 1909

8. Heft

## Otto Bauer: Der Weg zur Macht

In anderer Stimmung als in den letzten Jahren feiern wir heuer den 1. Mai.

Tage der Siegesfreude waren in den letzten Jahren die Maitage. In der Periode der Hochkonjunktur sind unsere Gewerkschaften erstarkt. In zahllosen erfolgreichen Kämpfen haben sie die Unternehmerklasse besiegt. Wie in der Fabrik ist auch im Staate die organisierte Arbeiterschaft zur gefürchteten Macht geworden. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht wurde errungen. Der Sozialdemokratische Verband im Abgeordnetenhaus hat sich im Kampfe gegen die bürgerliche Koalition als eine starke Wehr der Arbeiterklasse bewährt. Stolz der errungenen Macht feierten wir den Festtag der Arbeit.

Nun aber sind im Gefolge der Wirtschaftskrise Elend und Arbeitslosigkeit wiedergekehrt. Die Gewerkschaften müssen sich auf die Verteidigung des Errungenen beschränken. Der nationale Hader verhindert im Parlament die soziale Reformarbeit. Der drohenden Kriegsgefahr konnten wir nichts als Worte des Protests entgegensetzen. Die Grenzen der Macht, die wir uns errungen haben, hat das letzte Jahr uns erkennen gelehrt. An neue Machtkämpfe denken wir heuer am 1. Mai. Die grosse Frage nach dem Weg zur Macht trifft heute die Arbeiterklasse in empfänglicher Stimmung.

Die letzte Geschichtsepoche, die mit der französischen Revolution im Februar 1848 begonnen und mit der russischen Revolution im Oktober 1905 geendet hat, zerfällt in zwei deutlich geschiedene Abschnitte.

Vom Jahre 1848 bis zum Jahre 1871 dauerte das Zeitalter der grossen sozialen, politischen und nationalen Umwälzungen. In diese Zeit fällt die europäische Revolution vom Jahre 1848, der preussische Militärkonflikt und der Agitationsfeldzug Lassalles 1863, der polnische Aufstand und die Gründung der Internationale 1864, die Erhebung des Pariser Proletariats im Jahre 1871. In diese Zeit fallen die italienischen Kriege 1848, 1859 und 1866, der Krimkrieg 1853, der dänische Krieg 1864, der preussisch-österreichische Krieg 1866, der deutsch-französische Krieg 1870. Es war eine Zeit der grössten sozialen Umwälzungen: die bürgerliche Revolution hat die Grundherrschaft beseitigt, die Gewerbefreiheit geschaffen, die Grundlagen des internationalen Handelsvertragssystems gelegt. Es war eine Zeit nationaler Staatsbildungen: das Deutsche Reich, das Königreich Italien, der ungarische Nationalstaat sind in diesen Kämpfen entstanden. Fast alle Staaten haben in dieser Periode die gewaltigsten Umwälzungen ihrer Verfassung erlebt. So fällt in Oesterreich in diese Zeit die provisorische Verfassung vom März und Mai 1848, der Kremsierer Verfassungsentwurf und die oktroyierte Märzverfassung von 1849, das Silvesterpatent von 1851, das Oktoberdiplom von 1860, das Februarpatent 1861, die Sistierung der Verfassung 1865, die Dezembergesetze 1867, die Eroberung des Koalitionsrechts 1870, Hohenwarts Glück und Ende 1871 — welche Reihe von Umwälzungen!

Auf diese Periode der Umwälzungen folgte dann aber eine Epoche des ruhigen Aufbaues, der langsamen und allmählichen Entwicklung, die von 1871 bis 1905 dauerte. In dieser Zeit hat Mitteleuropa keinen Krieg, keine Revolution, keine Staatsbildung mehr erlebt. Langsame Umgestaltungen des Verfassungslebens, allmählicher Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung charakterisieren diese Epoche. Obwohl gerade in diesem Menschenalter der Kapitalismus in Europa ungeheuer erstarkt ist, obwohl er gerade in dieser Zeit sein Reich über den ganzen Erdkreis ausgedehnt hat, blieb doch das staatliche Leben in Europa selbst von allen grossen Erschütterungen verschont.

Karl Kautsky sucht nun in seinem neuen Schriftchen „Der Weg zur Macht“ wahrscheinlich zu machen, dass wir einer Periode entgegengehen, die der revolutionären Epoche 1848 bis 1871 ähnlicher sein wird als der Zeit der Ruhe, die wir von 1871 bis 1905 erlebt haben. Diese Vermutung stützt er auf folgende Gedankenreihen:

Das Proletariat bildet in allen kapitalistisch entwickelten Staaten den grössten und am schnellsten wachsenden Teil, im Deutschen Reich schon fast drei Viertel der Bevölkerung. In starken politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sind die reifsten Schichten des Proletariats vereinigt. Bei langsamer Entwicklung der Gesellschaft kann es diesen Organisationen freilich nicht gelingen, die ganze Arbeiterklasse in einer grossen einheitlichen und schlagfertigen Armee zu vereinigen. Je schneller das Proletariat wächst, desto zahlreicher sind ja innerhalb der Arbeiterklasse die Elemente, die sich von der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Gedankenwelt noch nicht zu befreien vermochten. Nur in einem Zeitalter grosser politischer Umwälzungen, die die Volksmassen aufrütteln, lernen Hunderttausende in wenigen Jahren, wozu sie sonst Menschenalter brauchen würden. Einem solchen Zeitalter gehen wir entgegen.

Die Arbeiterklasse leidet heute unter den hohen Preisen aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Die Verwandlung der Vereinigten Staaten in einen Industriestaat und der Bankrott der russischen Landwirtschaft erschweren die Versorgung Europas mit billigen Lebensmitteln. Kartelle und Trusts verteuern die Industrieprodukte. Durch die Schutzzölle und die indirekten Abgaben wird diese Tendenz noch gestärkt. Sie zwingt die Arbeiter zum Kampfe um höhere Löhne. Aber dem gewerkschaftlichen Kampfe türmen sich gewaltige Hindernisse entgegen: der Ausbau der Unternehmerverbände und der Zuzug ausländischer Arbeiter. So unentbehrlich die Gewerkschaften sind, dürfen wir doch nicht erwarten, dass sie das Proletariat noch einmal so mächtig vorwärtsbringen werden wie in den letzten zwölf Jahren.

Mit desto grösserer Energie wird die Arbeiterklasse vom Staate Hilfe verlangen. Aber auch hier stehen dem Erfolg grosse Hindernisse entgegen. Die Rüstungen zu Land und zu Wasser, die die Kolonialpolitik und der Imperialismus erfordern, verschlingen die finanziellen Mittel des Staates und verhindern dadurch die Verwendung staatlicher Mittel für sozialpolitische Zwecke. Die Mittelklassen, die dem Klassenkampf der Arbeiterschaft gegen die industrielle Unternehmerklasse früher neutral oder sympathisch gegenübergestanden sind, sind heute der Arbeiterklasse feind: die Handwerksmeister, weil sie sich von den Gewerkschaften, die Kleinhändler, weil sie sich von den Konsumvereinen bedroht fühlen, die Bauern, weil sie im Gegensatz zu den Arbeitern hohe Lebensmittelpreise wünschen, die Intellektuellen, weil sie sich durch den Kampf des Proletariats gegen den Imperialismus abgestossen fühlen. Die Arbeiterklasse ist nicht imstande, grosse soziale Reformgesetze zu erringen. Sie muss daher die Aenderung der Verfassung anstreben, um ihre Macht im Staate zu steigern. Im Deutschen Reich fordert sie die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise, die Steigerung der Macht und die Ausdehnung der Kompetenzen des Reichstages, die Demokratisierung des Landtagswahlrechts in Preussen und Sachsen, die Einschränkung der Heeres- und Flottenrüstungen. Die politische Aktion, der Kampf um die politische Macht tritt im Bewusstsein des Proletariats an die erste Stelle.

Diesen politischen Kämpfen stehen freilich noch viele Hunderttausende Arbeiter teilnahmslos gegenüber. Sie werden erst durch grosse weltgeschichtliche Ereignisse aufrüttelt werden. Der Imperialismus und die militärischen Rüstungen erzeugen eine Kriegsgefahr, die schliesslich nicht mehr zu bannen sein wird. Die Völker Asiens und Nordafrikas beginnen sich gegen die Herrschaft der kapitalistischen Grossmächte zu erheben; ihr Erwachen wird auch in Europa die folgenschwersten Wirkungen herbeiführen. Kriegerische Verwicklungen und blutige Revolutionen der unterworfenen Völker des Orients werden auch in Europa eine Periode gewaltiger Machtverschiebungen einleiten. Diese Periode kann nicht anders enden als mit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Ob das Zeitalter der proletarischen Revolution ebensolange dauern wird wie das der bürgerlichen, die 1789 begann und bis 1871 währte, und in welcher Form sich die grossen politischen Machtverschiebungen vollziehen, welcher Waffen sich die kämpfenden Klassen bedienen werden, ist heute natürlich noch nicht zu erkennen. Gewiss ist aber, dass das Proletariat in dieser Periode der Umwälzungen die selbstlosen

und weitblickenden Elemente aller Klassen in sich aufnehmen, die zurückgebliebenen Elemente in seiner Mitte mit Einsicht und Hoffnungsfreudigkeit erfüllen und auf diese Weise fähig werden wird, die grosse wirtschaftliche Umwälzung, die gesellschaftliche Organisation der Weltwirtschaft einzuleiten.

\* \* \*

Kautskys Schlussreihen beruhen auf der Beobachtung einiger unbestreitbarer Tatsachen. Doch scheint es uns, dass einigen der von Kautsky dargestellten Entwicklungstendenzen mächtige Gegentendenzen entgegenwirken.

Genosse Kautsky glaubt, dass das Proletariat im gewerkschaftlichen Kampf und im Kampf um soziale Reformgesetze schon fast alles errungen hat, was es ohne eine grosse Verschiebung der politischen Machtverhältnisse überhaupt erringen kann. Der weitere Fortschritt des Proletariats stosse auf immer mächtigere Hindernisse; ihre Ueberwindung sei nicht ohne grosse politische Umwälzungen möglich.

Gewiss wird die Kaufkraft des Geldlohnes durch die Verteuerung vieler Waren verringert; gewiss werden die Warenpreise auch in Zukunft steigen, soweit ihr Steigen auf die Preispolitik der Kartelle und Trusts, auf die Erhöhung der Zölle und indirekten Abgaben zurückzuführen ist. Dagegen lässt sich noch nicht entscheiden, ob nicht neben Amerika sehr bald neue grosse Produktionsgebiete den europäischen Getreidemarkt versorgen werden. Aegypten wird wohl schon in den nächsten Jahren, Vorderasien vielleicht in nicht zu ferner Zeit ansehnliche Mengen Getreide nach Europa ausführen. Auch scheint es mir keineswegs gewiss, dass Russland seine Getreideausfuhr nicht zu vermehren imstande sein wird. In einigen Gebieten Russlands geht eben jetzt der Fortschritt zu intensiverer Kultur ziemlich schnell vor sich; und dass die Erträgnisse dieser Landwirtschaft auf den Weltmarkt gebracht werden, dafür sorgt schon, durch die schwere Schuldenlast des russischen Staates gezwungen, die russische Steuerpolitik. Ausserdem ist das Steigen der Warenpreise teilweise wohl auch auf das Sinken der Produktionskosten des Goldes zurückzuführen; ob und mit welcher Kraft diese Ursache des Steigens der Warenpreise in Zukunft wirken wird, lässt sich heute noch nicht ermesen.

Gewiss stellt das Erstarren der Unternehmerverbände den Gewerkschaften neue schwere Aufgaben. Wer aber die Zahl der organisierten mit der Masse der organisationsfähigen Arbeiter vergleicht, wer sich erinnert, wie schnell die Gewerkschaften während der letzten Prosperität gewachsen sind und wie wenig sie in den Jahren der Depression verloren haben, wie ihre finanzielle Kraft, wie die Disziplin und Opferwilligkeit ihrer Mitglieder noch viel schneller wächst als ihre Zahl, wer schliesslich erwägt, welches grosses Heer von gelernten, also nicht leicht ersetzbaren Arbeitskräften gerade der moderne Grossbetrieb zur Beaufsichtigung des automatisierten Produktionsprozesses braucht, wird an der Möglichkeit nicht verzweifeln, auch durch Kampfmittel rein gewerkschaftlicher Natur selbst den kapitalkräftigsten Unternehmungen unmittelbare Erfolge abzuringen. Es mag sein, dass in einzelnen Industriezweigen, in denen die Kampfbedingungen dem Unternehmertum besonders günstig sind, die gewerkschaftlichen Kampfmittel allein versagen; aber jeder Blick auf die Betriebsstatistik beweist, dass diese Produktionszweige nur einen kleinen Teil der gesamten Arbeiterschaft beschäftigen.

Gewiss belastet auch die Einwanderung fremder Arbeiter den Arbeitsmarkt. Aber soweit die fremden Arbeiter aus industriell-kapitalistischen Ländern einwandern, können sie von der gewerkschaftlichen Organisation desto leichter gewonnen werden, je schneller sich die gewerkschaftliche Bewegung auch im Osten und Süden Europas entwickelt; ihre Zahl ist nur dann gross, wenn eine schnell wachsende Industrie unter wirklichem Mangel an Arbeitskräften leidet, also gerade bei günstiger Lage auf dem Arbeitsmarkt; diese Wanderung belastet den Arbeitsmarkt eines Gebietes, entlastet ihn aber dafür in einem anderen Teile der kapitalistischen Welt. Sie erschwert nicht den Aufstieg der ganzen Arbeiterklasse, sondern gleicht nur allzu grosse Unterschiede der Lohnhöhe aus. Weit gefährlicher ist allerdings die Einwanderung aus agrarisch-hauswirtschaftlichen Gebieten. In diesen sind diese Einwanderer in Deutschland und Oesterreich in grösseren Massen nur in jene Produktionszweige eingedrungen, von denen sich ein grosser Teil der heimischen Ar-

beiterschaft in den Jahren der Prosperität abgewendet hat, in denen daher auch trotz des Zuzuges der Einwanderer die Löhne nicht unbeträchtlich gestiegen sind, so insbesondere in die Landwirtschaft. Allerdings ist es nicht undenkbar, dass auch in Europa der Versuch unternommen werden wird, Kontraktsklaven in grossen Massen zu importieren; die Agrarier, durch die Leutenot geschreckt, stellen ja in Deutschland und Oesterreich, ja selbst in Galizien und Ungarn diese Forderung. Ein solcher Versuch wäre allerdings geeignet, die europäische Arbeiterschaft zu einer revolutionären Erhebung zu treiben.

Heute aber braucht uns um die Möglichkeit, im gewerkschaftlichen Kampfe Erfolge zu erringen, noch lange nicht bange zu sein. Kautsky zieht aus einer amerikanischen Lohnstatistik den Schluss, dass die Reallöhne der Arbeiter in den Vereinigten Staaten selbst in den letzten Jahren der Prosperitätsperiode gesunken seien. Ich halte diese nach einer von vielen Statistikern verworfenen Methode gearbeitete Statistik überhaupt für wenig beweiskräftig; jedenfalls aber beweist sie nichts für die europäische Arbeiterklasse. Die amerikanischen Arbeiter verdanken ihre verhältnismässig hohen Löhne der Tatsache, dass Amerika noch vor kurzer Zeit den ökonomischen Charakter eines Kolonialgebietes trug; heute, da diese Ursache zu wirken aufhört, ist das Lohnniveau der amerikanischen Arbeiter vielleicht gefährdet, jedenfalls seine weitere Erhöhung schwer zu erreichen. In Europa liegt eine solche Veränderung in den Bestimmungsgründen des Arbeitslohnes nicht vor. Schliesslich aber handelt es sich im gewerkschaftlichen Kampfe nicht nur um den Arbeitslohn, sondern auch um die Arbeitszeit, um die hygienischen Verhältnisse und um die soziale Stellung des Arbeiters im Betriebe; dass hier grosse Erfolge errungen worden sind und noch errungen werden können, ist unbestreitbar.

Im letzten Grunde hängt die Kraft der Unternehmerverbände wie die Kraft der Gewerkschaften von dem Verhältnis ab, in welchem die Wachstumsrate des im Inlande verwendeten Lohnkapitals zu der Wachstumsrate der im Inlande verfügbaren Arbeiterbevölkerung steht. Dieses Verhältnis wird durch den schnellen Fortschritt zu höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals und durch den Kapitalexport auf der einen, durch die schnelle Vermehrung der Volkszahl des Proletariats auf der anderen Seite in ungünstigem Sinne, aber andererseits durch das ungeheure Wachstum der akkumulierbaren Mehrwertmassen, durch das Steigen der Akkumulationsrate und durch die jetzt überaus schnell vollzogene Verwandlung aller verfügbaren Vermögenssplitter in Kapital in dem der Arbeiterschaft günstigen Sinne beeinflusst. Unter solchen Umständen scheint mir Kautskys pessimistische Annahme unbegründet.

Auch den Kampf um soziale Reformgesetze halte ich für weniger aussichtslos als Kautsky. Gewiss erstarkt der Widerstand der besitzenden Klassen gegen jede soziale Reform; die Zeit, in der auch ein grosser Teil der Besitzenden sich für Arbeiterschutzgesetze begeisterte, ist vorüber. Aber so ungerne die bürgerlichen Parteien der Arbeiterschaft ein Zugeständnis gewähren, zwingt sie der Wettbewerb um die Arbeiterstimmen, die Furcht vor der Werbekraft der Sozialdemokratie doch, von Zeit zu Zeit auch der Arbeiterschaft eine Schüssel von ihrem reichbesetzten Tische zu reichen. Je mehr die bürgerlichen Parteien die Revolutionierung der heute noch in bürgerlicher Denkweise befangenen Teile der Arbeiterschaft fürchten müssen, desto weniger können sie sich diesem Gebot politischer Selbsterhaltung verschliessen.

Ich glaube daher, dass der Arbeiterklasse auch unter den heutigen Machtverhältnissen unmittelbare Errungenschaften im politischen wie im gewerkschaftlichen Kampfe nicht versagt bleiben werden. So gewiss es ist, dass das Gesamteinkommen der Arbeiterklasse langsamer steigt als das von ihr geschaffene Gesamteinkommen der Gesellschaft, so unbegründet erscheint mir die Behauptung, dass die Arbeiterklasse die absolute Grösse ihres Realeinkommens unter bürgerlicher Herrschaft nicht mehr zu erhöhen vermöge.

Gerade weil wir das Ergebnis von Kautskys Suche nach dem „Weg zur Macht“ für richtig halten, erscheint es uns gefährlich, den Beweis auf unrichtige oder doch sehr unsichere Voraussetzungen zu stützen. Wir glauben nicht, dass das Proletariat zum Entscheidungskampf um die politische Macht erst reif werden wird, wenn es unter bürgerlicher Herrschaft keinen Teilerfolg mehr zu erringen vermag. Im Gegenteil! Eine Arbeiterklasse, die Jahre lang im Kampfe ihr Bestes leistet und dennoch keinen Erfolg erzielt, wird schwer der Versuchung widerstehen, den Erfolg auf Wegen zu suchen, die sie weit

von den Bahnen des revolutionären Klassenkampfes entfernen können. Eine Arbeiterschaft, die wir lehren, dass sie keinen Erfolg mehr erreichen kann, ehe ihr nicht von aussen, aus weiter Ferne weltgeschichtliche Ereignisse zu Hilfe kommen, wird Hoffnung und Tatkraft, Leidenschaft und Mut verlieren. Dagegen stählt jeder Sieg im täglichen Kampfe das Selbstbewusstsein, die Siegesgewissheit der Arbeiterklasse. Eine sozialistisch erzogene Arbeiterschaft wird gerade aus einer Reihe kühn erkämpfter Teilerfolge den Mut zum Kampfe um das Ganze schöpfen. Und dass wir uns einem Zeitalter solcher Kämpfe nähern, ist auch unsere Meinung.

\* \* \*

Wir leben in einem Zeitalter ungeheuren wirtschaftlichen Wachstums. In schnellerem Tempo als jemals vorher wurde das Reich des Kapitalismus in den Jahren 1895 bis 1907 ausgedehnt. Der Kohlenbergbau, die Eisen- und Stahlproduktion, die Maschinenindustrie — also diejenigen Industriezweige, die der ganzen Volkswirtschaft ihren Nahrungstoff schaffen, ihre Rüstung liefern, haben ihre Erzeugung niemals so gewaltig vermehrt wie in diesen Jahren. Dieses äussere Wachstum ist von bedeutungsvollen inneren Veränderungen im Wesen der kapitalistischen Unternehmung begleitet.

In der Entstehungszeit der klassischen Literatur des wissenschaftlichen Sozialismus standen einander in jedem Produktionszweige viele einzelne Unternehmungen gegenüber, jede von ihnen im Besitz eines einzelnen Kapitalisten, alle im heftigsten Konkurrenzkampf gegeneinander. Durch die schnelle Entwicklung der Aktiengesellschaften und durch die enge Verflechtung der Industrie mit dem Bankwesen wurde dieses Verhältnis völlig verändert. An jedem grossen Unternehmen sind nun — als Aktienbesitzer, als Gläubiger, als Besitzer von Bankaktien oder Bankeinlagen — viele Kapitalisten interessiert, jeder grosse Kapitalist gleichzeitig an vielen Unternehmungen. Die ökonomische Verknüpfung der Unternehmungen durch den Kapitalsbesitz findet ihren organisatorischen Ausdruck in ihrer Vereinigung in Kartellen und Trusts, die zu immer mächtigeren und dauerhafteren Gebilden werden, die sich nicht mehr auf die Preisfestsetzung beschränken, sondern auch den Umfang der Produktion bestimmen, die Arbeitsteilung regeln, den Vertrieb der Waren besorgen, den Händler in ihren Agenten verwandeln. Der einzelne Unternehmer ist nicht mehr Herr in seinem Hause: den Kapitalmarkt beherrscht die Grossbank, den Warenmarkt das Kartell, den Arbeitsmarkt der Unternehmerverband. Die wirtschaftlichen Entschliessungen über Art und Umfang der Produktion, Preis und Vertrieb der Ware scheinen nicht mehr durch die blind waltenden Gesetze der Konkurrenz diktiert zu werden, sie werden von wohlgegliederten Organisationen beraten und beschlossen.

Um sich der Uebermacht des grösseren Kapitals zu erwehren, gründen auch die kleinen Unternehmer im Gewerbe, im Handel und in der Landwirtschaft gemeinsame kapitalistische Unternehmungen. Der Genossenschaftskapitalismus löst aus dem landwirtschaftlichen Betrieb die Funktionen der Kreditversorgung, des Verkaufes und der Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse heraus und überträgt sie einem Unternehmen, das alle Merkmale kapitalistischer Unternehmungen trägt, mag auch nicht ein einzelner grosser Kapitalist, sondern eine Genossenschaft kleiner Unternehmer sein Besitzer sein. Aehnliche Tendenzen setzen, wenn auch mit geringerer Kraft, im Gewerbe und im Kleinhandel ein. Wie die grosse Industrie, so treten auch die niedrigeren Sphären der Volkswirtschaft in das Zeitalter der Kapitalsassoziation, der bewussten Organisation des Wirtschaftslebens auf kapitalistischer Basis ein.

Die Gesellschaft besteht nicht mehr aus vereinzelt, unverbundenen kapitalistischen Unternehmungen, die im Konkurrenzkampf miteinander liegen, sondern aus grossen, auf Kapitalsassoziation beruhenden kapitalistischen Organisationen, die im Machtkampf gegeneinander stehen.

In der älteren individualkapitalistischen Periode war jeder Unternehmer Gesetzen des Konkurrenzkampfes unterworfen, die ihm wie Naturmächte gegenüberstanden, von keinem einzelnen, von keiner Organisation, selbst vom Staate nicht beherrschbar; es waren Gesetze, die sich, nach dem Worte des jungen Engels, „ohne das Bewusstsein der Beteiligten“ vollzogen. Heute wirken diese Gesetze wohl auch; jeder

Umschwung der Konjunktur zeigt den kapitalistischen Organisationen die für sie unübersteigbaren Schranken ihrer Macht. Aber was die Gesetze des kapitalistischen Wirtschaftslebens diktieren, muss nun doch „durch den Kopf der Menschen hindurchgehen“, von ihren Organisationen beraten und beschlossen werden. Alles wirtschaftliches Geschehen wird zur bewussten Tat der Organisationen.

Auch der Staat wird nun zu einer solchen Organisation. Der Manchesterliberalismus ist tot. Alle wirtschaftlichen Organisationen suchen den Staat in ihren Dienst zu stellen. Sie fordern von ihm nicht mehr bloss den Schutz ihres Eigentums, sondern unmittelbares Eingreifen in das Wirtschaftsleben. Das System der Zölle und Einfuhrverbote, der Eisenbahn- und Schifffahrtstarife, der Subventionen, Prämien und Liebesgaben, die ganze Gestaltung des Steuerwesens mit seinen komplizierten Mitteln der Kontingentierung, der Repartition, der Steuernachlässe und Restitutionen, die Ausnützung der Staatsbetriebe, Monopole und Regalien für wirtschaftliche Zwecke, die Regelung der öffentlichen Arbeiten und Lieferungen — alle diese und viele andere mittelstaatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben zwingen alle Organisationen zur Beeinflussung der Staatsgewalt, zum Kampfe um die politische Macht. Das ganze politische Leben löst sich in die Machtkämpfe der Interessentengruppen auf.

In diesen Kämpfen verzichten die Interessentengruppen bald auf die ideologische Verhüllung ihres Strebens. Jede Frage der Gesetzgebung und Verwaltung wird von jeder Organisation mit schamloser Offenheit von dem Gesichtspunkt aus geprüft, was das wirtschaftliche Interesse ihrer Mitglieder und was ihr Bedürfnis nach Macht erfordert. Jede Organisation bekennt offen, dass sie nichts als Gewinn und Macht, Behauptung im Daseinskampf, einen Platz an der Sonne erstrebt. Die ganze Öffentlichkeit beirachtet sich an dem Wörtchen Macht. Das Bürgertum hat alle seine Grundsätze, Freiheit und Gleichheit, Humanität und Christentum, Nation und Vaterland vergessen. Jede Schandtats erscheint ihm erlaubt, wenn sie wirtschaftlichen Vorteil bringt, jeder Verrat geheiligt, wenn er zur Macht führt.

In dieser Atmosphäre des Egoismus der Interessentengruppen, des unverhüllten Machtkampfes lebt auch das Proletariat. Auch sein Bewusstsein beherrscht der Wille zur Macht. Revolutionäre und Opportunisten mögen über den Weg zur Macht streiten, über das Ziel sind sie einig. Je mehr sich alles politische Leben in die Machtkämpfe wirtschaftlicher Organisationen auflöst, desto stärker wird das Drängen des Proletariats nach der Eroberung der politischen Macht.

Die Gedanken- und Stimmungswelt des nacktesten Egoismus, des unverhüllten Kampfes um die Macht, die den Profit bringen soll, beherrscht auch die internationalen Beziehungen. Das Bürgertum hat jeden Widerstand gegen den Militarismus aufgegeben. Es wünscht seinem Staate, der machtvollsten und umfassendsten seiner wirtschaftlichen Organisationen, eine Furcht gebietende Rüstung. Die Riesenopfer der gewaltigen Rüstungen, die Unterdrückung fremder Völker, die erbarmungslose Ausnützung jeder Schwäche des Gegners, das Paktieren mit der Revolution hier und mit der Gegenrevolution dort, die Aufregungen und Opfer der Kriegsgefahr, ja selbst Massenmord und Massenelend — all das rechtfertigt der Wille der Nationen und Staaten zur Macht! So findet die Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe im Innern ihr Gegenbild in der Erbitterung der Nationen und Staaten gegeneinander, die die Gefahr eines europäischen Krieges von Jahr zu Jahr näher rückt.

Gleichzeitig aber entstehen neue Probleme im ganzen Osten Europas. Wirtschaftliche, soziale und politische Umwälzungen führen hier die bäuerlichen Volksmassen und die aus ihnen bestehenden Nationen auf die Bühne der Geschichte. Monatelang hat uns das serbische Problem in Atem gehalten. Das bulgarisch-serbische Problem in Mazedonien ist eine alte Sorge Europas. Die nationalen Probleme Ungarns bedrohen den magyarischen Nationalstaat und mit ihm die ganze Verfassung des Donauraumes. Aber noch steht uns die Aufrollung der grössten nationalen Probleme, der Nationalitätenfrage Russlands bevor. Wie immer die Phantasie sich die Zukunft des russischen Reiches gestalten mag, in jedem Falle wird der ruthenische, der weissrussische, der lettische Bauer, der Bauer Lithauens im zwanzigsten Jahrhundert zu neuem Dasein erwachen. Ob die russische Bourgeoisie die Scheinverfassung Russlands allmählich mit wirk-

lichem Leben erfüllen, ob sie im Bunde mit dem revolutionären Proletariat oder ob das Proletariat allein die Neugestaltung des staatlichen Lebens erkämpfen oder ob die Arbeiterklasse im Bunde mit der Bauernschaft in einer revolutionären Erhebung die Fronfesten des Zarismus brechen wird, wissen wir nicht; aber welche immer von diesen in den Kreisen der russischen Intelligenz so lebhaft erörterten Hypothesen von der Geschichte bestätigt werden wird, gewiss bleibt es in jedem Falle, dass die Entwicklung des russischen Reiches die Umwälzung des landwirtschaftlichen Betriebes, das Erwachen der bäuerlichen Massen, daher auch das Emporsteigen der geschichtslosen Nationen zur Folge haben wird. Die Polen waren allein wehrlos, solange sie der kompakten Masse des russischen Bauernreiches gegenüberstanden; auch ihr nationales Problem wird wieder lebendig, sobald sich von der Ostseeküste bis zum Kaukasus die geschichtslosen Nationen erheben. Werden die nationalen Kämpfe der geschichtslosen Nationen des Ostens in der revolutionären Epoche der Zukunft dieselbe Rolle spielen, die die nationalen Kämpfe der historischen Nationen, der Deutschen, Italiener, Polen und Magyaren, in der revolutionären Epoche der Vergangenheit gespielt haben?

Aber noch grössere nationale Probleme tauchen in Asien, im Norden Afrikas auf. Seitdem im russisch-japanischen Kriege der gelbe Mann den weissen besiegt hat, gärt es im nahen und fernen Osten. Wir haben das grosse Schauspiel der türkischen Revolution erlebt. Russland und England haben sich verbündet, das revolutionierte Persien zu unterwerfen, dessen Erhebung den asiatischen Unterworfenen beider Staaten zum Beispiel hätte werden können. Wir hören von revolutionären Bewegungen in Aegypten und in Indien. Alle diese Bewegungen können auf die Beziehungen der europäischen Grossmächte zueinander, daher auch auf die Machtkämpfe innerhalb der europäischen Staaten nicht ohne Einfluss bleiben.

Gewiss fehlt es auch den Mächten der Beharrung nicht an Kraft. Das lebende Geschlecht hat in West- und Mitteleuropa keine Revolution mehr erlebt; noch fehlt ihm der Glaube an die Revolution, der ihres Ausbruches und ihres Erfolges erste Voraussetzung ist. Die Demokratie kleidet die Machtkämpfe der Interessentengruppe in parlamentarische Formen, sie mildert dadurch die Schärfe der Gegensätze, sie löst jedes grosse Problem in eine Reihe kleiner Teilfragen auf. Die Furcht der Herrschenden vor den bewaffneten Volksmassen und die Aengstlichkeit mächtiger Kapitalistengruppen, denen jede politische Umwälzung grosse Verluste bringen kann, wirken der Kriegsgefahr entgegen. Die Grundherren und Kapitalisten in Russland und Polen haben aus Furcht vor der proletarischen Revolution mit dem Zarismus Frieden geschlossen. Das Erwachen der geschichtslosen Nationen im Osten Europas geht langsamer vor sich, als noch vor wenigen Jahren viele angenommen haben. Die revolutionäre Bewegung in Asien und Nordafrika ist heute noch auf eine verhältnismässig dünne Schicht der Bevölkerung und auf wenige Gebiete beschränkt. Aber so hoch wir auch die Kraft aller Hemmungen und Gegentendenzen einschätzen, bleiben doch alle Elemente grosser politischer Umwälzungen bestehen. Hat die Periode der Revolution mit dem Jahre 1905, dem glorreichen Jahre des russisch-japanischen Krieges und der russischen Revolution, des ungarischen Militärkonflikts und des österreichischen Wahlrechtskampfes bereits begonnen? Sind der Bund von Reval, die Flottenrüstungen Englands und Deutschlands, die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel und in Persien schon die Einleitung zu weltgeschichtlichen Ereignissen, die auch in die Strassen der europäischen Hauptstädte den Aufruhr tragen können? Oder wird es noch einmal gelingen, den Beginn der entscheidenden Kämpfe zu verschieben? In jedem Falle müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, dass wir einer Periode der Kriege, der nationalen Aufstände und staatlichen Neubildungen, der politischen und sozialen Umwälzungen entgegengehen.

\* \* \*

Wir stehen an der Schwelle eines Zeitalters, dem im Westen die Kämpfe der Klassen um die Staatsgewalt, im Osten die Kämpfe der Nationen um staatliches Dasein das Gepräge geben werden. Zwischen Westen und Osten steht Oesterreich in der Mitte. Wir werden im Bunde mit den Proletariern des Westens die Kämpfe um die Eroberung der politischen Macht führen, im Bunde mit den Völkern des Ostens die Schlachten für

das Selbstbestimmungsrecht der Nationen schlagen müssen. Für die Erziehung der Arbeitermassen Oesterreichs ist die Verbreitung und Vertiefung dieser Erkenntnis unentbehrlich.

Vor kurzem erst ist die österreichische Sozialdemokratie eine parlamentarische Partei geworden. Das Schwergewicht unserer politischen Aktion ist in die Wahlkämpfe und die parlamentarischen Kämpfe verlegt. Der Parlamentarier, der seine ganze Aufmerksamkeit pflichtgemäss auf die Vorgänge im Parlament konzentrieren, seine ganze Kraft und Geschicklichkeit den parlamentarischen Kämpfen widmen muss, sieht in der Weltgeschichte nur allzu leicht eine Reihe von Wahlkämpfen, Reden, Anträgen und Abstimmungen, parlamentarischen Kniffen und Intrigen; es ist seine Berufskrankheit, nur allzu leicht zu übersehen, dass die wirtschaftlichen Umwälzungen, die Veränderungen in der sozialen Gliederung der Nationen und im Selbstbewusstsein der Klassen, die Wandlungen im Machtverhältnis und Machtbewusstsein der Staaten über das Geschick der Klassen und Völker entscheiden, dass diese wahren Bestimmungsgründe des Geschehens stets jeder parlamentarischen Macht eine Grenze, ihrem Streben das Ziel setzen. Von dieser Berufskrankheit des Parlamentariers, die Marx den parlamentarischen Kretinismus genannt hat, konnten wir alle nicht ganz frei bleiben, seitdem die parlamentarischen Kämpfe zu einem unentbehrlichen Bestandteil unserer Aktion geworden sind. Wir sind ihr um so leichter erlegen, da das allgemeine und gleiche Stimmrecht für uns eine neue und in hartem Kampfe eroberte Waffe war, die Ueberschätzung ihrer Leistungsfähigkeit also schwer vermieden werden konnte. Aber der parlamentarische Kretinismus ist kaum irgendwo so gefährlich wie in Oesterreich. Wo der Streit um Studentenkappen und bunte Bänder, um Strassentafeln und Amtssiegel mehr als jede ernste Angelegenheit den parlamentarischen Kampf des Alltags beherrscht, erzeugt das parlamentarische Leben die Gefahr, dass auch wir angesteckt werden von dem Geist der Kleinlichkeit, dass das Gezänk um nichtige Albernheiten, von denen das Schicksal der Klassen und Völker wahrhaftig nicht abhängt, die proletarische Armee spaltet, dass wir unsere Einheit, die sicherste Bürgschaft unserer Kraft, preisgeben, um Mandate zu gewinnen. Darum ist es hier doppelt notwendig, die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen aller Nationen auf das grosse Weltgeschehen zu lenken, in dessen Entwicklung wir eine grosse gemeinsame Aufgabe zu erfüllen haben werden.

Die sozialen Kämpfe sind in Oesterreich eng mit den nationalen verflochten. Aus ihrer Verknüpfung entstehen verschiedene Gefahren. Einerseits rücken wir als internationale Partei in die kompromittierende Nachbarschaft des nationslosen Staates, wir erscheinen als seine Bundesgenossen im Kampfe gegen den Chauvinismus. Andererseits wird jeder Teil der Internationale zu einem Teil seiner Nation, zur Gefolgschaft ihrer besitzenden Klassen, wir fühlen uns berufen, mitzustreiten um Universitäten und Gymnasien, Richterernennungen und Gerichtsprotokolle. Einerseits gefährdet hier die internationale Einheit der Arbeiterklasse ihren revolutionären Charakter, andererseits wird ihre nationale Gliederung ihrer Einheit und ihrem Klassenbewusstsein zur Gefahr. Diese Gefahren sind in den Bedingungen unseres Kampfes begründet, sie können nicht völlig beseitigt werden. Aber nichts vermag ihnen so kräftig entgegenzuwirken wie die Erkenntnis, dass die Nationen ihre Souveränität nur erringen werden in dem nahenden Zeitalter der Revolutionen, der Staatsbildungen und Verfassungsumwälzungen, dass die Einheit und Freiheit unserer Nation mit der Einheit und Freiheit der anderen Nationen begründet werden wird durch den internationalen revolutionären Kampf der Arbeiterklasse gegen und um die Staatsgewalt, dass nicht das Gezänk um die winzigen Probleme, die der Tag bringt, sondern die Vorbereitung der grossen Entscheidungen der Zukunft im nationalen wie im sozialen Kampfe unsere wichtigste Aufgabe ist.

## Michael Schacherl: Lehren der Kriegsgefahr

Knapp am Kriege vorbei — das ist das Ergebnis der Opfer, die man den Völkern Oesterreichs seit Jahrzehnten für den „bewaffneten Frieden“ aufschwatzte, das ist das Resultat der zahllosen Monarchenbegegnungen, die von den Soldschreibern der Regierungen als ebensoviele Bürgschaften des Friedens ausposaunt wurden. Man braucht bloss die Ereignisse der letzten Wochen mit den verzückten Zeitungsartikeln zu vergleichen, die nach der Begegnung des Friedenszaren mit dem Friedenskaiser in Mürzsteg erschienen, und man wird sich des Lachens nicht erwehren können. Die Völker können daraus viel lernen.

Aber auch unsere Partei. Zum erstenmal seit dem Bestehen einer grossen sozialdemokratischen Arbeiterpartei stand Oesterreich am Vorabend eines Krieges. Keinerlei Vorwurf gegen irgend jemand liegt darin, wenn festgestellt werden muss, dass sich die entscheidende Wendung, die den Krieg vermied, nicht durch unser Eingreifen einstellte. Die schöne Friedenskundgebung, zu der unser Verband das Abgeordnetenhaus trieb, war ein Verdienst, weil sie die Kriegshetzer bei uns, die trotz der kritischen Lösung durchaus nach Serbien wollten, einschüchterte und die Friedensstimmung in Serbien ermutigte und stärkte. Unsere Kundgebung vermochte, was ihr gewiss grossen Wert gab, die Rekonvaleszenz von dem Kriegsfieber zu fördern und vor Rückfällen zu schützen. Aber die zur Genesung führende Krisis war bereits durch den Rückzug Russlands eingetreten. Sonst wären die Soldaten zweifellos in Serbien eingerückt und es wäre zu Schlachten gekommen.

Gar oft haben wir es in den letzten Jahrzehnten gelesen, geglaubt, geschrieben und gesagt, dass ein Krieg in Europa nicht mehr möglich sei, weil ihn die Völker nicht mehr zulassen würden, weil die Herrschenden das Risiko eines Krieges nicht wagen würden. Dies scheint durch die Ereignisse der letzten Wochen widerlegt zu sein. Allerdings war bei uns nicht die geringste Begeisterung für einen Krieg zu spüren, aber es gab auch keine Anzeichen, dass die Machthaber aus Rücksicht oder Furcht vor Aufständen und Revolutionen vor oder nach dem Kriege vor ihrem Plan zurückgeschreckt wären. Die Völker hätten sich zur Schlachtbank führen lassen — das ist eine harte Tatsache.

Die Stellung unserer Partei war eine äusserst schwierige. Man könnte allerdings fragen, wo denn in dieser Zeit das Internationale sozialistische Bureau war, wo die Kundgebungen des internationalen Proletariats für die Erhaltung des Friedens geblieben sind. Das schwere Problem für die Sozialdemokratie Oesterreich-Ungarns war, für den Frieden einzutreten, ohne dadurch ad usum Delphini, für den Gebrauch des serbischen Kronprinzen, zu arbeiten. In Serbien ist aber die sozialistische Partei infolge des Mangels an wirtschaftlicher Entwicklung zu klein, als dass eine gemeinsame Kundgebung der österreichisch-ungarischen und der serbischen Arbeiterschaft gegen den Krieg von entscheidender Bedeutung gewesen wäre. Dies erschwerte zweifellos die Stellung unserer Partei ungemein. Aber es ist nur die Frage, ob es jemals einen anderen Krieg geben wird, wo nicht die Stellungnahme der österreichischen Arbeiter gegen den Krieg ebenso die Gefahr in sich bergen würde, die Kriegslust des „Feindes“ zu steigern.

Wir müssten es dann wieder darauf ankommen lassen, ob es zum Kriege kommt, weil sonst der Nachbar durch unseren kräftigen Protest gegen den Krieg erst recht Anreiz zum Kriege bekommen könnte. . . .

Sagen wir es gleich heraus: Wir sind noch zu schwach, um einen Krieg zu verhüten. Unsere Schwäche ist die Schwäche der ganzen Bevölkerung, ist die Schwäche der Verfassung. Wir haben das gleiche Wahlrecht, in der inneren Politik haben wir eine Konstitution; aber in der äusseren Politik herrscht der alte Absolutismus. Die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt nach der Verfassung im Willen des Kaisers, aber in allem, was die endgültige Entscheidung vorbereitet und herbeiführt, ist das Volk nicht minder rechtlos und ausgeschaltet. Die äussere Politik ist ein höfisch-militärisches Geheimnis, von dem wir nur die Folgen zu tragen bekommen. Vielleicht ist es sogar wahr, dass der österreichische Ministerpräsident von der Annexion Bosniens

ebenso überrascht wurde wie die gewöhnlichen Sterblichen; jedenfalls sind die Bevölkerung und ihre Vertreter mit der vollendeten Tatsache überrumpelt worden und doch war sie der Ausgangspunkt für die Kriegsgefahr. Was unser Minister des Aeussern tut, was unsere Diplomaten brauen, was der Kaiser mit anderen Herrschern ausmacht, das ist alles der Einflussnahme und selbst der Kenntnis derer entzogen, die die bitteren Früchte zu kosten bekommen. Wir haben den nackten Absolutismus in der äusseren Politik, wo über Blut und Gut der Massen entschieden wird. Dass der Bestand der Delegation daran nichts ändert, braucht wohl nicht klargelegt zu werden.

Die Annexion und die daraus folgende Kriegsgefahr sind eine Mahnung an uns, den Kampf gegen den Absolutismus, den wir im Innern durch den Wahlrechtskampf gestürzt haben, ernsthaft aufzunehmen. Die Delegationen müssen als Mäntelchen des Absolutismus prinzipiell bekämpft werden, eine Aenderung der Verfassung in jenem Punkte, der von der Entscheidung über Krieg und Frieden handelt, muss nicht nur innerhalb des Parlaments — ein Antrag liegt ja vor — sondern auch ausserhalb des Abgeordnetenhauses mit aller Wucht propagiert werden. Die Kontrolle und Kritik der äusseren Politik muss im Abgeordnetenhause geübt werden. Jetzt, wo noch die ganze Bevölkerung im Banne des Schreckens darüber steht, dass sie gegen ihren Willen in einen Krieg verwickelt werden sollte, jetzt, wo es sich handgreiflich gezeigt hat, vor welchen Abgrund der Absolutismus in der äusseren Politik das Volk geführt hat, jetzt, wo noch in der ganzen Bevölkerung die Erregung, die Furcht vor einem Weltkrieg nachzittert, jetzt muss das Eisen geschmiedet werden. Jetzt ist Zeit zu einer grosszügigen, durch alle Gaue Oesterreichs gehenden Aktion gegen den Militarismus, gegen den Absolutismus im „Auswärtigen“, gegen die Mängel der Verfassung, die die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Volke vorenthält.

Und gegen die Agrarier! Bei aller Anerkennung unseres Kampfes gegen die agrarischen Bestrebungen muss gesagt werden, dass wir noch viel zu sanftmütig den Uebermut der Agrarier geduldet haben. Den agrarischen Gelüsten hat es die Arbeiterklasse und die gesamte konsumierende Bevölkerung nicht nur zu danken, dass ihr die Lebensmittel verteuert und dass die Industrie und der Handel mit den Balkanstaaten schwer geschädigt wurden, nein, auch zur Kriegsgefahr haben sie wesentlich beigetragen, indem sie durch ihre Zollkriege und Schädigungen der Urproduktion der agrarischen Balkanstaaten unten die feindselige Stimmung, ja die Verzweiflung schufen. In anderen kapitalistischen Staaten führt der Hunger der Fabrikanten nach Ausdehnung des Absatzes ihrer Waren oder nach Gewinn von Urprodukten und Rohstoffen zum Militarismus und zur Gefahr kriegerischer Verwicklung. Bei uns kommt es im Gegenteil zur höchsten Kriegsgefahr, weil die Agrarier die Grenzen hermetisch abschliessen und die Nachbarländer verhindern, ihre Urprodukte gegen die Erzeugnisse der Industrie umzutauschen! Eben jetzt, wo die Kriegsgefahr in letzter Stunde abgewendet wurde, treibt das rücksichtslose Agrariertum der Lebensmittelzöllner und Viehseuchenpharisäer Serbien durch den Zollkrieg der nackten Verzweiflung in die Arme und bereitet den Boden für neue Todesfeindschaft gegen Oesterreich! Es ist an der Zeit, dass eine Volksbewegung gegen das Agrariertum losbricht, dass die Arbeiter gegen die Lebensmittelverteuerer einen mächtigen Vorstoss unternehmen und die bürgerlichen Parteien der Städte vorwärts treiben!

Gegen den Militarismus, gegen den Absolutismus, gegen die Agrarier! Die drohende Kriegsgefahr hat den Boden empfänglich gemacht, säen wir rasch und wir werden Früchte des Friedens ernten. Mit dem 1. Mai sei der Anfang zu dieser Arbeit gemacht!

## Robert Preussler: **Der erste Arbeiterfeiertag**

Als der Internationale Sozialistenkongress zu Paris im Jahre 1889 den Beschluss fasste, alljährlich am 1. Mai eine internationale Kundgebung durchzuführen, welche in erster Linie dem Völkerfrieden und der Erringung des achtstündigen Arbeitstages ge-

widmet sein sollte, litt die österreichische Arbeiterbewegung noch unter den Nachwehen der Sozialistenverfolgungen und der inneren Zwistigkeiten.

Der Hainfelder Parteitag, welcher Ende Dezember 1888 bis 1. Jänner 1889 getagt hatte, brachte uns zwar die langersehnte innere Einigkeit, fand jedoch nur die Trümmer einer Organisation vor.

Die einzigen Organe der Partei waren die „Gleichheit“, der „Volksfreund“, der „Arbeiterwille“ und „Freigeist“, die jedoch die auf ein so grosses Gebiet zersplitterten Parteigenossen nicht in genügendem Masse zu erreichen vermochten, obwohl insbesondere die „Gleichheit“ nach der Hainfelder Einigung einen raschen Aufschwung nahm.

Es bedurfte eines besonderen Anstosses, einer alles erweckenden Tat, um die schlummernden Kräfte des österreichischen Proletariats zu wecken und der durch anderthalb Jahrzehnte dauernder Verfolgung und innerer Verwirrung geschwächten Bewegung jenen Schwung zu verleihen, der grössere Massen mitreisst und die zu Hainfeld gefassten Beschlüsse ins allgemeine Bewusstsein überführt.

Dieser Anstoss wurde durch den Pariser Kongressbeschluss herbeigeführt und alle durch die niedergetretenen Bedürfnisse unserer Arbeiterschaft angesammelte Spannung und Ungeduld kam in der befreienden Tat des ersten Arbeiterfeiertages in Oesterreich zum Ausdruck.

Es zeigte sich, dass die Reaktion nur hinausgeschoben, aber nichts aufgehoben hatte, denn die Nachricht aus Paris wurde in dem Lande, in welchem die Arbeiter oft jahrelang um einen Arbeiterbildungsverein oder Fachverein kämpfen mussten, um ihn nach kurzer Zeit der behördlichen Auflösung oder Sistierung preisgegeben zu sehen, mit einer geradezu beispiellosen Begeisterung aufgenommen. Die Arbeiter fühlten, dass durch den Pariser Kongressbeschluss Gelegenheit gegeben war, den Herrschenden einmal zu zeigen, wie viele Hunderttausende dem anscheinend ausgelöschten sozialistischen Gedanken mit leidenschaftlicher Liebe anhängen, sie waren, erwärmt von der Kraft der neuen Internationale, entschlossen, sich in der Erfüllung ihrer Lebens- und Kulturaufgaben nicht länger durch engherzige Bürokraten und vormärzliche Polizeiwesen behindern zu lassen. Mit dem kategorischen Imperativ einer Massenbewegung wollten sie auftreten und den Herrschenden demonstrieren, dass sich nun endlich die Notwendigkeiten der Zeit erfüllen müssen und dass sich die Arbeiter als Träger der modernen Kulturentwicklung auch ohne hohe behördliche Bewilligung um jeden Preis endlich Raum und Bewegungsfreiheit schaffen wollen. In den Fabriken war eine Bewegung wie nie zuvor, wie eine Auferstehung ging es durch die Herzen der Arbeiter, und es gab keinen anderen Gesprächsstoff mehr als die Vorbereitungen zur ersten Arbeiterfeier. Unsere löblichen Behörden, die bisher in den Sozialistenverfolgungen einzelnen Personen oder Vereinen gegenübergestanden, mit denen sie ja rasch fertig werden konnten, standen nun auf einmal einer Massenbewegung gegenüber, an der all ihre kleinen Künste zuschanden wurden.

Ihre totale Unkenntnis der Arbeiterbewegung und ihrer Ziele riet auf Revolution und Weltuntergang und sie zerbrachen sich die Köpfe darüber, ob man diese Klassenhebung nicht ebenso als staatsgefährlich verbieten könnte, wie seinerzeit Giskra den Sozialismus für das österreichische Staatsgebiet feierlichst verboten hatte. Schliesslich kamen jene denkwürdigen Statthaltereierlässe heraus, durch welche sich einzelne Landespaschas so blamierten. Das Militär wurde in Bereitschaft gehalten, die Gendarmerie in den industriellen Zentren zusammengezogen und die Unterbehörden angewiesen, allen drohenden Revoluzzereien durch energisches Eingreifen rasch ein Ende zu machen. Die Unternehmer, die bisher unter der Deckung der staatlichen Verwaltung alle Forderungen der Arbeiter unterdrückt hatten, fühlten sich der ungestümen Massenbewegung gegenüber machtlos und spornten die Behörden ebenfalls an, ihr altes Rezept anzuwenden und das angeblich bedrohte Eigentum zu schützen.

Ihr schlechtes Gewissen sagte ihnen, dass die Arbeiterfeier keinen anderen Zweck haben könne als den der Vergeltung. Einzelne besonders ängstliche Fabrikanten liessen für den 1. Mai-Tag ihre Kessel heizen und warben Feuerwehren und Veteranen an, um bei einem etwaigen Sturm auf ihre Fabriken mit siedendem Wasser gegen die Rebellen operieren zu können!

Die Arbeiterschaft dachte natürlich nicht daran, ihre Bewegung durch Gewaltanwendung zu diskreditieren. Sie war sich schon damals darüber klar, dass die Verwirklichung der sozialen Revolution kein Tagesereignis sein, sondern sich nur als stufenweise Kulturentwicklung vollziehen kann. Während sich der bürgerliche Spiesser durch seine Zeitungsschreiber über die sozialistische Arbeiterbewegung das Gruseln beibringen liess, waren in tausenden Arbeiterfamilien die Geschichtsschreiber, Nationalökonom, naturwissenschaftlichen Forscher, die Denker und Dichter zu Hause. In den entferntesten Winkeln Nordböhmens gab es Arbeiter, welche die schwierigen Materien aus dem „Kapital“ von Marx bewältigten und sich zu einer staunenswerten Klarheit über das grosse soziale Problem durchgerungen hatten.

Die Arbeiterschaft Oesterreichs hatte in den dunkelsten Zeiten ihrer Verfolgung mehr Belehrer der Massen, als das liberale Bürgertum, das seine eigenen Kulturaufgaben so vernachlässigte, ahnen konnte. Die Arbeiterschaft in den industriellen Zentren hatte daher bereits im Jahre 1890 eine hohe geistige Reife erlangt.

Der Gedanke, ihre Interessen- und Zielgemeinschaft mit den Arbeitern der ganzen Erde an einem Tage sichtbar zum Ausdruck zu bringen, zu zeigen, wie stark das Gefühl internationaler Solidarität in den Arbeitermassen entwickelt sei, hatte für unsere Arbeiterschaft etwas Packendes.

Aller Zwist, alles Misstrauen waren vergessen und fanden in den von Begeisterung überquellenden Herzen keinen Raum mehr, das Bewusstsein, einer Sache zu dienen, die ihre eigene Sache war und die sie mit Millionen von Proletariern verbindet, hob die Arbeiter empor und gab der Agitation für die Maifeier einen so unwiderstehlichen Schwung, dass Tausende bisher Fernstehender mitgerissen wurden und dass die Behörden und Unternehmer nicht den Mut fanden, sich diesem Strom von Begeisterung und Tatkraft entgegenzustellen.

Der 1. Mai 1890 ging als ein herrlicher, sonniger Tag auf und die Beteiligung der Arbeiterschaft übertraf unsere kühnsten Erwartungen. Wie mit einem Ruck hatten sich die bisher niedergebeugten Proletariernmassen erhoben. Die Feier war so allgemein, dass selbst in den entferntesten Winkeln des Reiches die Arbeit ruhte. In Wien, Graz, Prag, Brünn, in den nord- und westböhmischen Industriezentren, in den industriellen Gebieten Mährens und Schlesiens gestaltete sich die Feier zu nie erlebten Massenkundgebungen. Nur in wenigen Orten kam es zu Zusammenstössen mit der bewaffneten Macht. Die Arbeiter hatten sich durch ihre erste Arbeiterfeier auch den Behörden gegenüber Bewegungsfreiheit erzwungen, der Bann polizeilicher und bureaukratischer Willkür war gebrochen, denn die erste Maifeier hatte einen solchen Strom von Kraft und Entschlossenheit ausgelöst, dass alle Versuche, die alte Verfolgungspraxis wieder anzuwenden, an dem eisernen Widerstand der Arbeiter zuschanden wurden.

In allen Berufszweigen begann ein neues, frisches Leben. Kongress auf Kongress folgte, die Gewerkschaftsorganisation wuchs rasch empor, die Parteipresse nahm einen grossen Aufschwung, die Fortentwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung war für alle Zukunft gesichert und gewann gerade dadurch einen besonderen Antrieb, dass die Arbeiter während der Persekuationszeit ihre Forderungen hatten zurückstellen müssen und an dem industriellen Aufschwung nicht teilnehmen konnten. Die erste Arbeiterfeier war aber auch der Ausgangspunkt für den Wahlrechtskampf. Neben den internationalen Maiforderungen wurde die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht aufgestellt. Die Diskussion über die Wahlrechtsschande setzte von nun an nicht mehr aus, bis endlich das Privilegienparlament, dieser Drachenerd für nationale und klerikale Demagogie, niedergerungen und das Volkshaus errungen war.

Hält man sich diese geschichtlichen Tatsachen vor Augen, so begreift man, dass die Arbeiterschaft Oesterreichs mit besonderer Liebe an der Maifeier hängt.

Sie hat die grosse Tat der Hainfelder Einigung in den Massen lebendig gemacht. Von ihr nimmt die Entwicklung unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisation ihren Ausgang, von ihr empfangen wir die Kraft für die glorreich durchgeführten Wahlrechtskämpfe.

Die erste Maifeier stellte sich als eine elementare Volkskundgebung dar, bei der es kein Fragen und Bitten an die Gewalthaber gab und durch die wir uns endlich die bürgerliche Rechtsgleichheit errungen haben.

Als sich die Wogen dieser Volksbewegung gelegt hatten und die Unternehmer sahen, dass die Arbeiter noch nicht so stark seien, um die bürgerliche Macht zu überwinden, suchten sie die folgenden Arbeiterfeiertage zu verhindern. Sie bedrohten die Arbeiter mit Aussperrungen und setzten auch in den nordböhmischen Gebieten der Textilindustrie zeitweilig ihren Willen durch. Sie bedrängen uns heute noch mit mächtigen Gegenorganisationen und wollen die Kraft der Arbeiterklasse durch schwarze und gelbe Gewerkschaften lähmen. Ihre Bemühungen aber, uns den Arbeiterfeiertag zu nehmen, sind missglückt.

In allen Berufen ist das Recht der Maifeier vertragsmässig festgelegt und Stück um Stück bröckelt ab von dem alten Unternehmerabsolutismus.

Die Arbeiterschaft wird an der Maifeier festhalten mit ganzer Treue. Sie ist fest verankert in ihrem Herzen und bleibt unauslöschlich im Gedächtnis des österreichischen Proletariats als ein mächtiger Hebel in unserem Emanzipationskampf.

## Jakob Reumann: Unser erster Mai

Im Gebäude der k. k. Polizeidirektion in Wien ging es im April des Jahres 1890 drunter und drüber. Jeden Tag gab es erregte Konferenzen, deren Gegenstand die erste Maifeier der Wiener Arbeiter war. Die Meinungen über die Haltung, welche die Polizei diesem Ereignis gegenüber einzunehmen habe, waren sehr geteilt. Die einen — Büttelnaturen, in denen noch immer der alte Polizeigeist steckte — waren für die Unterdrückung der Maifeier mit allen Mitteln, die wenigen modern denkenden Beamten waren für die Nichtbehinderung der Feier und für ein Eingreifen der Polizei nur im Augenblick der äussersten Gefahr. Der Polizeipräsident Baron Kraus pendelte zwischen diesen beiden Meinungen unschlüssig hin und her; je erregter der Streit wurde, desto weniger kam er zu einem Entschluss. Vorerst versuchte die Wiener Polizei das oft bewährte Mittel der Einschüchterung, damit die Arbeiter von der Maifeier ablassen. Die Tagespresse wurde mit Nachrichten gefüttert über die Sicherheitsvorkehrungen, die gegen die Abhaltung der Maifeier getroffen werden. In diesen Tagen der „Gefahr“ rechtfertigte die bürgerliche Presse vollkommen das Vertrauen, das die Polizei in sie setzte. Sie jagte den Spiessern eine heillose Angst vor dem 1. Mai ein und wusste den Glauben wachzurufen, als ob an diesem Tage Mordbrennerbanden die Strassen durchziehen werden, die das geheiligte Eigentum zerstören.

Die „Neue Freie Presse“, die mit ihren Alarmnachrichten alle übrigen Blätter schlug, wusste auch die geängstigten Spiesser, die sich anschickten, ihre Wohnungen zu verbarrikadieren, zu „beruhigen“. Sie teilte mit, dass am 1. Mai „zunächst“ auf den öffentlichen Plätzen und in den Strassen Wiens starke Militärabteilungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgestellt werden. Diese Mitteilung sollte zugleich den Demonstranten Angst einjagen, aber auf die Wiener Arbeiter machte sie ebensowenig Eindruck wie die im „Neuen Wiener Tagblatt“ publizierten Aufrührparagrafen; die Vorbereitungen zur würdigen Begehung der Maifeier wurden keinen Augenblick durch ängstliche Bedenken zum Stocken gebracht.

Das Programm für den 1. Mai war festgestellt: Arbeitsruhe, Versammlungen, am Nachmittag Aufzug der Feiernden, Maifest im Prater. Von diesem Programm wurde nicht abgewichen. Die Losung war: Wir lassen uns nicht einschüchtern und nicht provozieren. Es war vergebens, dass man den Arbeitern vorhielt, es sei ein ungesetzliches Vorgehen, wenn sie sich selbst einen Feiertag geben. Es war vergebens, dass der Statthalter von Niederösterreich, Graf Kielmannsegg, der mit wahrer Lammsgeduld jeden Rechtsbruch duldete, der sich gegen Arbeiter richtete, urplötzlich

von einem fein ausgebildeten Rechtsbewusstsein übermannt, einen Erlass an die Arbeiter richtete, in dem er, der ihnen „diesen Frühlingstag gern zur Erholung gönnen würde“, die eintägige Arbeitsruhe als einen Bruch des Arbeitsvertrages bezeichnete, vor dem er warne, da gegen ihn mit der Strenge des Gesetzes vorgegangen werden müsse.

Als die Polizei sah, dass alle Drohungen nichts nützten, entschloss sie sich zur Initiative.

Nun sei mir gestattet, unsere — meine und des Genossen Bretschneider — vorbereitende Tätigkeit zur Maifeier und diese selbst zu schildern. Genosse Dr. Adler sass bereits über zwei Monate im Landesgericht, die Arbeit für den 1. Mai ruhte auf unseren Schultern. Sie war der weniger drückende Teil, aber die Verantwortung für das Kommende lag schwer auf uns. Dem Polizeipräsidenten Baron Kraus — der sich einen Monat vor dem 1. Mai weigerte, eine Deputation streikender Maurer zu empfangen — war immerhin die Dummheit eines provokatorischen Vorgehens der Wachorgane zuzutrauen. Zudem war der Mann den Einflüssen der Scharfmacher in Polizistenuniform, der Breitenfelds und Frankls ungemein zugänglich. Das wussten wir, als wir zu einer Unterredung in das Polizeipräsidium gerufen wurden. Mit Befriedigung konnten wir dort die Wahrnehmung machen, dass sich auch die Ansichten der modernen Richtung unter den Polizeibeamten geltend zu machen suchten. Die Unterhandlungen leitete ein Oberkommissär, der mir persönlich schon aus der Zeit des Drechslerstreiks bekannt war, Herr Habrda. Genosse Bretschneider und ich wurden von Herrn Habrda zunächst aufmerksam gemacht, dass die Polizei keinen Aufzug dulden könne. Das Parlament sei versammelt und es könne daher in nächster Nähe des Ortes, wo es seinen Sitz habe, kein Aufzug in geschlossenen Reihen stattfinden. Wir erwiderten beide, dass unter keinen Umständen von dem Programm der Maifeier abgegangen werde. Es handle sich um eine Kundgebung für den Achtsturentag, eine internationale Willensäußerung des Proletariats aller Länder, und diese werde auch in Wien durchgeführt werden, mit oder gegen den Willen der Polizei. Es kam nun zu längeren, stellenweise sehr erregten Auseinandersetzungen über die Durchführung der Maifeier. Wir konnten uns nicht einigen und entfernten uns mit dem Bewusstsein, es werde am 1. Mai zu Zusammenstößen mit der Polizei, eventuell auch mit dem Militär kommen. Die gleiche Meinung sprach ein guter Parteigenosse aus, der über die „Absichten der Regierung“ sehr gut informiert zu sein glaubte.

Wie in Regierungskreisen über die Maifeier gedacht wurde, ging aus einer Äusserung Taaffes im Parlament hervor, der anlässlich der Budgetdebatte, in der die Abgeordneten Dr. Kronawetter und Pernerstorfer zu dem Titel „Staatspolizei“ sprachen, sich dahin äusserte, der Zeitpunkt solcher Reden sei ein übelgewählter, da man vor dem 1. Mai stehe; durch diese Reden würden ja die Arbeiter geradezu angeregt zu exzedieren. Dennoch hoffe er, dass diese Kundgebung in friedlicher Weise verlaufen werde; und als Neigung zu Exzessen wurde allenthalben die Maikundgebung aufgefasst.

Alle diese verschiedenen Auffassungen gaben Anlass, die unheimlichen Gerüchte, die über den Ausfall der Maifeier in Umlauf gesetzt waren, zu vermehren. Wir arbeiteten aber unverdrossen an der Durchführung der Feier. Wir hatten auch im Prater, wo die Maifeier ihre Fortsetzung fand, die entsprechenden Lokalitäten aufzunehmen. Wir wussten, welche Furcht unter den Praterwirten herrschte, wie ängstlich sie den Dingen, die sich am 1. Mai ereignen sollten, entgegensahen. Freilich hätten wir die Wirte nicht erst fragen müssen, ob sie uns ihre Lokalitäten zur Verfügung stellen wollen, wir brauchten bloss deren Besetzung anzuordnen. Allein am 1. Mai wollten wir keinen Misston aufkommen lassen, wir zogen es daher vor, ein friedliches Uebereinkommen mit den Wirten zu treffen. Ausserdem wollten wir aber auch in einigen dieser Lokalitäten von der üblichen Pratermusik für so lange verschont sein, als es die Maifeier notwendig machte.

Genosse Bretschneider und ich erbateten uns, als wir uns auf den Weg machten, die Lokalitäten aufzunehmen, die Begleitung der Genossen Gehrke und Leissner. Durch einen Lokalausweis am Ort wollten wir uns zuerst ein Bild von der, not-

wendigen Gruppierung der Demonstrationsteilnehmer schaffen. Wir blieben bei unserer Arbeit nicht unbeachtet. Sehr bald bemerkten wir ein Organ der Sicherheitswache, das unser Tun, allerdings in respektvoller Entfernung, scharf beobachtete. Es dauerte aber nicht lange, so fand sich ein zweiter uniformierter Kollege ein, und als es an die Aufnahme der Lokale ging, begleiteten uns die beiden Wachmänner mit einer Ausdauer, als wären sie dazu kommandiert. In dieser Begleitung riefen wir bereits grösseres Aufsehen hervor, allenthalben glaubte man nun, es mit einer behördlichen Kommission zu tun zu haben. Trotzdem liessen sich die ersten Wirte, bei denen wir anfragen wollten, ob sie ihre Lokalitäten uns zur Verfügung stellen, einfach verleugnen.

Einer der ersten Wirte, der zusagte, war der vom „Eisvogel“; dass er es tat, war für uns von der grössten Bedeutung. Die Zusage des wackeren Mannes wirkte nämlich wie eine Anempfehlung. Nun wagte ein Wirt nach dem anderen, uns seine Lokalitäten zur Verfügung zu stellen. Auch die abwesenden Wirte stellten sich nun ein, und nach vierstündigen Unterhandlungen mit einer grossen Zahl von Personen waren die Vorarbeiten für die Maifeier im Prater vollendet. All die Wirte, die vorher für ihr Hab und Gut anlässlich der Maifeier gefürchtet hatten, waren nun aufgeklärt und setzten Vertrauen in die Arbeiterschaft. Als wir bereits auf dem Heimweg waren, kamen uns einige Wirte nach, um ihre Lokale anzubieten, die wir auch zur Reserve akzeptierten.

Auf der Polizeidirektion gab es noch immer zwischen uns und dem Beamten, der über die Maifeier mit uns zu konferieren hatte, scharfe Auseinandersetzungen.

Wiederholt legte uns Oberpolizeikommissär Habrda nahe, um die behördliche Bewilligung dieses öffentlichen Aufzuges einzuschreiten. Genosse Bretschneider und ich wendeten ein, dass wir von vornherein die Ueberzeugung haben, dass dadurch ein Verbot gerade heraufbeschworen werden würde und wir die Polizei gar nicht erst in die Situation bringen wollen, den Demonstrationzug der Wiener Arbeiterschaft — trotz Verbot — dennoch zu dulden oder es zu einem Blutvergiessen kommen zu lassen. Unsere unbeugsame Haltung, die ungestört fortgesetzten Vorarbeiten zur Feier, alle Versammlungsbeschlüsse, dass die Feier abgehalten werde, die aber auch eine starke Beteiligung erwarten liessen, all das versagte seine Wirkung nicht.

Endlich sah man in der Polizeidirektion ein, dass die Maifeier nicht verboten werden könnte, sollte es nicht zum Schlimmsten kommen. Die Ansichten Habrdas und einiger anderer Beamten hatten den Sieg über die bornierten Ansichten der Breitenfelds und Konsorten davongetragen. Das einfachste wäre nun allerdings gewesen, die Maifeier als einen Volksgebrauch zu erklären und einen Aufzug zu dulden. Aber so weit verstiegen sich auch die Seriösen bei der Polizeidirektion nicht. Sie zerbrachen sich den Kopf, wie dieser Aufzug doch nicht als Aufzug zu betrachten sei und daher der polizeilichen Genehmigung nicht bedürfe. Nach dieser Richtung hin bewegten sich auch unsere weiteren Konferenzen, und endlich gelangte man zu dem Auskunftsmittel des Aufmarsches in „losen Zügen“. Weitgehende Garantien verlangte jedoch die Polizei für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Genosse Bretschneider und ich mussten dafür persönlich bürgen; wir erklärten aber ausserdem, durch Aufstellung von tausend Ordnern für die Ruhe und Ordnung zu sorgen, wenn die Wache sich vollständig passiv verhalte und in jedem Falle der Notwendigkeit eines Einschreitens dieses in erster Linie den Ordnern überlasse. Unsere Bedingung wurde angenommen, der Abhaltung der Maifeier lag nun nichts mehr im Wege. Von dem Fortgang der Vorarbeiten für den 1. Mai hatte ich Genossen Dr. Adler ab und zu Mitteilung bei Unterredungen im Landesgericht, in der Kanzlei des Herrn Oberverwalters, gemacht. Dort tauschten wir unsere Hoffnungen auf diese Kundgebung, aber auch unsere Befürchtungen aus.

Unsere zarte Fürsorge, mit dem Gesetz nicht in Kollision zu geraten, erstreckte sich begreiflicherweise auch auf die Veranstaltung im Prater. Die Aufforderung der Parteivertretung, in bestimmten Lokalen zusammenzukommen, konnte sehr leicht von der Polizei als die Mitteilung über eine Veranstaltung aufgefasst werden, die ebenfalls der behördlichen Genehmigung bedarf. Dadurch wären wir in dasselbe Dilemma geraten wie

bei dem Aufzug selbst, und das wünschten wir nicht. Wir wollten auch die Vereine mit dieser Veranstaltung nicht in Verbindung bringen, und so hatte die Bekanntgabe der Lokale folgende merkwürdige stilistische Einleitung erhalten:

„Mehrere Genossen empfehlen den nachstehend angeführten, zu Genossenschaften gehörigen Arbeitern, behufs leichterer Uebersicht und Aufrechterhaltung der Ordnung, sich am 1. Mai nachmittags an den folgenden Orten im Prater zu vereinigen.“

Es folgte nun die Aufzählung von 34 Lokalitäten, in denen die Zusammenkünfte stattfanden, und am Schluss wurde nochmals wiederholt, „alles zu vermeiden, was einem geordneten Aufzug gleichsehe“.

Wenn in der Anempfehlung der Praterlokalitäten bloss von Genossenschaften die Rede ist, so geschah dies mit Rücksicht auf den Fortbestand der Fachvereine und Gewerkschaften. Nur allzu leicht konnte damals die Beteiligung eines nichtpolitischen Vereines an der Maifeier den willkommenen Grund zur Auflösung bieten.

Endlich war der 1. Mai herangebrochen. Nach schlafloser Nacht, in der nochmals alles erwogen wurde — ein Zufall konnte zu den ärgsten Konsequenzen führen — lauschte ich in den ersten Morgenstunden auf das Strassengeräusch. Feierliche Ruhe herrschte. Der Tritt der Arbeiter, die zu den Werkstätten eilten, war nicht hörbar. Schon setzten nacheinander die Dampfpeifen mit ihren schrillen Tönen ein, aber die feierliche Stille wurde nicht gestört — es herrschte Feiertagsruhe. Jubelnd hätte ich ausrufen mögen, es ist gelungen: Der 1. Mai ist ein Arbeiterfeiertag geworden!

Noch hatte ich mit bangen Zweifeln zu kämpfen. In sechzig Versammlungen sollte die Bedeutung der Maifeier besprochen werden. Werden die Versammlungen besucht sein? Als ich gegen 9 Uhr morgens auf die Strasse trat, als ich festlich gekleidete Arbeiter, versehen mit dem Maizeichen, allwärts ihren Versammlungsorten zuweilen, in allen Gesichtern die Freude und den Stolz leuchten sah, dass sie an dieser bedeutungsvollen Kundgebung teilnehmen können, da wusste ich: die Maifeier war gelungen.

In den Strassen marschierten Patrouillen der Sicherheitswache, aber auch des Militärs. Nirgends ergab sich Gelegenheit zum Einschreiten.... Als gegen 11 Uhr vormittags die Versammlungsteilnehmer heimwärts eilten, waren auch diese Patrouillen bereits als überflüssig eingezogen.

Um die Mittagszeit hatten Genosse Bretschneider und ich die Aufgabe, den Ordnerdienst einzurichten. Im Restaurant „zum roten Apfel“ am Kai fanden wir uns zusammen. Alles klappte, die Ordnerketten waren gebildet, die Instruktionen ausgegeben. Was die als Ordner tätigen Genossen an diesem Tage leisteten, war bewundernswert. Wir hatten die Freude zu sehen, dass auch am Nachmittag alles programmgemäss verlief. Ganz besonders imposant gestaltete sich der Rückmarsch vom Prater, der die hohe Disziplin der Wiener Arbeiterschaft glänzend bewies.

Der 1. Mai des Jahres 1890 hat dem Ausnahmestand den Todesstoss versetzt, er hat am Sitze der Staatspolizei andere Zustände geschaffen, er hat einermassen mit der dort herrschenden Unvernunft aufgeräumt. Damit ist aber nicht gesagt, dass dort die Erleuchtung dauernd ihren Sitz aufgeschlagen hat. Rückfälle, oft sehr bedenklicher Art, treten immer wieder ein. Aber was ist all das gegen die agitatorische Wirkung der ersten Maifeier? Die gewerkschaftliche Bewegung hat erheblich an Stärke und Kraft gewonnen. Noch im Jahre 1890 fanden die ersten Fachtage der grössten Organisationen statt. Vieles stand bei der Abhaltung der ersten Maifeier auf dem Spiele. Der Mut und die Tatkraft der Arbeiterschaft hat den Sieg davongetragen, der Organisation wurde durch die erste Maifeier eine breite Bahn geschaffen, auf der sie seitdem von Erfolg zu Erfolg eilte. Unvergesslich bleibt mir daher immer unser erster 1. Mai.

## Alexander Täubler: Von der Konkordatsschule zur Neuschule

Am 14. Mai d. J. werden es 40 Jahre, seit das Reichsvolksschulgesetz in Kraft trat, das unserer heutigen Volksschule in Oesterreich eine neue Grundlage gab. Bis zum Jahre 1869 galten im wesentlichen die Bestimmungen der politischen Verfassung der deutschen Schulen vom 11. August 1805, die die geistliche Schulaufsicht anordneten und nur einen ganz bescheidenen Unterricht mit bloss dürftig gebildeten Lehrern gewährten. Das Konkordat vom Jahre 1855 hat die geistliche Herrschaft in der Schule nur noch vertieft. Mit dem Wiedererwachen des Verfassungslebens in Oesterreich setzte aber bei uns am Beginn der Sechzigerjahre des vorigen Jahrhunderts eine starke Bewegung zur Schulreform ein, die im Jahre 1868 zu dem Gesetz über das Verhältnis der Schule zur Kirche führte, womit die geistliche Schulaufsicht beseitigt und für die weltlichen Schulbehörden vom Unterrichtsministerium bis zum Ortsschulrat hinab die prinzipielle Grundlage gelegt wurde. Mit dem Reichsvolksschulgesetz vom 14. Mai 1869 wurde diese Reform dann abgeschlossen und an die Stelle der alten Konkordatsschule eine bessere und von der Geistlichkeit unabhängige Schule gesetzt. Dieses Reichsvolksschulgesetz hat selbstverständlich auch seine Mängel, aber es muss anerkannt werden, dass es für Oesterreich einen ganz gewaltigen Fortschritt bedeutete und in den 40 Jahren, die es nun in Kraft ist, das österreichische Volksschulwesen ein schönes Stück vorwärts brachte. Man muss sich die Zustände vor dem Jahre 1869 ins Gedächtnis rufen, wenn man dem Gesetze heute, wo wir in unserem heissen Streben nach Vervollkommnung der Volksbildung an unserem Schulwesen noch so viel auszusetzen haben, gerecht werden will.

Die ganze Schulverfassung und Schulverwaltung war vor dem Jahre 1869 darauf angelegt, dem Volke nur die bescheidenste, unerlässlichste Bildung zu gewähren und es sorgsam davor zu behüten, dass es weiter in die Gebiete des Wissens eindringe, als einer wohlweisen Regierung noch zulässig erschien. Die vollkommensten Volksschulen waren die dreiklassigen Trivialschulen und vierklassigen Hauptschulen, zu denen nur noch einige unselbständige Realschulen kamen, die bescheidene Vorläufer unserer jetzigen Bürgerschule waren. Die meisten Schulen waren aber einklassige und zweiklassige Trivialschulen, wobei natürlich auch hier wieder die einklassigen weitaus in der Mehrheit waren. „Die meisten Trivialschulen,“ konstatiert der Motivenbericht zum Reichsvolksschulgesetz, „werden durch eine Lehrkraft versehen. Im Durchschnitt gibt es in Oesterreich kein Land, wo auf jede Schule zwei volle Lehrkräfte entfallen.“ Nach einer Statistik, die derselbe Motivenbericht über das Jahr 1865 bringt, kamen auf eine Schule in Niederösterreich 1·1 Lehrer, in Oberösterreich 1·7, in Salzburg 1·5, in Steiermark 1·5, in Kärnten, in Krain, im Küstenland und in Tirol 0·8, in Böhmen 1·6, in Schlesien und Mähren 1·7 und in Galizien 1 Lehrer.

Obgleich von den 2,234.180 schulpflichtigen Kindern 565.084 keinen Schulunterricht genossen und auch bei den übrigen Kindern der Schulbesuch sehr unregelmässig war, so rief dieser Lehrermangel doch eine grosse Ueberfüllung der Schulklassen hervor. Nur in einigen Ländern war es in dieser Hinsicht etwas besser bestellt. Aber selbst in Niederösterreich kamen durchschnittlich 85, in Oberösterreich 91, in Steiermark beiläufig 100 Kinder auf einen Lehrer. Diese Zahl wurde überschritten in Böhmen, Mähren und Schlesien, sie stieg in Krain und Galizien auf 110 und in der Bukowina auf über 300. Der Motivenbericht zum Reichsvolksschulgesetz bemerkt hierzu: „Hierbei ist zu berücksichtigen, dass gerade die Trivialschulen, in denen ein Lehrer die sämtlichen Altersklassen unter sich vereinigt, am meisten überfüllt sind, wodurch selbst die Lösung jener verhältnismässig geringen Aufgabe, welche der gegenwärtigen Volksschule zugewiesen ist, fast unmöglich gemacht wird. An diesem Uebel scheitern alle wohlgemeinten Bestrebungen, und es erscheint als eine wichtigste Aufhebung der Gesetzgebung und der Staatsverwaltung, denselben zu steuern und auf diese Weise wesentlich zur Förderung der Schule beizutragen.“

Die Bezahlung der Lehrer war zum Erbarmen. Wie der Motivenbericht ausweist, waren nach den Erhebungen der statistischen Zentralkommission die Jahreseinkünfte der Lehrer derart, dass in Wien durchschnittlich auf einen 336 fl., in der Diözese St. Pölten 160 fl., in der Diözese Linz 189 fl., in der Diözese Salzburg 155 fl., in der Diözese Sekkau 151 fl., in der Diözese Lavant 159 fl., in den Diözesen Görz 203 fl., Triest 412 fl., Parenzo 277 fl., Veglia 309 fl., Brixen 74 fl., Trient 71 fl., im Lande Vorarlberg 94 fl., in der Diözese Olmütz-Breslau 182 fl. kamen; in Böhmen und Mähren schwankte das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Lehrers zwischen 211 fl. (Diözese Olmütz) und 257 fl. (Diözesen Prag und Königgrätz). Zusammenfassend urteilt der Motivenbericht: „Im ganzen ist jedoch die bisherige Entlohnung, und ganz besonders jene der Unterlehrer ebenso auf dem Lande wie in den Städten, mit Rücksicht auf den hochwichtigen Beruf dieses Standes und die gegenwärtigen Nahrungspreise als eine völlig ungenügende zu bezeichnen. Die Tabelle liefert bloss Durchschnittsziffern, allein die Minima der Bezüge liegen tief unter diesem Titel. Selbst in Oesterreich unter der Enns erreichen einige Lehrerbesoldungen kaum 100 fl., in Oberösterreich gehören Unterlehrer mit einem Bareinkommen von 50 fl. nicht zu den Seltenheiten, und selbst in Böhmen und Mähren, wo die Volksschule verhältnismässig grosse Fortschritte gemacht hat, ist in vielen Orten die Lage der Lehrer eine traurige. Nicht bloss auf dem Lande ist die Besoldung eine ungenügende, sie kann auch in den Städten eine angemessene nicht genannt werden. Allerdings bietet sich hier Gelegenheit zum Nebenberwerb, allein die auf diese Weise errungene bessere Stellung gereicht der Schule nicht zum Vorteile, da der Lehrer seine beste Kraft für den Kampf ums Dasein einsetzt und zum Weiterstreben und Fortbilden nur geringe Musse übrigbleibt.“

An so elend entlohnte Lehrer konnte man natürlich auch keine hohen Ansprüche stellen. Der Lehrer waren deshalb nicht allein zu wenige, sie waren auch in ihren geistigen Qualitäten ganz unzulänglich. Bis zum Jahre 1851 wurden sie für die Trivialschulen in einem dreimonatlichen und für die Hauptschulen in einem sechsmonatlichen Kurse an vierklassigen Hauptschulen herangebildet. Die Eigenschaften, die die politische Schulverfassung von einem Lehrer der Trivialschulen verlangte, fasste sie dahin zusammen: „Die Gegenstände, die er lehren soll, muss er selbst recht gut verstehen. Von der Religion soll er so viel Kenntnis haben, als er bedarf, um sowohl sein eigenes Herz darnach zu bilden, sich in gottseligen Gesinnungen zu bestärken und durch seinen Wandel für die Jugend ein nachahmungswürdiges Muster zu werden, als auch den Religionsunterricht des Katecheten in der Schule zu wiederholen, und überhaupt die Kinder zu guten Gesinnungen, zu rechtschaffenem Handeln und zu den vorgeschriebenen Religionsübungen anzuführen. (§ 212.) Er soll alle Druckarten, welche in den vorgeschriebenen Lehrbüchern vorkommen, fertig und nach den Regeln der Tonmessung lesen. (§ 213.) Die verschiedenen vorgeschriebenen Schriftarten soll er schön und fertig schreiben. (§ 214.) Die vier Rechnungsarten in ganzen Zahlen und in Brüchen nebst der Regeldetri soll er gründlich innehaben und auch vorkommende Fälle fertig anzuwenden wissen. Im Rechnen mit Zahlen ohne Ziffern soll er eine grosse Fertigkeit besitzen. (§ 215.) Die Regeln von der Erkenntnis der Buchstaben, vom Buchstabieren, Lesen, Schön- und Rechtschreiben wie auch vom Rechnen sollen ihm recht geläufig sein. (§ 216.) Er soll die deutsche Sprachlehre insofern wenigstens, als sie zum Rechtschreiben notwendig ist, verstehen und imstande sein, einige im gemeinen Leben unentbehrliche Aufsätze zu machen. (§ 217.) Er soll die vorgeschriebenen Lehrbücher durchaus richtig verstehen und mit in Schulsachen ergangenen Verordnungen wohlbekannt sein. (§ 219.) Da der Schul- und Mesnerdienst überall, wo es ziemlich tunlich ist, verbunden sein muss, so muss auch jeder Schullehrer so viel Fertigkeit im Orgelspielen besitzen, dass er die üblichen Melodien der gesetzlich eingeführten Kirchenlieder nach den Regeln der Kunst fehlerfrei zu spielen imstande sei.“ (§ 220.) Von den Realien: Geographie, Geschichte, Naturlehre, Naturgeschichte, sowie von Geometrie, von Pädagogik, Logik und Psychologie erfuhren diese Lehrer in ihren viertel- oder halbjährigen Kursen nichts und es wurde auch nichts verlangt. Das dürftige geistige Rüstzeug der Lehrer wurde allerdings noch durch ein besonderes Hilfsmittel

ergänzt. Der § 22 der politischen Verfassung der deutschen Schulen mahnte: „Ein Schullehrer soll sich durch Gebet und Nachdenken über das, was er lehren will, zur Schule vorbereiten.“

Die Hälfte der Lehrer, die in den Sechzigerjahren, ja bis zu dem Jahre 1870 wirkten, waren noch aus den drei- oder sechsmonatlichen Lehrerbildungskursen an Normalschulen (vierklassigen Hauptschulen) hervorgegangen; denn sie waren noch vor dem Jahre 1851 ausgebildet worden. Im Jahre 1851 wurden diese Lehrerbildungskurse dann doch auf ein Jahr und später in einzelnen Ländern auf zwei Jahreskurse erweitert; aber auch in diesen war das Maass, das den Lehramtszöglingen an Wissen zugemessen wurde, sehr bescheiden. Noch im Jahre 1861 mahnte Helfert in seinem „System der österreichischen Volksschule“ entsprechend den damaligen behördlichen Vorschriften: Die Lehramtszöglinge sollten nur in dem unterrichtet werden, was sie künftig als Volksschullehrer zu lehren und zu leiten haben werden. „Von diesem Grundsatz ausgehend, wurden denn auch die Vaterlandskunde, die Erdkunde, populäre Denklehre, Körperseelenlehre aus der Reihe besonderer Vortragsgegenstände, als was sie vor dem häufig behandelt wurden, in dem neuesten Plane gestrichen.“ (Helfert, System der Oesterreichischen Volksschule, § 60.) Als ordentliche Unterrichtsgegenstände wurden auch in den zweijährigen Präparandenkursen nur gelehrt: die Religionslehre mit Einschluss der biblischen Geschichte, die Erziehungs- und Unterrichtslehre, das Sprachfach, das ist der Leseunterricht nebst der Sprach-, Rechtschreib- und Aufsatzlehre, das Rechnen, das Schön- und Fertigschreiben, das Zeichnen und die Geometrie, der Gesang und das Orgelspiel und die Landwirtschaftskunde.

Diese Lehrer hatten im Orte die Pfarrer als erste Vorgesetzte, als Ortsschul-aufseher. Weiter übte die Schulaufsicht der Dechant im ganzen Dekanat und der Bischof mit seinem Konsistorium in der Diözese aus. Der Lehrer, der in den meisten Fällen auch Mesner war, stand also ganz unter der Fuchtel der Geistlichkeit und die politische Schulverfassung ermahnte ihn ausdrücklich: „Die Erinnerungen und Ratschläge seiner Vorgesetzten, besonders seines Seelsorgers, soll er willig annehmen und zu benützen trachten, die Zweifel und Bedenken demselben mit geziemender Bescheidenheit und zur rechten Zeit, niemals vor den Kindern, eröffnen. Ist er bei der Schuluntersuchung über etwas zurechtgewiesen worden, so lasse er sich ernstlich angelegen sein, den Fehler nach der erhaltenen Weisung zu verbessern.“ (§ 220.)

Den Lehrern entsprechend waren auch die Schulen. Die Trivialschulen hatten nach der politischen Schulverfassung die Aufgabe, „die arbeitenden Volksklassen zu recht herzlich guten, lenksamen und geschäftigen Menschen zu machen“. Zu diesem Zwecke durften diese natürlich nicht allzuviel lernen. Der § 28 der Schulverfassung bestimmte daher für die Schule dieser Kinder: „Lesen, Schreiben, Rechnen sind ausser der Religionslehre die einzigen eigentlichen Schullehrgegenstände, deren sie als Mittel zu ihrem Zwecke bedürfen, zu denen nur noch eine praktische Anweisung, einige Aufsätze zu machen, hinzukommen darf.“ Die Realien, die nicht einmal in den Präparandenkursen gelehrt wurden, konnten natürlich um so weniger Lehrgegenstände der Volksschulen sein. Ein bisschen Lesen, Schreiben und Rechnen, bis zur Regeldetri, war das ganze Um und Auf, was diese Schule ihren Zöglingen an Bildung bot. Dabei lief der gesamte Unterricht auf einen blossen Drill des Gedächtnisses hinaus, wobei die Verstandesbildung völlig vernachlässigt wurde. Die Lehrer wurden im § 42 der politischen Schulverfassung sogar gewarnt, einen besseren Unterricht zu versuchen. „Da sich bei den meisten Schullehrern der Trivialschulen die auszeichnenden Fähigkeiten nicht erwarten lassen, welche zu einem vernünftig geführten, entwickelnden Gespräch notwendig sind,“ heisst es dort, „so werden sie sich aller weiteren Entwicklungen, als in dem Schul- und Methodenbuch genau vorgezeichnet werden, streng zu enthalten haben, und allemal nur dahin trachten, dass das Auswendigzulernende festhalten und auf einzelne Beispiele angewendet werden könne.“

Diese Schule besuchten die eifrigen Schüler sechs Jahre, bis zum vollendeten zwölften Lebensjahre; viele Kinder genossen aber auch nur einen fünf- oder vierjährigen Unterricht. Dazu kam noch, dass sie nicht einmal diese vier, fünf oder sechs Jahre hin-

durch einen ganztägigen Unterricht erhielten. Im Jahre 1866 wurde nur in 9871 Schulen das ganze Jahr hindurch ein ganztägiger Unterricht erteilt, während 2585 Schulen nur Halbtagsunterricht das ganze Jahr hatten, 2078 weitere Schulen nur den ganztägigen Unterricht während eines halben Jahres boten und in 258 Schulen gar nur halbjährig ein Halbtagsunterricht erteilt wurde.

Mit diesen traurigen Schulzuständen machte das Reichsvolksschulgesetz ein Ende. Es erweiterte die Lehrerbildung von zwei auf vier Jahre und führte in den Lehrerbildungsanstalten die Realien, dann Pädagogik, Psychologie und Logik als Lehrgegenstände ein, machte die Lehrer von der Geistlichkeit unabhängig und hob ihre materielle und soziale Stellung. Die Schulpflicht wurde vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre ausgedehnt, und es wurden so für die Jugendbildung die zwei wertvollsten Jahre gewonnen, in welchen der schon reifere Geist der Kinder von der ganzen Schulzeit am aufnahmefähigsten ist. Auch in die Volksschule wurden die Realien als Unterrichtsgegenstände aufgenommen und im Sprach- und Rechenunterricht wurde das Lehrziel erhöht sowie der gesamte Unterricht der modern gebildeten Lehrer darauf angelegt, besonders auch den Verstand der Kinder zu bilden, sie zum selbständigen Urteilen und Schliessen anzuleiten und sie so zu einem gewissen Grade geistiger Selbständigkeit zu führen. Für die körperliche Erziehung wurde durch die Einführung des Turnens gesorgt und der Handarbeitsunterricht und die Haushaltungskunde sollte die Mädchen für die Hauswirtschaft vorbereiten. Die Schullesebücher wurden verbessert, eigene Lehrbücher für die Realien geschaffen und die Schulen mit Lehr- und besonderen Anschauungsmitteln ausgestattet, um an ihnen die Kinder im Beobachten und selbständigen Urteilen und Schliessen zu üben. Während die alte Schule nur drei oder vier aufsteigende Unterrichtsstufen besass, wurden durch das Reichsvolksschulgesetz der neuen Schule acht Unterrichtsstufen gegeben und durch die Herabsetzung der Schülerzahl und die Vermehrung der Lehrer auch die Trennung in eine grössere Zahl von Klassen ermöglicht.

Ueber die bloss vierklassigen höchsten Schulkategorien der früheren Zeit hinaus entstanden nun fünf-, sechs-, sieben- und achtklassige Volksschulen, und in den grösseren Orten Bürgerschulen als höchste Formen unserer allgemeinen Volksschulen.

Das Reichsvolksschulgesetz weist zweifellos viel Vorzüge auf. Aber es hatte auch zwei verhängnisvolle Fehler. Indem es den Religionsunterricht als Lehrgegenstand in den Unterrichtsplan der Volks- und Bürgerschulen aufnahm, öffnete es der Klerisei das Tor, durch das sie in die Volksschule eindringen konnte und von wo aus sie auch in systematischer Arbeit ihr Herrschaftsgebiet in der Schule immer mehr erweiterte. Hätte man in das Reichsvolksschulgesetz statt des Religionsunterrichtes wie in Frankreich und in Zürich einen allgemeinen Moralunterricht zur sittlichen Unterweisung der Schüler aufgenommen und den Religionsunterricht ganz der Kirche überlassen, ohne dass der Staat für ihn durch die Schule einen Zwang ausübte, so wäre die Schule von der klerikalen Herrschaft für immer befreit gewesen. Wenn der Staat dabei erklärt hätte, dass er an den schulfreien Tagen den Kirchen- und Religionsgenossenschaften die Schulräume zur Verfügung stelle, damit die Geistlichkeit die Jugend ihrer Konfession nach Belieben in der Religionslehre unterweisen könne, so hätten die Klerikalen über Religionsfeindlichkeit und Unterdrückung auch nicht mehr schreien können, als sie bei der Durchführung des Reichsvolksschulgesetzes über die religions- und konfessionslose Neuschule wetterten. Das Entgegenkommen, welches das Gesetz der Geistlichkeit brachte, hat bei der Einführung dem Gesetze nichts genützt und in der Folge durch den immer weiter vordringenden klerikalen Einfluss der Schule nur geschadet.

Der folgenschwerste Fehler war aber, dass der Staat für die Volksschule jede finanzielle Beihilfe verweigerte und die Kosten des neuen Schulwesens den autonomen Körperschaften, vor allem den Gemeinden aufbürdete. Die Anordnung des § 62 des Gesetzes: „Für die notwendigen Volksschulen sorgt zunächst die Ortsgemeinde“, hat der Zukunft des Gesetzes und der Schule am meisten geschadet. Die „grossen Kosten“ der neuen Schule waren das wirksamste Argument der Klerikalen, mit dem sie die bäuerliche Bevölkerung der armen Gemeinden, die die Schulauslagen in der Tat oft drückend empfanden, gegen die neue Schule und das Gesetz aufwiegeln konnten. Das Wettern der Bischöfe, das im Jahre 1869 gegen das Gesetz einsetzte, die Hetzreden

über die konfessionslose und religionslose Neuschule, die von allem Anfang an von den Kanzeln erschollen, hätten alle nichts genützt und der Schule und dem Gesetz nichts anhaben können, wenn nicht die bedrohten Interessen des Geldbeutels dazugekommen wären, für den die bäuerliche Bevölkerung immer ein sehr feines Verständnis gehabt hat. So aber ist es den Klerikalen gelungen, die bäuerliche Bevölkerung wiederholt gegen die Neuschule zu mobilisieren und sie konnten es im Jahre 1883 im Bunde mit den Feudalen und kurzsichtigen Bauernabgeordneten auch erreichen, dass das Reichsvolksschulgesetz in einigen wesentlichen Bestimmungen abgeändert wurde.

Die Schulgesetznovelle vom Jahre 1883 führte für die ländliche und für die ärmere Bevölkerung auch in den Städten im siebenten und achten Schuljahre Schulbesuchserleichterungen ein, die darauf hinauslaufen, den Schulunterricht auf einen sechsjährigen einzuschränken, dem in den zwei folgenden Jahren nur noch ein ganz wertloser Wiederholungsunterricht von einigen wöchentlichen Unterrichtsstunden in den Wintermonaten folgt. Das war ein empfindlicher Rückschlag, der noch dadurch verschärft wurde, dass auch dem Halbtagsunterricht wieder die Tore geöffnet und die Lehrerbildung ganz bedeutend verschlechtert wurde. Ausser dieser Schulverschlechterung errangen die Klerikalen noch einen besonderen Erfolg, indem in der Schulgesetznovelle festgesetzt wurde, dass der Bewerber um eine Schulleiterstelle zum Religionsunterricht jenes religiösen Bekenntnisses befähigt sein muss, dem die Mehrzahl der Schulkinder dieser Schule angehört. Das war der erste deutliche Schritt zur konfessionellen Schule hin. Auch durch eine zweite Bestimmung wurde der Einfluss der Geistlichkeit auf die Schule vermehrt. Die Schulgesetznovelle bestimmte nämlich, dass zum Austritt aus der Schule nicht bloss die notwendigsten Kenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen — wie es das Reichsvolksschulgesetz gefordert hatte — erforderlich sei, sondern dass hierzu auch noch die notwendigsten Kenntnisse aus der Religionslehre kommen müssen.

Die Verteilung der Schullasten, die uns in letzter Linie zu der Schulgesetznovelle geführt haben, ist auch für die Zukunft nicht haltbar. Es geht nicht an, dass sich der Staat in der Volksschule aller Pflichten entzieht. Nach den Erhebungen, die die statistische Zentralkommission im Jahre 1890 über den Volksschulaufwand in Oesterreich vorgenommen hat, betragen die Mittel, die für die Volks- und Bürgerschulen in diesem Jahre in Oesterreich eingehoben wurden, 87,609.960 K, wovon die Gemeinden und Gutsgebiete allein 25,677.736 K aufbringen mussten; Bezirke zahlten 17,049.424 K und die Länder wendeten 26,445.680 K auf. Der Staat steuerte nur 562.152 K bei, die für Lehrerbildungsanstalten, Uebungsschulen und Remunerationen für Inspektoren und einige Spezialkurse verwendet wurden, worauf sich seine ganze finanzielle Leistung für die Volksschule beschränkt. Der übrige Betrag, der ausser den hier angeführten Summen für das Volksschulwesen aufgebracht wurde, stammt aus verschiedenen anderen Quellen. Der Staat trägt zum Gesamtaufwand des Volksschulwesens in Oesterreich nur 0·9 Prozent bei, und wenn man die Subventionen für Spezialkurse abrechnet, gar nur 0·64 Prozent. Der preussische Staat zahlte dagegen in demselben Jahre 40·1 Prozent der Schulauslagen, was von dem Gesamtaufwand von 212,000.000 K ungefähr 80,000.000 K ausmacht. Frankreich verwendete für sein Schulwesen im Jahre 1902 sogar schon 222,000.000 Frcs. aus Staatsmitteln. Es muss auch in Oesterreich erreicht werden, dass der Staat entsprechende Summen für die Volksbildung zur Verfügung stellt und seine Millionen nicht allein dem Militarismus freigebig in den Rachen wirft. Freilich aber wird das nicht in der Art geschehen dürfen, dass er das Geld einfach den Ländern in Zuschüssen ausliefert und die Landtage mit der Schule nach Belieben schalten und walten lässt, sondern er wird das benützen müssen, um bei dieser Gelegenheit auch die Kompetenz des Parlaments und der Staatsgewalt in den Volksschulangelegenheiten weiter auszuweiten, die heute der Reichsrat nur grundsätzlich regeln darf.

Trotz der vielen Anfeindungen, denen das Reichsvolksschulgesetz in den gesamten vierzig Jahren seines Bestandes ausgesetzt war, trotz der schweren Lasten, die man den Gemeinden dadurch auflud, und trotz so vieler anderen Hemmungen, die der Durchführung des Gesetzes und dem Ausbau des Volksschulwesens entgegenstanden, hat doch das Schulwesen Oesterreichs in den letzten vierzig Jahren die schönste Entwicklung ge-

nommen, die die österreichische Schulgeschichte zu verzeichnen hat. Es steigen nicht bloss die Schulen von Jahr zu Jahr, sondern sie werden auch in ihrer Organisation immer vollkommener. Die mehrklassigen Schulen nehmen zu und die ein- und zweiklassigen werden auf einen kleineren Prozentsatz herabgedrückt, als sie früher in der Gesamtzahl der Schulen ausmachten. Ein Vergleich der Schulen des Schuljahres 1870/71 mit den von 1906 mag es zeigen.

#### Volks- und Bürgerschulen Oesterreichs.

	1870	1906
Bürgerschulen . . . . .	46	1130
Volksschulen . . . . .	13769	20036

Die Volksschulstatistik zeigt auch ein ständiges Vordringen der mehrklassigen Schulen. Man vergleiche:

	Die Volksschulen Oesterreichs in den Jahren		
	1880	1890	1900
Einklassige . . . . .	9597	8636	7505
Zweiklassige . . . . .	3507	4071	5067
Dreiklassige . . . . .	1320	1760	2155
Vierklassige . . . . .	906	1033	1415
Fünfklassige . . . . .	673	1428	2041
Sechsklassige . . . . .	199	209	356
Siebenklassige . . . . .	60	35	25
Achtklassige . . . . .	34	5	4

Die Abnahme der sieben- und achtklassigen Volksschulen ist kein Zeichen des Rückganges, sondern ist nur eine Folge des Umstandes, dass man es jetzt vorzieht, statt sieben- oder achtklassiger Volksschulen gleich Bürgerschulen zu eröffnen, wenn man in einer Gemeinde mit einer sechsklassigen Volksschule nicht mehr ausreicht. Nur in Wien betätigt die Gemeindeverwaltung seit dem Jahre 1900 das bedauerliche Bestreben, in Arbeiterbezirken teilweise auch statt der notwendigen Bürgerschulen sechs- und siebenklassige Volksschulen zu eröffnen, die etwas billiger sind.

Welche Veränderungen ein Jahrzehnt den Kindern in der Schulverbesserung bringt, möge eine Gegenüberstellung aus den letzten zwei Schulkonkriptionen der statistischen Zentralkommission veranschaulichen. Von 1000 Kindern, welche 1890 und 1900 Schüler der Volks- und Bürgerschulen waren, besuchten:

	1890	1900
Bürgerschulen . . . . .	30	43
Mehr als fünfklassige Volksschulen . . . . .	43	56
Fünfklassige Volksschulen . . . . .	211	243
Vierklassige . . . . .	111	122
Dreiklassige . . . . .	142	133
Zweiklassige . . . . .	213	221
Einklassige . . . . .	250	182

Die Zahl der Schüler, die Bürgerschulen und höher organisierte Volksschulen besuchen, ist also im Steigen begriffen. Für den Wert des Unterrichtes ist natürlich vor allem die Zahl der Lehrer entscheidend. Auch die hat in den letzten 40 Jahren stark zugenommen. Von 21.214 vollbeschäftigten Lehrern im Schuljahre 1870/71 ist die Zahl der Lehrpersonen auf 64.561 im Jahre 1906 gestiegen, sie hat sich also mehr als verdreifacht. Nun hat allerdings auch die Zahl der Schulkinder zugenommen. Es besuchten im Jahre 1870/71 1,820.710 Kinder die Volks- und Bürgerschulen, während es im Jahre 1906 schon 4,172.622 Kinder waren. Die Zunahme ist auf den Bevölkerungszuwachs und zum grösseren Teile auf die ernstere Durchführung des Schulzwanges zu setzen. Während sich also die Zahl der Schüler etwas mehr als verdoppelte, hat sich die Zahl der Lehrer verdreifacht. Das kommt auch in der Zahl der Kinder zum Ausdruck, die durchschnittlich auf eine vollbeschäftigte Lehrkraft kommen. Es entfielen im Jahre 1871 auf jede Lehrkraft durchschnittlich 82·7, im Jahre 1900 aber doch nur 61 Kinder. Hierbei wurden allerdings auch die leitenden Lehrkräfte, die Fachlehrer und die Bezirksaufsichtslehrer mitgerechnet, die nicht immer eine Klasse führen. Auf eine Schulklasse kommen im Durchschnitt noch etwas mehr Schüler. Natürlich sind die Verhältnisse nicht in allen Ländern gleich. Wenn man ausrechnet, wie viele Kinder durchschnittlich auf eine Klasse entfallen, so findet man, dass in Niederösterreich, Kärnten, Triest, Tirol, Vorarlberg,

Böhmen und Mähren 50 bis 60 Schüler auf eine Klasse kommen, in Salzburg und Dalmatien 60 bis 70, in Görz-Gradiska, Istrien, Schlesien, Steiermark 70 bis 80 und in Oberösterreich, Krain, Galizien und Bukowina über 80. In einklassigen Schulen sind die Verhältnisse ungünstiger. In Oberösterreich, Krain, Istrien, Galizien und Bukowina entfallen auf jede einklassige Schule mehr als 90 Kinder, in Oberösterreich sogar 97.7, in Galizien 105.9.

Damit kommen wir aber auch schon an einen wunden Punkt unseres Volksschulwesens. Der grösste Fehler unseres Reichsvolksschulgesetzes ist, dass es in vieler Hinsicht nicht durchgeführt wird. Besonders in Galizien und in den Karstländern, für die übrigens das Reichsvolksschulgesetz die Ausnahme schuf, dass die Dauer der Schulpflicht von den Landtagen zu bestimmen sei — was uns in diesen Ländern für die Landgemeinden die sechsjährige Schulpflicht brachte — lässt das Schulwesen noch viel zu wünschen übrig. Dort sind häufig noch nicht einmal die primitivsten Forderungen des Reichsvolksschulgesetzes erfüllt. Hatten wir doch noch im Jahre 1900 — von später liegt eine Erhebung der statistischen Zentralkommission noch nicht vor — noch 1616 Gemeinden in Oesterreich, die gar keine Schule haben und deren Kinder auch nirgends eingeschult sind. In diesen Gemeinden, die von 995.592 Menschen bewohnt werden, fehlt jede Bildungsgelegenheit. 1591 dieser Gemeinden liegen in Galizien.

Auch heute wachsen in Oesterreich gewiss noch einige hunderttausend Kinder ohne Schulunterricht auf. Die Berichte der Landesschulräte geben für das Jahr 1906 allerdings nur 160.795 normal entwickelte Kinder an, die in Oesterreich des Schulunterrichtes entbehren. Aber diese Angaben sind nicht verlässlich und ein Vergleich mit den Erhebungen der statistischen Zentralkommission und den Ergebnissen der Volkszählungen beweist, dass die Landesschulbehörden bei ihrer Aufnahme der schulpflichtigen Kinder eine grosse Geschicklichkeit entwickeln, schulpflichtige Kinder zu übersehen. Der grosse Schuljammer ist selbstverständlich in Galizien und in den Karstländern zu treffen; in den Alpenländern und insbesondere in den Sudetenländern steht es mit der Volksbildung besser. Die Tabelle über den Schulbesuch im Jahre 1906 möge es zeigen.

Der Schulbesuch im Jahre 1906\*

	Gesamtzahl der Kinder im schulpflichtigen Alter	Bürgerschulen besuchten davon Kinder	Volksschulen besuchten davon Kinder	Ohne Schulunterricht blieben normal entwickelte schulpflichtige Kinder
Niederösterreich . . . . .	479.272	51.620	398.160	17
Oberösterreich . . . . .	125.731	3.483	113.041	2
Salzburg . . . . .	30.583	991	26.632	96
Steiermark . . . . .	210.344	3.874	187.420	3.110
Kärnten . . . . .	61.057	1.264	55.420	997
Krain . . . . .	92.245	94	83.456	191
Küstenland . . . . .	119.438	2.333	93.558	11.740**
Tirol und Vorarlberg . . . . .	165.170	485	155.771	86
Böhmen . . . . .	1,123.066	92.582	989.736	155
Mähren . . . . .	449.426	23.197	407.362	57
Schlesien . . . . .	124.225	3.863	108.462	346
Galizien . . . . .	1,301.230	20.993	1,016.539	141.370
Bukowina . . . . .	107.905	—	91.661	7.841
Dalmatien . . . . .	57.621	302	51.386	1.559
Zusammen . . . . .	4,447.313	205.081	3,778.604	160.567

Eine schwere Schädigung der Volksbildung sind die Schulbesucherleichterungen, die leider in der letzten Zeit immer noch zunehmen. Nach den Erhebungen der statistischen Zentralkommission gab es im Jahre 1890 rund 500.000 Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren, die Anspruch auf Schulbesucherleichterungen hatten. Von ihnen machten rund 140.000 von der Schulbesucherleichterung Gebrauch, im Jahre 1900 aber von

\* Die Zahlen sind dem „Oesterreichischen Statistischen Handbuch“ von 1907 entnommen. Wir haben die Kinder, die im schulpflichtigen Alter zu Hause unterrichtet werden oder höhere Schulen besuchen (88.148) und diejenigen, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen ohne Unterricht blieben (29.998), in unserer Statistik ausser Betracht gelassen.

\*\* Darunter 5706 Kinder von nicht eingeschulten Gemeinden.

580.000 schon 220.000, das ist eine Steigerung von 15 Prozent. Am ärgsten ist es in Tirol und Vorarlberg, wo sogar schon nach vier- oder fünfjährigem Schulbesuch den Kindern Schulbesucherleichterungen gegeben werden, damit sie als Schwabekinder nach Württemberg und Baden bei Bauern verdungen werden können. In Tirol teilte der Landesschulrat, wie der Wiener Lehrer Siegmund Kraus feststellte, in einer Zuschrift vom 14. Mai 1899, Zahl 8092, dem Landesausschuss mit, dass in Bezug auf Unterrichtszeit und Schulbesuch die derzeit bestehenden Vorschriften weit hinter den Anforderungen des Reichsvolksschulgesetzes und der Ministerialverordnung vom 8. Juni 1883, ja selbst der politischen Schulverfassung vom Jahre 1805 zurückbleiben.

Trotz dem 40jährigen Bestand des Reichsvolksschulgesetzes und trotz der hervorragenden Leistungen, die in dieser Periode einzelne Gemeinden und Länder auf dem Gebiete des Schulwesens zweifellos aufzuweisen haben, gibt es also in Oesterreich für die Volksschule noch sehr viel zu tun. Die Arbeiterschaft, für die eine gute allgemeine Volksbildung eine Lebensfrage ist und die sich bewusst ist, dass sie sich heute, wie alles andere, so auch eine bessere Schule selber erkämpfen muss, wird nicht allein all ihre Kraft und Energie dafür einsetzen, dass die bestehenden Schulgesetze allgemein durchgeführt werden, sondern sie wird auch mit aller Hingebung darauf hinarbeiten müssen, dass das ursprüngliche Reichsvolksschulgesetz in seinen guten Bestimmungen, insbesondere in der vollen achtjährigen Schulpflicht mit Ganztagsunterricht wieder hergestellt, die Schule aber auch in sozialer Hinsicht ausgebaut und von klerikaler Herrschsucht vollkommen befreit werde.

---

## Hugo Schulz: Friedrich Engels über den österreichischen Feldzug im Jahre 1859

Als Oesterreich vor einem halben Jahrhundert den Waffengang antrat, der mit der Niederlage von Solferino und dem Verlust der Lombardei enden sollte, war es noch Mitglied des Deutschen Bundes und dachte natürlich auch daran, dessen bewaffnete Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Interessen, zu deren Wahrung es an die Waffenentscheidung appellierte, lagen ausserhalb des Deutschen Reiches, denn die italienischen Besitzungen der habsburgischen Dynastie waren dem Bunde ebensowenig staatsrechtlich inkorporiert wie die Länder der ungarischen Krone und wie Galizien. Die Verpflichtung Deutschlands, für die ausserdeutschen Hausmächtsinteressen jenes Bundesfürsten, der zugleich der Kaiser der Donaumonarchie war, die Waffen zu ergreifen, war also mindestens strittig. Dennoch war zumal in Süddeutschland eine starke Stimmung dafür, die von den Regierungen auf die Kammern, die Presse und bis zu einem gewissen Grade sogar auf die grossdeutsch gesinnte Demokratie überging, trotz des Grolles, den sie gegen Oesterreich als die Vormacht der Reaktion hegte. Die Erwägungen, die es nahelegten, aus einer spezifisch österreichischen Sache eine nationale Angelegenheit zu machen, erwachsen nicht auf dem Boden einer zielbewussten deutschen Einigungspolitik, sondern im Wolkenkuckucksheim jener bürgerlichen Einigungsideologie, die sich dem „grösseren Deutschland“ zuliebe am liebsten bedingungslos zum Werkzeug der Wiener Diplomaten gemacht hätte, für die doch Deutschland im Grunde genommen nicht mehr war als ein wertvolles politisches und strategisches Glacis des Habsburgerstaates. Die zögernde Haltung Preussens hemmte die Entschlusskraft der süddeutschen Bundesstaaten, sehr wider den Willen der öffentlichen Meinung, die kurzsichtigerweise nicht begreifen wollte, dass es die Sache der deutschen Einheit sehr wenig fördere, wenn man das Recht des italienischen Volkes auf einen Nationalstaat mit Füßen trete und es so vollends zu einem Klienten Napoleon III. mache — des gefährlichsten ausländischen Widersachers jeder auf Begründung eines innerlich konsolidierten und festgekitteten Deutschen Reiches abzielenden Politik. Die militärischen Parteigänger Oesterreichs in Süddeutschland und selbst in Preussen hatten das Schlagwort ausgegeben, dass

jede Machteinbusse des Kaiserstaates in Oberitalien eine unmittelbare Gefahr für Deutschland bedeute, indem sie Napoleons Appetite auf die Rheingrenze nur noch mehr entzünden müsse. Wenn man jetzt rasch entschlossen Deutschlands ganze Kraft in die Wagschale werfe, um den Mincio und den Po gegen Bonaparte und das Haus Savoyen zu verteidigen, so habe man das Beste getan, um den Rhein zu verteidigen. Diese Anschauung wurde in sehr weitschweifiger Weise militärwissenschaftlich begründet und insbesondere in der damals so massgebenden Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ zu einem förmlich militärisch-politischen Dogma ausgebaut, so dass es alsbald bei allen Kannegiessern als eine ausgemachte Sache galt, dass Deutschland der Eroberungssucht Napoleon III. preisgegeben sei, wenn die festen Bollwerke Oesterreichs an der Minciolinie an ihn und seinen italienischen Bundesgenossen verloren gingen. Denn dann sei ein Angriff von zwei Seiten zu gewärtigen, und was nütze aller Widerstand am Rhein, wenn französische und piemontesische Heere sich des nun isolierten und von Innerösterreich abgeschnittenen Landes Tirol bemächtigen, um von dort aus Deutschland in der Flanke zu fassen.

Diese Hingebung der grossdeutschen öffentlichen Meinung an die österreichischen Interessen hätte den Widerspruch des Proletariats finden müssen, wenn dieses schon damals ein selbständiger, von der bürgerlichen Demokratie losgelöster politischer Faktor gewesen wäre. Das war bekanntlich im Jahre 1859 in Deutschland noch nicht der Fall, der Widerspruch beschränkte sich daher hauptsächlich auf die kleindeutsch gesinnten Kreise und hatte eine preussisch-reaktionäre Färbung. Es war infolgedessen durchaus nicht leicht, diese Frage im Sinne einer zukünftigen proletarischen Politik zu erörtern, ohne in den Geruch eines borussischen Parteigängers zu kommen. Denn für alle grossdeutsch Gesinnten galt es als ausgemachte Sache, dass Deutschlands Heil nur von Oesterreich herkommen könne, als der stärksten Bundesmacht, die allein zur Führung berufen sei und ohne deren Mitwirkung nur ein schwaches Deutschland möglich sei. Es liegt nun auf der Hand, dass diese Hingebung an Oesterreich allen demokratischen Gedankengängen, die in die deutsche Einheitsidee sonst hineinverwoben wurden, zuwiderlief. Demokratisch in dem Sinne aufgefasst, wie er später die Stellung der deutschen Arbeiterklasse zum deutschen Reichsgedanken bestimmte, sollte das deutsche Volk einig werden kraft seines eigenen Willens zum nationalen Einheitsstaat. Dieser Einheitsstaat lag damals und liegt auch heute ebensowohl im Interesse des Proletariats wie der Bourgeoisie, und dieses Interesse war stark genug, um in den Fünfziger- und Sechzigerjahren allen wirklichen Demokraten — wie wir gleich sehen werden, auch denen, die damals schon in den Reihen des internationalen Sozialismus standen — den Krieg gegen das bonapartistische Frankreich gerechtfertigt und notwendig erscheinen zu lassen. Dieses Deutsche Reich aber, um das sich bis in die Reihen des internationalen Sozialismus hinein — dessen Vertreter im Ausland das bittere Brot der Verbannung assen — die demokratisch gesinnten Deutschen heisser bemühten als die „christlich-germanischen“ Schleppträger der Reaktion, sollte aber kein Machtinstrument irgendwelcher monarchischer Gewalten zur Unterdrückung auswärtiger Nationen sein, sondern ein in sich selbst und im Rechte der Nation auf Selbstbestimmung ruhendes Gebilde, das kein fremdes Recht verletzen durfte. Diese echt demokratische Auffassung des deutschen Einheitsgedankens war im eminentesten Sinne eine nüchtern realpolitische, trotz des Idealismus in Bezug auf das Recht der anderen Nationen, der ihr zugrunde lag. Ihr gegenüber waren die machtpolitischen Feseleien der die damals die öffentliche Meinung bestimmenden Organe der deutschnationalen Agitation wahre Fieberphantasien und die Politik, die sie in Süddeutschland zeitigten, war ein absolutes Unding. Einerseits war man noch recht weit entfernt auch nur von den fundamentalsten Bedingungen eines zukünftigen Deutschen Reiches und zitterte davor, dass Napoleon III. alle Zukunftsmöglichkeiten im Keime ersticken könne, andererseits aber huldigte man der exzessivsten Grossmachtssucht, die sich offenkundig die Herrschaft der Deutschen über die Italiener, die Slawen, die Magyaren, die Niederländer zum Ziele setzte und natürlich jeden fremden Nationalismus zum Todfeind des Deutschen machen musste.

Die Widersinnigkeit einer solchen aberwitzigen Politik und ihren Gegensatz zu den wirklichen nationalen Interessen des deutschen Volkes aufzuzeigen, wäre ein Privi-

legium der kleinstaatlichen Partikularisten und der die Interessen Preussens verfechtenden Kleindeutschen geblieben, hätte es damals nicht schon Männer gegeben, die das grossdeutsche Programm im proletarisch-demokratischen Sinne umdachten, in einer Weise, die der allmählich mündig werdenden und zu eigenem Willen heranreifenden Arbeiterklasse die Wege zu ihrer zukünftigen Auffassung des deutschen Problems wies. Im Jahre 1859, noch vor Ausbruch des Krieges Oesterreichs gegen Frankreich und Piemont, erschien im Dunckerschen Verlage zu Berlin eine Streitschrift unter dem Titel „Po und Rhein“, die den in England im Exil lebenden kommunistischen Revolutionär Friedrich Engels zum Verfasser hatte. Diese kleine Schrift, ebenso wie ihre im Jahre darauf ebenfalls in Berlin unter dem Titel „Savoyen, Nizza und der Rhein“ erschienene Ergänzungsschrift, zeigt uns den Mitverfasser des Kommunistischen Manifestes nicht nur als den Vorausdenker der zukünftigen nationalen Politik des deutschen Proletariats, sondern auch — und das gibt ihr ein persönliches, gewissermassen biographisches Interesse — als Vorausdenker Moltkescher Kriegswisheit. Nach ihrer ganzen Anlage ist die erste Schrift nicht sowohl eine politische als vielmehr militärpolitische und strategische Erörterung des Problems, das die durch den Kriegsfall zwischen Oesterreich und Napoleon III. gegebene Lage für Deutschland schuf, und die Absicht des Verfassers ging zunächst dahin, die militärischen Bedenken, die in Deutschland den Durchbruch der Vernunft hemmten, zu zerstreuen. Das war eine Aufgabe, die unseren alten „General“, der bekanntlich ein hervorragender Kriegsgelehrter und dialektischer Vertiefer der Militärwissenschaften gewesen ist, besonders reizen musste.

Die Streitschrift hat daher einen vorwiegend kriegswissenschaftlichen Charakter, aber die kriegswissenschaftliche Erwägung steht hier als Eideshelferin der politischen zur Seite und verteidigt sie gegen militärische Fiktionen, die dem Durchbruch der richtigen politischen Erkenntnis im Wege stehen. Die militärische Fragestellung ist diese: Bedarf Deutschland zur Verteidigung seiner Südgrenze der permanenten Herrschaft über Italien und speziell des Besitzes der Etsch, des Mincio und des unteren Po mit den Brückenköpfen von Peschiera und Mantua? Parallel mit dieser militärischen Frage läuft die politische: Ist es klug, wenn das deutsche Volk der habsburgischen Herrschaft in Italien den Rücken deckt und es dadurch möglich macht, dass der Bonapartismus das italienische Volk moralisch an sich kettet, indem er sich zum Sachwalter seiner Einheitsbestrebungen macht? Engels geht nun in seiner Beweisführung völlig objektiv und unvoreingenommen zu Werke, es macht fast den Eindruck, als ob er entschlossen wäre, alle politischen Bedenken gegen die Behauptung der Lombardei zu unterdrücken, wenn sich herausstellen sollte, dass sie wirklich eine Lebensfrage für die zukünftige militärische Sicherheit des Deutschen Reiches gegenüber allen etwaigen Eroberungsabsichten des Bonaparte wäre. Wir müssen es uns versagen, die Gedankengänge dieser überaus scharfsinnigen kriegshistorischen Untersuchung im einzelnen zu verfolgen, und können bloss ihre Ergebnisse erörtern. Engels kommt zu dem Schluss, dass die Minciolinie, insbesondere durch das dahinter liegende Festungsviereck, allerdings eine wertvolle strategische Position darstellt, aber nur für ein selbständig kriegführendes Oesterreich, dessen Operationen im Osten und Nordosten basieren, bei weitem nicht so sehr aber für eine gesamtdeutsche Armee, deren Hauptmacht vom Norden her operiert. Die strategische Stärke des Festungsviereckes Peschiera-Mantua, Verona-Legnago habe sich allerdings, zumal in den Feldzügen von 1848, trefflich bewährt. Sie gab Radetzky vier Stützpunkte für eine exzentrisch gegen einen numerisch weit überlegenen Gegner geführte Operation, die zu glänzenden Teilsiegen über die voneinander isoliert eindringenden piemontesischen Heereskörper führte. Der Besitz dieser Position sichere den Oesterreichern den Besitz Tirols, welches sonst leicht über Venetien umgangen und von Innerösterreich abgetrennt werden könne. (Was übrigens heute bei der vorzüglichen Bahnverbindung Tirols mit den übrigen Kronländern nicht mehr zutrifft.) Für ein selbständig agierendes Oesterreich mag infolgedessen die Behauptung der Minciolinie eine Notwendigkeit sein. Trifft das aber auch zu, wenn die militärische Basis der Operationen nicht in Innerösterreich, sondern in Süddeutschland liegt? Nicht im mindesten. An Süddeutschland militärisch angeschlossen kann Tirol nicht umgangen werden und bietet für jede feindliche Offensive eine harte Nuss. Andererseits hat jede vom Norden her über Tirol in die lombardische Tief-

ebene strebende Offensive auch dann, wenn sich die Mincio- und Etschfestungen in den Händen des Gegners befinden, die besten Aussichten, diesen zu umgehen, sowohl über Venetien als auch über die Lombardei, wo zumal seit dem Ausbau der Stilsferjochstrasse die Bedingungen für einen unmittelbaren Einbruch in das Gebiet der lombardischen Hauptstadt gegeben sind. Für ein einiges und militärisch einheitlich operierendes Deutschland steht also fest, dass der Besitz der Etsch- und Minciolinie zur Sicherheit seiner Südgrenze nicht notwendig ist. Er mag unter Umständen ganz nützlich sein, ist aber strategisch vollkommen entbehrlich und es wäre um die Wehrkraft Deutschlands schlimm bestellt, wenn sie sich jedesmal, wo sie auftritt, unter Verzicht auf alle Offensive in defensive Positionen verkriechen müsste. Ist aber dieser Besitz strategisch für die deutsche Sache entbehrlich, dann wiegt seine Behauptung die politischen Nachteile nicht auf, die sie bringt. „Die nationale Bewegung in Italien ist seit 1820 aus jeder Niederlage verjüngt und gewaltiger hervorgegangen. Wenn in einem solchen Lande, das obendrein an 25 Millionen Einwohner zählt, die nationale Bewegung einmal erstarkt ist, so kann sie nicht wieder ruhen, solange einer der besten, politisch und militärisch wichtigsten Landesteile und damit beinahe ein Viertel der Gesamteinwohnerzahl einer antinationalen Fremdherrschaft unterworfen ist. Seit 1820 herrscht Oesterreich in Italien nur noch durch die Gewalt, durch das Niederschlagen wiederholter Insurrektionen, durch den Terrorismus des Belagerungszustandes. Um seine Herrschaft in Italien zu behaupten, ist Oesterreich genötigt, seine politischen Gegner, das heisst jeden Italiener, der sich als Italiener fühlt, schlimmer als gemeine Verbrecher zu behandeln. Die Art und Weise, wie die italienischen politischen Gefangenen von Oesterreich behandelt wurden und stellenweise noch behandelt werden, ist in zivilisierten Ländern unerhört . . . Die Mittel, deren Oesterreich sich bedienen muss, um seine Herrschaft in Italien zu behaupten, sind der allerbeste Beweis, dass diese Herrschaft unmöglich von Dauer sein kann . . . Oberitalien ist ein Anhängsel, das Deutschland unter allen Umständen nur im Kriege nützen, im Frieden aber nur schaden kann. Die zu seiner Niederhaltung nötigen Armeen sind seit 1820 immer stärker geworden und übersteigen seit 1848 im tiefsten Frieden 70.000 Mann, die sich fortwährend wie in Feindesland befinden, jeden Augenblick auf Angriffe gefasst sein müssen . . . Was aber viel wichtiger ist: Wiegt der Besitz der Lombardei all den Hass, alle die fanatische Feindschaft auf, die er uns in ganz Italien zugezogen hat? Wiegt er die Mitverantwortlichkeit auf durch die Massregeln, die Oesterreich — im Namen und Interesse Deutschlands, wie uns versichert wird — seine Herrschaft sicherstellt? . . . Solange wir die Lombardei behalten, ist Italien unbedingt der Bundesgenosse Frankreichs in jedem französischen Kriege gegen Deutschland. Sobald wir sie aufgeben, hört das auf. Ist es aber unser Interesse, vier Festungen zu behalten und uns dagegen die fanatische Feindschaft und den Franzosen die Allianz von 25 Millionen Italiener zu sichern?

Diesen Gedanken spinnt Engels im weiteren Verlauf der Schrift zwischen den rein militärischen Ergebnissen fort und gelangt dabei zu Ergebnissen, die uns heute wie Prophezeiungen anmuten und einen politischen Weitblick bekunden, der uns geradezu frappiert. In scharfer Weise kritisiert er die Politik Napoleons III., die nie ein einheitliches, unabhängiges Italien neben sich dulden könne und offenkundig nach einer Schutzherrschaft über das Land ziele, als dessen Befreierin sie sich gebärden wolle. Möge doch Louis Napoleon zunächst die italienische Insel Corsica an Italien abtreten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sich Italiens Interessen mit denen Deutschlands in Zukunft eng verknüpfen müssten. Ist es da nicht unsinnig, den Bonapartismus die Befreierrolle spielen zu lassen und das italienische Volk Frankreich moralisch zu verpflichten? Wie richtig Engels voraussah, erweist sich noch heute. Der Bonapartismus hat zu guter Letzt noch im Jahre 1870 den Papst gegen das unter seiner eigenen Aegide der Einigung nahegekommene Italien zu behaupten gesucht und wie oft haben sich seither noch die Interessen der Republik Frankreich mit denen Italiens gekreuzt. Die von Engels so deutlich vorausgesehene Interessengemeinschaft Italiens mit Deutschland drückt sich heute sogar in einem vertragsmässigen Bundesverhältnis aus, aber hat dieser nüchterne Vertrag das ungeschriebene Bündnis des eingewurzelten Hasses gegen die „Tedeschi“ zu tilgen vermocht, das noch jetzt das italienische Volk mit den problematischen französischen Befreiern so eng verknüpft?

Das Schlagwort von der Verteidigung des Rheines am Mincio musste aber noch eine andere üble Folge zeitigen, indem es erst recht Bonapartes Appetit nach der Rheingrenze aufstachelte. War es für die Deutschen recht, dass sie um einer strategischen Barriere willen sechs Millionen Italiener unterjochen, so müsste es für Frankreich mit seiner offenen Ostgrenze billig sein, wenn es sich um einer guten militärischen Position willen neun Millionen Wallonen, Niederländer und Deutsche einverleibt. Zu solchen Ergebnissen musste konsequenterweise die Theorie von den natürlichen Grenzen führen. Wozu übrigens diese feige Furcht vor einem französischen Angriff, die aus dem ganzen Gerede von der Verteidigung des Rheines am Mincio spricht und die jeden Mutigen zu beissendem Spott herausfordert: „Wenn Leute“ — so heisst es darüber in „Po und Rhein“ — „erst mit den zwölfhunderttausend Soldaten Deutschlands um sich werfen, als stünden sie da fix und fertig wie Schachfiguren . . . und wenn dieselben Leute dann bei jeder Gelegenheit eine Zaghaftigkeit an den Tag legen, als verstände es sich von selbst, dass diese zwölfhunderttausend Mann von halb soviel Franzosen in die Pfanne gehauen werden müssten, es sei denn, dass sie sich in lauter uneinnehmbare Positionen verkriechen, so ist es wahrlich hohe Zeit, dass man die Geduld verliert.“

Es ist Zeit, dieser Politik der passiven Defensive gegenüber daran zu erinnern, dass, wenn auch Deutschland im ganzen und grossen auf eine Defensive mit offensiven Rückschlägen angewiesen sein mag, doch keine Defensive wirksamer ist als die aktive, die offensiv geführte. Es ist Zeit, daran zu erinnern, dass wir den Franzosen und anderen Nationen gegenüber uns im Angriff oft überlegen gezeigt haben, . . . unsere schönsten Schlachten sind Offensivschlachten gewesen und wenn der deutsche Soldat einer bestimmten Qualifikation des französischen entbehrt, so ist es erwiesenermassen derjenigen, sich defensiv in Dörfern und Häusern einzunisten; im Angriff kann er sich schon neben ihm sehen lassen und hat es oft genug getan.“

Die Dinge nahmen, als es zum Kriege kam, einen anderen Verlauf, als der Verfasser der Schrift „Po und Rhein“ hatte annehmen können. Wäre es nach seiner Auffassung gesunde deutschnationale Politik gewesen, die Lombardei an das durch das Königreich Sardinien repräsentierte Italien freiwillig preiszugeben, so stand die Sache ganz anders in dem Augenblick, als es klar wurde, dass der ganze italienische Handel für Louis Napoleon bloss ein Vorwand war, Oesterreich anzugreifen und damit Deutschland zu schwächen. In diesem Augenblick waren die Vorgänge in Italien wirklich eine deutsche Angelegenheit geworden und es hätte nun nicht bei der blossen Sympathie für Oesterreich und bei dem kriegerischen Geschwätz bleiben dürfen, sondern die deutschen Armeen hätten dem angegriffenen Bundesstaat tatkräftige Hilfe leisten müssen, um so mehr, als, wie sich später herausstellte, die französisch-sardinische Koalition noch einen dritten Bundesgenossen gewonnen hatte, nämlich Russland, das sich allerdings zunächst beobachtend verhielt. Statt dessen verblieb es in Süddeutschland bei der blossen Sympathie und die Gelegenheit, die Gefahr, die der deutschen Einheit von der Seite des „prätorianischen“ Cäsarismus jenseits des Rheines her drohte, blieb unabgewendet. Das deutsche Volk hatte die Gelegenheit verpasst, den Entscheidungskampf gegen Louis Napoleon, den es elf Jahre später führen musste, aus eigener Initiative zu beginnen, und es hat später den Bonapartismus in Frankreich nur zu überwinden vermocht, indem es sich dem nationalen Bonapartismus Bismarcks preisgab. Dass diese Auseinandersetzung Deutschlands mit Louis Napoleon notwendig und unausbleiblich sei, davon scheint Engels überzeugt gewesen zu sein. Klar geht dies aus der im Jahre nach dem Krieg ebenfalls in Berlin erschienenen Schrift „Savoyen, Nizza und der Rhein“ hervor, in der er die obernden Tendenzen der bonapartistischen Politik blosslegt und deutlich zeigt, wie in der Wegnahme Savoyens und Nizzas, die für Frankreich den Wert strategischer Einfallstore nach Italien haben, zugleich die Absicht eingeschlossen sei, sich ähnlicher strategisch günstiger Bedingungen gegen Deutschland zu versichern. Savoyen und Nizza seien bloss der Anfang, die Rheingrenze sei das Endziel und ihr zuliebe werde Louis Napoleon sich nicht scheuen, den Zwecken Russlands zu dienen. „Die Armee ist seine Hauptstütze, sie muss er befriedigen durch neue kriegerische Erfolge, durch die Züchtigung der Mächte, die 1813 und 1815 Frankreich niederwarfen, durch die Wiederherstellung der natürlichen Grenzen des Landes. Erst wenn die französische Trikolore am ganzen linken Rhein-

ufer weht, erst dann ist die Schmach der zweimaligen Eroberung von Paris ausgewischt“. Dazu sei aber ein starker Bundesgenosse nötig, und der sei Russland. Um der Rheingrenze willen werde Louis Napoleon die Donau- und Balkanländer an Russland preisgeben. So stehe denn Deutschland vor einer doppelten Gefahr, die jedem Einsichtigen erkennbar sei und an der nur jene, die in kleindeutschen Gedankengängen befangen sind, vorbeisehen. Wenn Engels im Jahre 1859 sich genötigt sah, gegen die Uferlosigkeit der grossdeutschen Wolkenkuckucksheimerpolitik zu Felde zu ziehen, so fand er nun im Jahre 1860 nicht minder treffende Worte, um die Kleingeistigkeit des Gothaisch-liberalen zu geisseln. Diesem „war der Krieg willkommen, weil er Oesterreich schwächen musste und dadurch die endliche Eröffnung des kleindeutschen oder grosspreussischen Kaisertums möglich machte. Mit ihm verband sich die Masse der norddeutschen Vulgärdemokratie, die darauf spekulierte, Louis Napoleon werde Oesterreich zertrümmern und ihr dann erlauben, ganz Deutschland unter preussischer Herrschaft einig zu machen; mit ihm verband sich ein geringer Teil der deutschen Emigration in Frankreich und der Schweiz, der schamlos genug war, sich mit dem Bonapartismus offen zu verbinden. Der stärkste der Alliierten aber war — sagen wir es offen heraus — die Feigheit des deutschen Spiessbürgertums, das nie der Gefahr ins Antlitz zu sehen wagt, das um ein Jahr Galgenfrist zu erbetteln, seine getreuen Alliierten im Stich lässt, damit es nachher ohne sie seiner eigenen Niederlage um so sicherer ist“.

Von den Gedankengängen der Schrift „Savoyen, Nizza und der Rhein“ muten uns einige recht vergilbt an und erwecken kein rechtes Interesse mehr. Von lebendigstem Interesse ist aber gerade jetzt für uns Oesterreicher, die wir eben gewissermassen das fünfzigjährige Jubiläum der heilsamen Lehren feiern, welche unser Staat bei Magenta und Solferino empfangen hat, die kritische Schilderung der kriegerischen Vorgänge in der Lombardei, die uns Engels in dieser Schrift gibt. Sie ist in ihrer lakonischen Kürze geradezu klassisch, so dass man sie als ein kritisches Bulletin bezeichnen könnte. Ich kann diese Darlegung nicht besser schliessen, als indem ich diese meisterhafte historische Skizze im Wortlaut mitteile:

„... Unterdessen schlug sich die österreichische Armee auf der lombardischen Tiefebene mit einem Heldenmut, der ihre Gegner erstaunte. ... Keine Paradedressur, kein Garnisonsgammaschendienst, kein Korporalstock war imstande gewesen, das unverwüsthliche Raufftalent des Deutschen ihnen auszutreiben. Trotz der knappen Kleidung und des schweren Gepäcks hielten diese jungen Truppen, die nie im Feuer gewesen, aus wie Veteranen gegen die kriegserfahrenen, leicht gekleideten und leicht ausgerüsteten Franzosen und nur mit dem allergrössten Aufwand von Unfähigkeit und Uneinigkeit brachte es die österreichische Führung fertig, solche Truppen schlagen zu lassen. Und wie schlagen? Keine Trophäen, keine Fahnen, fast gar keine Geschütze, fast keine Gefangenen — die eine eroberte Fahne wurde auf dem Schlachtfeld unter einem Haufen Toter gefunden — und die unverwundeten Gefangenen waren italienische oder ungarische Deserteure. Vom Gemeinen bis zum Major hat sich die österreichische Armee mit Ruhm bedeckt und dieser Ruhm gehört ganz vorzugsweise den deutschen Oesterreichern. Die Italiener waren nicht zu verwenden und meist entfernt, die Ungarn gingen in Menge über oder waren sehr unsicher, die Kroaten fochten in diesem Feldzug entschieden schlechter als sonst. Die Deutschösterreicher mögen sich diesen Ruhm mit vollem Recht aneignen; fällt ihnen doch vor allem anderen auch die Blamage der schlechten Führung zu. Diese Führung war echt altösterreichisch. Was die Unfähigkeit Gyulais allein nicht fertigbringen konnte, das brachte der durch die Kamarilla und durch die Anwesenheit des Hofes sichergestellte Mangel an Einheit im Kommando fertig. Gyulai fiel ein in die Lomellina und kam sofort zum Stehen, als er in den Bereich von Casale-Alessandria geriet; die ganze Offensive war verfehlt. Die Franzosen vereinigten sich ungehindert mit den Sarden. Um seine Ratlosigkeit vollständig darzutun, befahl Gyulai die Rekognoszierung von Monte bello, als ob er gleich von vornherein beweisen wolle, dass der altösterreichische Geist des unsicheren Herumtappens und der schweren Bedenklichkeiten in der Kriegsführung noch immer so lebendig sei als zu Zeiten des weiland Hofkriegsrates. Er überlässt dem Gegner vollständig die Initiative, von Piacenza bis Arona zerstreut er seine Armee, um nach beliebter österreichischer Manier alles

unmittelbar zu decken. Die Traditionen Radetzky's sind schon nach zehn Jahren der Vergessenheit verfallen. Als der Feind bei Palestro angreift, kommen die österreichischen Brigaden so langsam nacheinander ins Gefecht, dass die eine stets vor Ankunft der anderen schon aus der Position geworfen ist. Als nun gar der Feind das Manöver wirklich unternimmt, dessen Möglichkeit der ganzen Stellung in der Lomellina erst ihren Sinn gab — den Flankenmarsch von Vercelli auf Buffalora — als endlich die Gelegenheit kam, durch einen Stoss gegen Novara dies gewagte Manöver zu parieren und die ungünstige Lage auszubeuten, in der sich der Feind befand, da verliert Gyulai den Kopf und läuft über den Tessin zurück, um — auf einem Umweg — sich dem Angreifer in der Front quer vorzulegen. Mitten in diesem Rückzug erscheint Hess im Hauptquartier. Der in Verona wiedererstandene Hofkriegsrat schien seine Zweifel über Gyulai's Befähigung gerade im entscheidenden Moment bekommen zu haben, jetzt waren also zwei Oberfeldherren da. Auf Hess' Antrag halten alle Kolonnen, bis Hess sich überzeugt hat, dass der Moment zum Angriff auf Novara verpasst ist und dass man die Dinge gehen lassen muss. Darüber sind indes beinahe fünf Stunden vergangen, während deren die Truppen den Marsch unterbrochen hatten. Sie kommen vereinzelt, hungrig, ermüdet im Laufe des 4. Juni bei Magenta an; sie schlagen sich trotzdem vortrefflich und mit dem besten Erfolg, bis Mac-Mahon gegen seine Ordre, die auf direkten Vormarsch von Turbigo nach Mailand lautet, sich auf Magenta wendet und die österreichische Flanke anfällt. Inzwischen kommen die übrigen französischen Korps an, die der Oesterreicher bleiben aus und die Schlacht ist verloren. Der Rückzug der Oesterreicher geht so langsam, dass bei Melegnano eine ihrer Divisionen von zwei ganzen französischen Armeekorps angefallen wird. Eine Brigade hält den Ort gegen sechs französische Brigaden mehrere Stunden lang und weicht erst nachdem sie über die Hälfte ihrer Leute verloren. Endlich wird Gyulai abgerufen. Die Armee marschirt in einem grossen Bogen von Magenta um Mailand herum und findet Zeit, noch vor dem Feind, der auf der kürzeren Sehne marschirt, in der Stellung von Castiglione und Lonato anzukommen. Diese Stellung, von den Oesterreichern seit Jahren aufs genaueste rekonosziert, habe Franz Josef, so hiess es, eigens für seine Truppen ausgesucht. Die Tatsache ist, dass sie längst in das Verteidigungssystem des Festungsvierecks aufgenommen war und eine vortreffliche Position für eine Defensivschlacht mit offensivem Rückstoss gab. Hier nun vereinigte die Armee sich mit den inzwischen eingetroffenen oder bisher zurückgehaltenen Verstärkungen, aber sobald die Feinde auf dem anderen Ufer des Chiese angekommen, ertönte wiederum das Signal zum Rückzug und es geht hinter den Mincio. Kaum ist diese Operation ausgeführt, so geht die österreichische Armee wieder vor, über denselben Mincio, um dem Feind gegenüber dieselbe Stellung wieder anzunehmen, die sie ihm soeben freiwillig überlassen. Durch dies Durcheinander von Order, Kontreorder und Disorder in ihrem Vertrauen auf die Oberleitung hinlänglich geschwächt, geht die österreichische Armee in die Schlacht von Solferino. Es ist ein regelloses Abschlachten von beiden Seiten, von taktischer Oberleitung war weder bei den Franzosen noch Oesterreichern die Rede. Die grössere Unfähigkeit, Verwirrung und Scheu vor Verantwortlichkeit bei den österreichischen Generalen, die grössere Sicherheit der französischen Brigade- und Divisionschefs, die natürliche, in Algier aufs höchste entwickelte Ueberlegenheit der Franzosen im zerstreuten und Dorfgefecht vertrieben die Oesterreicher endlich vom Schlachtfeld. Damit schliesst der Feldzug. . . . Louis Napoleon hatte nämlich auch genug. Die magere Gloire von Magenta und Solferino war mehr, als er ein Recht hatte zu erwarten, und zwischen fatalen vier Festungen konnte doch einmal der Moment kommen, wo die Oesterreicher sich nicht länger von ihren eigenen Generalen schlagen liessen. Dazu machte Preussen mobil und weder die französische Rheinarmee noch die Russen waren kriegsbereit. Kurz das bis zum Adriatischen Meer freie Italien wurde fallen gelassen, Louis Napoleon bot den Frieden an und das Dokument von Villafranca wurde unterzeichnet.“

## Peter Masslow: Der Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung auf den Kampf der Klassen in Russland

### I.

Die wichtigste Eigentümlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands in der neuesten Zeit, eine Eigentümlichkeit, die nicht nur dem Klassenkampf, sondern auch der sozialen Ideologie einen bestimmten Ausdruck gab, war die rasche Entwicklung des kapitalistischen Grossbetriebes auf dem Boden des wenig ausgedehnten Tauschverkehrs unter den kleinen Wirtschaften. Der Kapitalismus entwickelte sich in einigen Gewerbezweigen vom Anfang an in der Form von Grossbetrieben, ohne dabei die alte bäuerliche Produktionsweise zu zerstören. Deshalb blieben gleichzeitig mit den fortgeschrittensten Formen der kapitalistischen Produktion auch bedeutende Reste der Hörigkeitsverhältnisse sowie die Naturalwirtschaft auf dem platten Lande aufrecht erhalten.

Die Grundursache dieser eigentümlichen wirtschaftlichen Entwicklung besteht darin, dass Russland später als die übrigen Länder den Pfad des Kapitalismus betrat, und zwar erst, nachdem es schon einen kolossalen Staatsmechanismus ausgebildet hatte.

Der grosse Umfang des Staates und der Staatsorganisation wurde zu einer Zeit ins Leben gerufen, als nach einer Industrie noch kein Bedürfnis vorhanden war. Schon damals, als weder die Staatsgewalt noch die herrschenden Klassen daran dachten, Märkte zu erobern — sie wollten bloss die Zahl ihrer Untertanen vergrössern — dehnte sich das russische Territorium nach Osten über ganz Asien und nach Süden bis zum Kaukasus aus. Zwar knüpften einige Gewerbezweige aus manchem Rayon (Ural, Moskau) schon vor der Aufhebung der Leibeigenschaft Handelsbeziehungen zu den übrigen Teilen Russlands an, man exportierte aus dem Uralgebiet Eisen sogar nach dem Ausland, doch wurden damals die Interessen der industriellen Klasse noch nicht als Staatsinteressen betrachtet und nicht ihretwegen wurde das Gebiet ausgedehnt.

Indessen forderten der immer wachsende bürokratische Mechanismus und die Zusammenstösse mit den die besten Gewehre und die modernsten Verkehrswege besitzenden europäischen Nachbarländern ungeheure Summen zum Unterhalt der Bureaukratie und Armee. So entstand auf dem Boden einer Naturalwirtschaft eine kolossale Staatsorganisation, die gewaltige Summen aus den Bauern herauspresste.

Diese Entwicklung des Staatsorganismus sowie die Ausdehnung des Territoriums auf Kosten der von Nomaden- und Hirtenvölkern bewohnten Nachbarländer und die zerstreute Besiedelung dieses Gebietes hatten der ganzen weiteren Entwicklung und speziell der der Landwirtschaft ein besonderes Gepräge aufgedrückt. In Westeuropa musste die landwirtschaftliche Bevölkerung in dem Masse, wie sie zunahm, entweder zu einer anderen Bodenkultur übergehen oder nach den Städten übersiedeln, um sich mit Gewerben zu beschäftigen. Die Entwicklung des Verkehrswesens und der Gewerbe ist dort eng mit dem Entstehen der Städte verbunden, in die sich die Leibeigenen geflüchtet haben, um Beschäftigung zu finden. Die Entwicklung der Gewerbe und des Handels in den Städten hat ihrerseits diese so gestärkt, dass sich die städtische Bevölkerung eine grössere oder geringere Unabhängigkeit von den Feudalen erkämpfen konnte, um somit die unterdrückte Landbevölkerung noch mehr an sich heranzuziehen. Die Verteilung der Produktivkräfte zwischen Stadt und Land schuf dort schon früh einen Markt für die Erzeugnisse der Landwirtschaft und die Notwendigkeit der intensiveren Kultur sowie die Gesamtheit der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt führten zur Auflösung des ursprünglichen Gemeinbesitzes. In Russland lässt sich dagegen noch im 17. Jahrhundert die Flucht der Fronbauern nach den Grenzgebieten und die Verödung der Dörfer konstatieren.\* In einigen Gebieten schreitet man sogar von intensiverer zur extensiven

\* Noch am Anfang des 19. Jahrhunderts werden einige Grenzgebiete (Krim, die östliche Grenze von Orenburg) von unfreien Flüchtlingen besiedelt.

Kultur zurück. Da aber die Bauern sich nicht in Städten eine Zuflucht suchten, sondern in den Grenzgebieten, so fand in Russland keine solche Verteilung der Produktivkräfte zwischen Landwirtschaft und Gewerbe wie in Westeuropa statt. Mit Gewerben beschäftigten sich die Kustari (die Verleger), die ebenfalls im Dorfe wohnten, ihren Acker hatten und folglich keine Abnehmer von Erzeugnissen der anderen bäuerlichen Wirtschaften sein konnten.

Dank diesen Zuständen war zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung die Verteilung der Produktivkräfte der Industrie ungünstig. Während des kapitalistischen Zeitalters nahm die Industriebevölkerung in Westeuropa wiederum rascher als in Russland zu. Die „überflüssige“ landwirtschaftliche Bevölkerung des Westens wanderte überdies nach den Kolonien (Amerika, Australien und Afrika) aus, die russischen Bauern siedelten dagegen nach den Grenzgebieten über. Die relative Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung nahm infolge dieser inneren Kolonisation nicht ab und die Erfolge des Kapitalismus blieben deshalb weniger wahrnehmbar als in Westeuropa. Dies wurde auch durch den Umstand begünstigt, dass die rasche Entwicklung des Eisenbahnnetzes das Entstehen von neuen voneinander und vom Zentrum sehr entfernten Industrieorten förderte.

So führte die gewaltige Ausdehnung des Territoriums nicht bloss zur Extensivierung des Betriebes, sondern auch zum Entstehen von weit auseinanderliegenden und isolierten Industriezentren. Die Stadt stellte in ganz geringem Masse einen Markt für die landwirtschaftlichen Produkte dar, deren Preise deshalb stets sehr niedrig waren. Nur die Gebiete, die durch Wasserwege und später mittels Eisenbahnen mit dem Ausland verbunden waren, konnten Getreide exportieren. Unter diesen Bedingungen blieb die Bodenkultur extensiv, weil eine intensive Bewirtschaftung nur bei einer gewissen Minimalhöhe der Getreidepreise vorteilhaft wird. Indessen hat der Charakter der Bodenkultur für die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem platten Lande eine grosse Bedeutung.

Der gemeinschaftliche Grundbesitz, der nicht ohne bedeutenden Einfluss der Staatsgewalt entstanden war, erhielt und befestigte sich dank der extensiven Kultur. Der im 19. Jahrhundert hervortretende Bodenmangel stärkt ihn noch mehr. Den Uebergang zum intensiveren Betrieb hindern die niedrigen Getreidepreise. Die Bauern streben deshalb darnach, bei bleibender extensiver Bodenkultur ihren Besitz intensiv auszunutzen, das heisst ohne zu einer neuen Kultur überzugehen, möglichst viele Leute zu ernähren. Zu diesem Zweck eignet sich aber der Gemeinbesitz am besten. Obgleich die Arbeitsproduktivität der Gemeinmitglieder mit der Zunahme der Bevölkerungsdichtigkeit bedeutend sinkt, weil die Bodenfruchtbarkeit infolge der extensiven Kultur nicht steigt, so gewähren die regelmässigen Neuverteilungen des Bodenbesitzes dem Bevölkerungszuwachs die Möglichkeit, in der Landwirtschaft Beschäftigung zu finden. Der gemeinschaftliche Besitz erweist sich somit unter diesen Umständen als eine Art Versicherung gegen Hungerstod, obgleich er vor Hungersnöten nicht rettet.

Die Ausdehnung des Ackers in den Grenzgebieten hat die allmähliche Verminderung der Getreideproduktion, das Sinken der Produktivkräfte der landwirtschaftlichen Bevölkerung und die unabwendbar heranrückende Agrarkrise im zentrallandwirtschaftlichen Rayon verschleiert. Indessen wurde die Aenderung der Bodenkultur und die Auflösung der Gemeinde nicht bloss durch die niedrigen Getreidepreise gehindert, sondern immer mehr eben durch die Konkurrenz der Grenzgebiete und die Armut der Bevölkerung im Zentralrayon selber, die durch die hohen Pachtpreise und die erdrückende Steuerlast gezwungen war, ihre notwendigsten Produktionsmittel zu veräussern.

Der Charakter der früheren Entwicklung machte den Uebergang zum kapitalistischen Landwirtschaftsbetrieb unmöglich, ohne grosse Erschütterungen und ohne Versuche der Bauern, in der Ausdehnung ihres Grundbesitzes einen Ausweg zu finden.

Die allgemeine Verelendung der Bauern hinderte somit nicht nur die Auflösung der Bauerngemeinde, sondern auch die Differenzierung der Bauernschaft, die Entwicklung der Klassengegensätze innerhalb der Bauerngemeinde. Deshalb treten im zentralen Rayon die Bauern vor und während der Revolution als ein Ganzes auf und als solches kämpften sie um die Gutsländereien oder um niedrigere Pachtpreise. Es war ein Kampf

der bäuerlichen Grundbesitzer um Ausbesserung ihrer Wirtschaft. Dagegen im südwestlichen Gebiet, in Polen, in Baltischem Gebiet und teils auch in Littauen trug die Bauernbewegung den Charakter eines Arbeiterkampfes um höhere Löhne. Hier führte man eine intensive Wirtschaft und die kapitalistischen Verhältnisse waren so weit fortgeschritten, dass für die ärmste Schicht der ländlichen Bevölkerung der Arbeitslohn und nicht der Pachtzins die wichtigste Bedeutung hatte. Für den weitaus grössten Teil Russlands war auf jeden Fall die rückständige Bauernwirtschaft typisch, die den Charakter nicht bloss der Bauernbewegung, sondern auch der Bewegung der Grundbesitzer beeinflusste.

Als Verpächter strebten die Grundbesitzer gewöhnlich darnach, möglichst hohe Pachtpreise zu erhalten. Insofern sie dadurch mit den bäuerlichen Pächtern oder den Landarbeitern in einen wirtschaftlichen Kampf geraten, verteidigten sie energisch ihre Interessen, indem sie strafrechtliche Verfolgung für Kontraktverletzungen forderten. Da sie aber an der Aufrechterhaltung der Parzellenpacht interessiert waren, suchten sie auch den Kleingrundbesitz zu unterstützen. Der „volkstümliche“ Liberalismus der Herren Grundbesitzer in den Landschaften, eine auf den ersten Blick widernatürliche Erscheinung, erklärt sich leicht daraus, dass sich die Erträge der Grundbesitzerländereien infolge der Verelendung der bäuerlichen Teil- und Arbeitspächter (die den Gutsacker mit ihrem Inventar bestellen) vermindert haben. Die Einkünfte der Gutsbesitzer konnten deshalb nicht in dem Masse steigen, wie es hätte sein müssen, wenn die Bauern etwas wohlhabender wären. Nicht alle Grundbesitzer haben es klar eingesehen, wohl aber die weit-sichtigeren „liberalen“ Semstwomänner.

So hat die „eigentümliche“ wirtschaftliche Entwicklung Russlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bewirkt, dass gerade ein bedeutender Teil der Grundbesitzer liberal war, während die meisten Vertreter des Grosskapitals eine Zeitlang im Bündnis mit der Regierung standen. Da die Regierung den Konsum der Volksmassen schmälerte, erschien sie selber als der wichtigste Besteller für Industrieerzeugnisse und nun auch als die unentbehrliche „Stütze“ der Industrie...

Dieses erste Stadium in der Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie dauerte lang, weil die inneren Wanderungen teils die Krisis des Kleinbetriebes abgeschwächt, teils die Ausdehnung des Saatlandes in den Grenzgebieten gefördert und somit die Gesamtsumme der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erhöht hatten. Die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes und die Bevölkerung der Grenzgebiete schufen einen inneren Markt für die Industrie und hoben die Wirkung der „Verarmung des Zentrums“ auf die Industrie für eine Zeitlang auf. Deshalb waren die Semstwomänner so lange „volkstümlich-liberal“ gestimmt, bis die Krisis der Bauernwirtschaft eintrat, bis es ihnen unmöglich wurde, ihre Ländereien zu den erhöhten Preisen wiederum zu verpachten, und sie es vorteilhafter fanden, ihren Acker selber zu bewirtschaften. Ebenso waren die Industriellen regierungstreu, solange sie sich mit den Bestellungen der Regierung und der Ausdehnung des Marktes durch Erschliessung von neuen Gegenden befriedigen konnten, solange also die Regierung ihnen hohe Profite sicherte...

## II.

Die Eigentümlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst auch den Charakter und die politische Rolle der städtischen Mittelklasse. Vor der Aufhebung der Leibeigenschaft wohnte in den Städten bloss ein ganz verschwindender Teil der Bevölkerung, der sich überdies gleichzeitig mit Landwirtschaft beschäftigte. Der wichtigste Erwerbszweig der Stadtbevölkerung war jedoch der Handel mit Erzeugnissen der Landwirtschaft und des bäuerlichen Gewerbes. Der eigentliche „Mittelstand“, der aus kapitalistischen Unternehmern, Handwerkern und Angestellten besteht, blieb auch dann noch gering, als der Staat und darauf auch die Bauern Industriewaren benötigten.

Die Akkumulation des Kapitals ging hauptsächlich im Handel mit Rohstoffen und in den Monopolbetrieben (Tuchfabriken, Eisenhüttenwerken u. s. w.) vor sich und lässt zuerst die „volkstümliche“ Produktion unberührt, ausgenommen die Weberei, die durch die Fabriken verdrängt wurde. Aber auch dieser Industriezweig beschäftigte Arbeiter, die das sie an den Boden fesselnde Band noch nicht gelöst hatten und folglich äusserst billig ihre Arbeitskraft verkaufen konnten.

In seiner Entwicklung stiess das Kapital, das nun grosse, modern eingerichtete Betriebe organisiert hat, nicht auf die Konkurrenz der städtischen Handwerker, sondern auf die der Kustari, was auf deren landwirtschaftlichen Betrieb zurückwirken musste. Unter der Entwicklung des Kapitalismus litt nicht so sehr das städtische Gewerbe als die Landwirtschaft der Bauern. Und weil der Kapitalismus nach Russland nicht allmählich (durch Gewerbe und Manufaktur) kam, und vor allem der Bauernschaft Konkurrenz machte, erschien er den russischen Volkswirten als ein fremdes, künstlich gezüchtetes, aus dem Westen hergebrachtes und folglich nicht dauerhaftes Gewächs. Seine revolutionäre Rolle trat noch nicht klar genug zutage und die an Zahl verhältnismässig geringe städtische Bourgeoisie liess den Schluss zu, dass es in Russland auch kein Bürgertum gäbe. Die Vergangenheit des russischen dritten „Standes“ war etwas anders als die des westeuropäischen.

Die Städte und Industriezentren entstanden in Russland zugleich mit dem Kapitalismus; in ihnen konzentrierten sich die Arbeiterbevölkerung, die Handelsleute und Handwerker. Ausserdem muss noch in Betracht gezogen werden, dass der kolossale bürokratische Mechanismus eine gewaltige Menge von Leuten der freien Berufe beschäftigte. Es erhellt daraus, dass die Zusammensetzung des Bürgertums in Russland eine andere war als in den westlichen Ländern. Diese „gebildete Klasse“ konnte auch deshalb während der Revolution eine so entscheidende Rolle spielen, weil weder das mittlere und Kleinbürgertum noch die Arbeiter die Kampftraditionen der westeuropäischen Städte kannten. Während das Bürgertum als solches in den sozialen Bewegungen eine sehr geringe Rolle spielte, fiel diese den Vertretern der freien Berufe zu, die das fortgeschrittenste Element darstellten. Dieser Unterschied zwischen den beiden Gruppen des Bürgertums veranlasste zum Beispiel die Partei der Sozialrevolutionäre, die Bourgeoisie der „Intelligenz“ gegenüberzustellen, die letztere als eine spezielle soziale Gruppe mit besonderen politischen und wirtschaftlichen Interessen zu betrachten.

Ihrer Zahl nach war diese Gruppe verhältnismässig unbedeutend. Die wirtschaftliche und politische Macht einer sozialen Gruppe wird aber nicht immer durch das Zahlenverhältnis bestimmt. Als eine Mittelschicht zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat und als Organisator der Produktion (Ingenieure, Agronomen u. s. w.) oder als Angestellte in den öffentlichen Einrichtungen vermochte die intelligente Klasse auf die Grossbourgeoisie einen Druck auszuüben und, indem sie sich der Arbeiterbewegung anschloss, dieser den Charakter einer „nationalen“ Bewegung zu verleihen. Wie bekannt, wurden die liberalen Forderungen der Semstwomänner und Unternehmer unter dem Einfluss der höheren Angestellten ausgearbeitet. Wenn wir noch hinzufügen, dass die städtische Bourgeoisie mit dem Erwachen ihres politischen Bewusstseins gegen die bürgerliche Demokratie gravitierte, so wird die wichtige politische Rolle dieser Schicht, die man gewöhnlich „bürgerliche Intelligenz“ nennt, klar.

### III.

Eng mit dem Charakter der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands ist auch die Bewegung der Arbeiterklasse und der Grossbourgeoisie verbunden. Die Fabriksindustrie ist in Russland nicht aus dem Handwerk oder aus der Manufaktur entstanden. Die aus dem Dorf herausgestossenen proletarischen Elemente wurden sofort in Grossbetrieben vereinigt, ohne dass sich die Arbeiter eine Organisation zur Abwehr gegen die Angriffe des Kapitals gegeben hatten. Die Bedingungen der Grossbetriebe sind aber allein und für sich für das Entstehen solcher Organisationen günstig. Es bedurfte bloss einer geringen Aenderung der äusseren Verhältnisse, um die Arbeiterschaft einen organisierten Kampf beginnen zu lassen. So war die Organisation der Produktion für die Selbsttätigkeit der Arbeiterschaft günstig, während die Entwicklungsbedingungen der Industrie dafür äusserst ungünstig waren. Die Arbeiterklasse war sozusagen geschichtlich jung, das Kapital entriss den Arbeiter dem Pflug und nicht dem Handstuhl. Ohne historische Erfahrungen im politischen und wirtschaftlichen Kampf, aber durch ihre Lage in den Kampf hineingezwungen, horchten sie auf die Losungen der Sozialisten mit grosser Aufmerksamkeit. Daher der gewaltige Erfolg der sozialistischen Aufrufe: das Erscheinen eines Aufrufes war oft genügend, den Unternehmer zu zwingen, die im Aufruf aufgestellten

Forderungen zu erfüllen. Bei verhältnismässig niedrigem Kulturzustand und geringem Klassenbewusstsein konnten die Arbeiter demnach erstaunlich einig unter der Leitung der an Zahl fast unbedeutenden revolutionären Parteien kämpfen. Dieser Umstand führte später zur Ueberschätzung der Macht der Arbeiterklasse und ihres Klassenbewusstseins: die Bereitschaft, den wirtschaftlichen und politischen Kampf zu führen, wurde als ein Zeichen des Klassenbewusstseins, des Verständnisses für die Zweckmässigkeit der oder jener Form des Kampfes betrachtet.

Wie erwähnt, hat das Kapital in den ersten Jahren nach der Bauernbefreiung bloss den Boden für eine industrielle Entwicklung vorbereitet; es baute Eisenbahnen, Dampfschiffe, errichtete Banken, trieb einen Grosshandel u. s. w. In grösserem Umfang waren die Arbeiter hauptsächlich in den Textilfabriken beschäftigt, aber diese haben das Band mit dem Lande noch nicht gelöst. Bis zum Anfang der 1890er Jahre war deshalb die Arbeiterbewegung verhältnismässig schwach, die Macht und Bedeutung der Arbeiterklasse wurde unterschätzt, die Möglichkeit einer kapitalistischen Produktion in Russland in Zweifel gestellt und der Kustarbetrieb (die Hausindustrie) als die nationale Form der Produktion betrachtet.

Erst in den 1890er Jahren wendet sich das Kapital der Industrie und besonders dem Bergbau immer mehr zu, nun entsteht auch die Atmosphäre der Kampfbereitschaft, von der wir oben gesprochen haben. Um diese Zeit tritt auch ein Umschwung in den Anschauungen über die wirtschaftliche Entwicklung Russlands und die Bedeutung der Arbeiterklasse ein; der Marxismus übt einen immer steigenden Einfluss auf die russische Intelligenz aus und es entwickelt sich eine sozialdemokratische Partei.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus steigt auch die Bedeutung der Grossbourgeoisie. Die politische Rolle dieser Klasse war jedoch unbedeutend; es schien sogar, dass die Grossbourgeoisie immer bereit sein werde, mit dem bürokratischen Regime Hand in Hand zu gehen, dass sie im Gegensatz zur westeuropäischen Bourgeoisie kein Bedürfnis nach einer Verfassung habe, die eine „Rechtsordnung“ garantieren und ihr die politische Herrschaft gewähren würde....

Diese Rolle der wirtschaftlich stärksten Klasse lässt sich ebenfalls aus dem Entstehen und der Entwicklung der Grossbetriebe erklären.

Es wurde schon auf das ausserordentliche Anwachsen der Staatsbedürfnisse zur Zeit der Naturalwirtschaft auf dem platten Land und der geringen Entwicklung der städtischen Gewerbe hingewiesen. Die ganze Steuerlast lag auf der Bauernwirtschaft, während man die Staatseinnahmen gegen Erzeugnisse der Industrie austauschte. Der Eisenbahnbau, die Ausgaben für Bureaukratie und Armee, all dies war zu Nutz und Frommen der Händler- und Industriellenklasse und förderte die Entwicklung der kapitalistischen Produktion. Die Akkumulation des Kapitals ging allmählich vor sich, es machte sich infolge des steigenden Staatsbedarfes und der gewaltigen Ausdehnung des Territoriums und trotz der geringen Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung in der ersten Periode kein Mangel an Absatzmärkten fühlbar. Das gewaltige Budget gab der Staatsgewalt die Mittel, um nicht bloss die Banken und Eisenbahngesellschaften, sondern auch die Industriellen in direkter oder indirekter Abhängigkeit von sich zu halten, besonders die, die auf den Bau von Eisenbahnen, Schiffen u. s. w. angewiesen waren. Der Staat war denn auch der wichtigste Abnehmer der Industrieerzeugnisse. Die Armut des Volkes befestigte die Abhängigkeit der Industrie von den Regierungsaufträgen noch mehr.

Erst mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus leuchtet der Grossbourgeoisie die Bedeutung des inneren Marktes und der kontrolllosen Wirtschaft der Bureaukratie ein.

Ausser den direkten Aufträgen hatte die Regierung noch ein anderes Mittel, um die Gunst der Bourgeoisie zu erwerben. Der Schutzzoll hat dem Kapital bei weitem den Schaden ersetzt, den ihm die „geringen Mängel“ der Regierungsorganisation verursacht hatten. Erst mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus, als die Regierungsaufträge aufgehört hatten die Hauptrolle zu spielen, erwies es sich, dass ohne einen inneren Markt auch Prohibitivtarife nichts nützen und der Profit immer sinken muss. Erst die schwere Wirtschaftskrise gegen Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts liess den Gedanken

auftauchen, dass eine extensive Ausdehnung des Marktes ungenügend sei. Die schmachvolle Niederlage im ostasiatischen Kriege bewies nun, dass diese Ausdehnung schliesslich auch nicht grenzenlos sein kann. Die Notwendigkeit einer Vertiefung des Marktes, das heisst einer Erhöhung der Nachfrage nach Industrieerzeugnissen durch die Bevölkerung wurde erst jetzt klar. Die Hoffnung auf neue Märkte und Subsidien aufgegeben, stand die Bourgeoisie dem revolutionären Kampfe gegen das alte Regime in der Erwartung, die politische Macht in ihre Hände zu erhalten, wohlwollend gegenüber. Die Erwartung erfüllte sich bekanntlich nicht. Aus Furcht vor dem roten Gespenst trat sie ihren Platz an den Adel und die Bureaukratie ab.

So konnten die sozialen Klassen, die mit der Entwicklung der grosskapitalistischen Produktion verbunden sind, erst gegen Ende des neunzehnten und Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts zur Geltung kommen, als der Kapitalismus gezwungen wurde, sich auf den Konsum der breiten Volksmassen zu stützen, als für seine weitere Existenz die „Demokratisierung“ des Konsums von Industrieerzeugnissen notwendig wurde. Das war der entscheidende Moment nicht bloss für die Grossbourgeoisie, sondern auch für die Arbeiterklasse, weil der Arbeiter erst mit dem Uebergang eines bedeutenden Teiles des Kapitals aus der Sphäre des Handels in die der Massenproduktion die wichtigste Rolle in der Volkswirtschaft zu spielen beginnt. Deshalb musste aber die Bewegung der Arbeiterschaft früher beginnen als die der Grossbourgeoisie: zur Zeit, als diese noch mit allerhand Liebesgaben überhäuft wurde, fühlte die Arbeiterklasse zur Genüge alle Schönheiten der kapitalistischen Ordnung und des Polizeiregimes. Und dieser Umstand, dass es die Arbeiterschaft und die Bauern allein waren, die auf dem Kampfschauplatz standen, veranlasste einige Sozialisten den Schluss zu ziehen, dass die Revolution notwendigerweise zur Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft führe, also zur Diktatur der Klassen, die dem Kapitalismus feindlich gegenüberstehen. Dies würde aber die Herrschaft des Kapitalismus unmöglich gemacht haben. Dank dieser revolutionären Illusion, die, wie wir gesehen haben, in der geschichtlichen Entwicklung Russlands ihre Erklärung findet, begann die Arbeiterschaft einen Kampf gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaft, einen Kampf, der vorläufig mit der Niederlage der Arbeiterklasse enden musste....

## Otto Pohl: Der Streik der Beamten

In den Tagen, da das Proletariat Oesterreichs in der furchtbaren Sorge lebte, in einem Konflikt, den die Diplomatie aus verfälschten Völkerinteressen gebräut hatte, seine Haut zu Markte tragen zu müssen, hat Frankreich ein soziales Schauspiel gesehen, das die Vergänglichkeit, die Begrenztheit, die Verletzlichkeit der modernen Staatsgewalt, die alle Daseinsbetätigungen der heutigen Menschen einschliessen und regulieren will, deutlich machte. Dort der unbedingte Befehl an den Bürger, sich einem Staatszweck blindlings zu opfern, hier die organisierte Verteidigung unmittelbarer kollektiver Interessen gegen das staatliche Herrschaftsprinzip. Wenn der Streik der Pariser Post- und Telegraphenbeamten einen revolutionären Charakter besitzt, so sicher nicht in dem Sinn der Revolutionen, die die Staatsmaschinerie in die Hände einer anderen Klasse, zu deren wirtschaftlichem Gedeihen, zu bringen suchten. Nicht in seinem Ziel kann seine Bedeutung gefunden werden, sondern in der sozialen Anschauung, die in ihm zum Durchbruch kam.

Auch bloss äusserlich betrachtet bietet dieser erfolgreiche Staatsbeamtenstreik ein überaus merkwürdiges Bild. Die ausserordentliche Komplikation und Sensibilität des modernen Gesellschaftsbaues wird in ihm sichtbar. Der Vergleich des Post- und Telegraphenwesens mit dem Nervensystem des menschlichen Körpers hat sich allen Beobachtern aufdrängen müssen. Die Lähmung seines Zentrums wirft den ganzen Leib in schwere Krankheit. Es ist gar nicht erst der „starke Arm“ des manuellen Arbeiters, dessen Wille alle Räder stillestehen machen kann. Es genügt, dass der Manipulationsbeamte der Post keine Briefe sortiert, der Telegraphist die Arme verschränkt und das

Telephonfräulein spazieren geht. In der Weltstadt, wo die Nervenstränge des Nachrichtenverkehrs zusammenlaufen, entscheidet sich auch die wirtschaftliche Blutzirkulation. Mit den Millionen Briefen und Drucksachen, mit den Hunderttausenden Telegrammen, die täglich liegen bleiben, werden ungezählte ökonomische Dispositionen für das ganze Land unterbunden. Nach vier Streiktage war schon die Pariser Lebensmittelzufuhr gefährdet, weil die Butter- und Eierhändler auf dem Land, die keine Geldanweisungen von ihrer Pariser Kundschaft erhalten hatten, beim Einkauf gehindert waren. Die ungeheuer verfeinerte Arbeitsteilung der kapitalistischen Wirtschaft zeigte ihre Gegenseite in der Empfindlichkeit, der kein improvisierter Notdienst genügtun konnte. Der Versuch, mit Militär den Streik zu brechen, ist kläglich misslungen. Allerdings soll nicht verschwiegen werden, dass die republikanische Regierung von dem in Ungarn und Italien verwendeten Mittel der „Militarisierung“ der Streikenden — das heisst der Einberufung der Reservisten zum Zwangsdienst — aus politischen Gründen nicht Gebrauch zu machen wagte.

Ausser der Empfindlichkeit des vom Streik betroffenen Organismus hat auch die vorzügliche Organisation des Streiks seinen Erfolg ermöglicht. Die Vorzüge des französischen Charakters, die Fähigkeit, in enthusiastischem Anlauf die Saumseligkeit und Nachlässigkeit des Alltags gutzumachen, verbanden sich diesmal mit einer überraschenden Selbstbeherrschung, die die Streikenden keinen Augenblick über ihr erreichbares Ziel hinausstreben, noch von den gewählten Mitteln abweichen liess und die ihnen den prachtvollen Abschluss des Kampfes sicherte. Die offiziellen Statistiken selbst haben am Ende der Streikwoche kein bemerkliches Schwanken der Ausständigenziffer verzeichnen können. Wohl sollte nach ihren Angaben der Verhältnissatz der Streikenden in den meisten Dienstzweigen nicht viel mehr oder noch weniger als die Hälfte aller Beamten betragen. Aber in einem verwickelten Dienst, der auf die möglichste Ausnützung eines Minimums von Arbeitskräften gestellt ist, bedeutete auch das schon die völlige Anarchie und Leistungsunfähigkeit, wobei noch die besondere Natur des vom Ausstand betroffenen Organismus mitwirkte. Ein Webereibesitzer mag mit Streikbrechern einen Teil seiner Maschinen in Gang halten können. Was aber nützte es, wenn etwa ein kommerzieller Offertbrief mit Verspätung zugestellt werden konnte, die Antwort aber nicht expediert wurde? Die Unsicherheit wirkte vielleicht noch verwirrender als die Gewissheit völligen Stillstandes.

Die Postbeamten haben ihr Ziel und ihre Mittel von Anfang bis Ende fest im Auge behalten. Dies bedarf einer etwas ausführlicheren Auseinandersetzung, weil die Verfechter des Syndikalismus voraussichtlich hartnäckig versuchen werden, den Erfolg des Ausstandes auf ihr Konto zu buchen. Der Syndikalismus will eine — und zwar die einzig wirkungsvolle — Taktik des Klassenkampfes des Proletariats gegen den Kapitalismus sein. Jeder Streik soll — nach dieser Lehre — möglichst über seinen ursprünglichen Gegenstand hinausgetrieben, zu einer „revolutionären Gymnastik“ gemacht werden, worin den Streikenden die Notwendigkeit des Umsturzes der bürgerlichen Gesellschaft in der Form des „enteignenden Generalstreiks“ zu einem gleichsam religiösen Glaubenssatze wird, zu einer vor dem Proletariat herziehenden Feuersäule. Die streikenden Postbeamten aber haben sich keinen Augenblick von ihrer ursprünglichen Operationsbasis entfernt. Ihre Bewegung hatte — und schon diese Feststellung kann Irrtümer fernhalten — keinen ökonomischen Charakter. Sie kämpften nicht um eine bessere Bezahlung, sondern um eine bessere Behandlung. Es war ein Proteststreik gegen die Brutalisierung durch Polizisten, gegen Günstlingswesen und parlamentarische Einflüsse beim Avancement — kurz ein Ausbruch lange angesammelten Unwillens. Und darum, weil er keinen ökonomischen Forderungen diente, die die Steuerzahler getroffen hätten, begleitete ihn die Sympathie des kleinen und mittleren Bürgertums, wie ihm die Sympathie auch der höheren Beamten zuteil wurde, weil er auch ihrer Abneigung gegen die parlamentarischen Störungen der bürokratischen Ordnung Ausdruck gab. Eine Tendenz gegen eine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ging ihm vollständig ab, der Staat, gegen den er sich richtete, war nicht der Staat der Kapitalisten, sondern der der herrschenden parlamentarischen Clique, des radikalen Jakobinertums, in dem alle Untugenden durch den Schrecken herrschen.

Und ebenso hielten sich die Streikenden von den taktischen Rezepten der Syndikalisten fern. Sie waren so wenig „Antipatrioten“, dass sie sich mit Rücksicht auf die gespannte internationale Lage erboten, der Regierung eine telegraphische Verbindung mit den ausländischen Hauptstädten durch Beistellung einer Elitemannschaft zu sichern. Sie protestierten auch gegen die „Sabotage“, die verbrecherische Zerstörung der Telegraphenleitungen, und beschlossen, selbst nach den Schuldigen zu forschen. Gewiss hätten sie den Respekt vor der Gesetzlichkeit nicht so weit getrieben, einem etwa rasch in Kammer und Senat durchgepeitschten Gelegenheitsgesetz, das den Beamten den Streik untersagte — denn bisher besteht ein solches Verbot noch nicht — Reverenz zu erweisen, und es ist kindisch, wenn die Radikalen, jetzt nach dem glücklich durchgeführten Streik, eine Wiederholung durch einen Paragraphen auszuschliessen wännen. Der Streik war nicht die Ausübung eines speziellen „Rechtes“, sondern eine elementare Tatsache, die in einem gegebenen Stadium der sozialen Entwicklung ihre Macht kundgab. Solcherart sind aber die neuen Tatsachen, die die Erneuerung des Rechtes als notwendig anzeigen.

Die Erneuerung des staatlichen Rechtes — nicht seine Aufhebung. In Frankreich legen jetzt allerhand geistreiche Leute Theorien vor, wonach nunmehr der grosse Kampf gegen den Staat begonnen habe, der dessen letzter Form, der demokratischen Republik, die Gewerkschaften entgegenstelle. Diese Theorien sind allerdings nichts Neues. Schon Proudhon hat den Kampf gegen die Autorität zur Idee der Revolution des 19. Jahrhunderts machen wollen. Er wollte den Staat in der „industriellen Gesellschaft“, die Regierung im „ökonomischen Organismus“ auflösen. Der Unterschied war nur, dass er, der die Entwicklung der Gewerkschaften noch nicht vor Augen hatte, einen kleinbürgerlichen Individualismus in einem konsequenten System darstellte, wogegen der neuere Syndikalismus eine Art Gewerkschaftsfeudalismus lehrt, wofür er denn auch die Sympathien der konservativen Sozialphilosophen geniesst. So schreibt der Klerikale de Mun: „Hier ist es, was uns bedroht, was uns erwartet, was unvermeidlich ist. In der Konvulsion, die sich vorbereitet, bricht wie vor 120 Jahren ein ganzes Regime zusammen, nicht vielleicht ein politisches Regime, sondern das administrative und soziale Regime, das seit einem Jahrhundert alle Regierungen gestützt und aus unseren Revolutionen blosse Veränderungen der Oberfläche gemacht hat. Die syndikalistische Bewegung ist es, die die Regierungen der Zukunft schaffen wird.“

Das sind nun freilich teils Schwarzmalereien von Leuten, die der Bourgeoisie Angst vor der religionslosen Demokratie machen wollen, teils fromme Wünsche, die von einer in Genossenschaften aufgelösten Gesellschaft für die Macht der zentralisierten Kirche eine Auferstehung erwarten. Und bei den revolutionären Arbeitern und Sozialisten, die diesen Ideen zuneigen, der historisch begreifliche Widerwille gegen die bürgerliche Demokratie. In Frankreich hat sich seit dem Sieg der Bourgeoisie eine Politikerkaste entwickelt, die gewissermassen die Politik für alle Klassen besorgen will, eine Art Parlamentsadel, der sich teils forterbt, teils Zufluss von Provinzadvokaten und Journalisten erhält. Die Klassen selbst kommen kaum zu Worte, sie bedienen sich dieser Berufsparlamentarier, die der allgemeinen Strömung folgend ihre Parteizugehörigkeit mit grösserer oder geringerer Aufrichtigkeit bestimmen. Mochte der Grossvater unter dem Kaiserreich ein fortschrittlicher Oppositionsmann gewesen sein, so wurde der Sohn unter der dritten Republik Opportunist und der Enkel Radikalsozialist. Die sozialistische Partei selbst hat unter diesem Uebel zu leiden, an dem das Proletariat freilich selbst Schuld trägt, weil die Rückständigkeit der Organisation die sozialistischen Abgeordneten ihre Mandate vielfach nur ihrem wahlagitorischen Talent, nicht der Macht der Arbeiterschaft verdanken lässt.

Dass die Enttäuschung und der Widerwille gegen die Cliquenpolitik zu einem Kampf gegen den Staat selbst führen soll, zu seiner Auflösung in syndikale Föderationen, kann aber nur der kleinbürgerliche Utopismus annehmen, der sich von den durch die moderne grosse Produktion hervorgebrachten sozialen Beziehungen nicht Rechenschaft gibt. Es ist direkt reaktionär, die öffentlichen Dienste — wie dies sogar in einer Affiche der Postbeamten geschehen ist — unter dem Gesichtspunkt der Ware zu betrachten. Und die Entwicklung arbeitet allen syndikalistischen Ideen zum Trotz

darauf hin, die ökonomischen Funktionen des Staates zu erweitern. Aber das eine ist richtig und von allergrösster Bedeutung, dass der Staatsbegriff einer Umwertung entgegengeht. Die „Autorität“ des Staates ist ein historisches Produkt und sie wird vergehen, wie sie geworden ist. Ausgebildet in der Periode, wo die absolute Monarchie die Herrschaft der Bourgeoisie vorbereitete und der Macht der Feudalität ein Gegengewicht im Beamtentum schuf, hat der Staat in der bürgerlichen Periode die Gewaltfunktionen der Klassenherrschaft übernommen. Weil er seine Zwecke nicht offenbaren darf, musste er in ein gottähnliches Wesen umgelogen werden, das über den irdischen, materiellen Kämpfen in den Sphären der ewigen Gerechtigkeit und Moral schwebt. Die proletarische Bewegung muss diesen mystischen Schwindel entlarven, sie muss zeigen, dass der Staat ein Interessenorgan ist, heute im Dienst der Bourgeoisie — künftig im Dienst der Arbeiterklasse und schliesslich der Menschheit. Er wird dann ohne Heuchelei seine Zwecke erfüllen können, von denen allerdings der der Unterdrückung, der heute einer der wichtigsten, ausfallen wird. Er wird zum blossen Verwaltungsorganismus gemeinsamer Interessen werden und darum wird auch der mystische Abgrund, der heute zwischen ihm und den anderen Interessenorganismen liegt, verschwinden. Die Organisation der Beamten und die Regierung sind dann in einer aus demokratischen Verbänden aufgebauten gesellschaftlichen Ordnung ineinander wirkende Glieder — wenn auch verschiedenen Ranges — zwischen die nicht das schreckhafte Wort „Rebellion“ tritt. Und der Beamte selbst wird nicht, den anderen Bürgern gegenüber, zur hochfahrenden „Behörde“.

Zur Zerstörung des Staatsmythos hat der Beamtenstreik einen wichtigen, weithin sichtbaren Beitrag geleistet und damit hat er sicher auch der Sache der proletarischen Revolution gedient. Ein weiterer Nutzen ist, dass im Zusammenwirken der technisch qualifizierten Beamtenschaft mit den Unterbeamten und Arbeitern in vielen Beamten, die bisher trotz ihrer genug schlechten Bezahlung von einer Zusammengehörigkeit mit der Arbeiterschaft nichts wissen wollten, das Bewusstsein der dauernden Interessengemeinschaft rege geworden ist. Das Dankwort der Streikenden an die Pariser spricht vom „Proletariat der Post“ und die Ueberschüsse des Streikfonds sind teils für einige Arbeiterausstände in der Provinz verwendet, teils an den Streikfonds der Arbeitskonföderation abgetreten worden. Die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation der Beamten und ihre Durchdringung mit proletarischem Geist wird wohl der beste Gewinn dieses Ausstandes bleiben. Die oberflächliche Selbstgenügsamkeit der Syndikalisten mag ihn in der Form des Kampfes erblicken, die dem proletarischen Klassenkampf entlehnt war. Aber in unserer Epoche muss eben jede Massenbewegung ihre Formen der entwickeltsten, erfolgreichsten, imponierendsten — der der Arbeiterklasse — entlehnen. Weil der südfranzösische Weinbau vom Kleinbetrieb beherrscht wird, konnte die Winzerbewegung vor zwei Jahren scheinbar die Formen einer revolutionären Massenaktion annehmen und so musste auch die Empörung der Postbeamten zum Mittel des Streiks greifen. Aber so wenig wie damals die Steuerverweigerung war diesmal die Dienstverweigerung ein Angriff auf die kapitalistische Ordnung. Dieser bleibt die Aufgabe der sozialistisch erzogenen und organisierten Arbeiterschaft.

---

## Engelbert Pernerstorfer: Eine ungehaltene Rede

Am 28. März 1909 fand zu Ehren des Professors v. Wilamowitz-Moellendorf, des Fürsten der antiken Philologie in der Gegenwart, eine Neuaufführung der „Orestie“ des Aischylos im Burgtheater statt. Die Uebersetzung war von Wilamowitz und das Publikum bereitete am Schlusse der Aufführung dem Uebersetzer eine rauschende Ovation. Nach dem Theater fand eine Zusammenkunft von Freunden der humanistischen Studien statt, der ausser dem Ehrengast der Herr Unterrichtsminister, andere Spitzen der Unterrichtsverwaltung, Professoren der Universität, Mittelschulprofessoren und einige Outsider, zu denen auch ich gehörte, anwohnten. Wie bei solchen Gelegenheiten üblich,

wurden kurze Reden gehalten. Auch ich sprach. Was ich sagen wollte, konnte ich bloss mehr andeuten, als ausführen. Es wäre eine Unbescheidenheit gewesen, lange Ausführungen zu machen, wo es jedem Redner ja wesentlich darangelegen sein musste, in wenigen Worten etwas Besonderes zu sagen. Flüchtig also konnte ich nur andeuten, dass es gar wohl verständlich sei, dass ein Sozialdemokrat für das humanistische Studium eintrete. Gerne hätte ich mehr gesagt, als ich nach Ort und Zeit sagen konnte. Die Sache ging mir nach und so entschloss ich mich, das, was ich an jenem Abende gerne ausgeführt hätte, nachzutragen. Vielleicht kommt die hier niedergelegte ungehaltene Rede dem einen oder anderen der Teilnehmer der Tafelrunde vor Augen.

Ich hätte also gerne folgendes gesagt:

Als heute am Ende der Theatervorstellung das Publikum sich erhob und gegen die Loge des Professors Wilamowitz applaudierte, gingen mir allerlei ketzerische Gedanken durch den Kopf. Ich kenne mein Burgtheaterpublikum und weiss, dass es, den vierten Stock ausgenommen, bei Erstaufführungen die Blüte modernen Banausentums ist. Seit zwölf Jahren habe ich die leider oft gar zu traurige Pflicht, über Neuaufführungen in der „Arbeiter-Zeitung“ berichten zu müssen. Ich habe gesehen, wie dieses Publikum bei Banalitäten weinte und bei echten, aus dem Herzblut des Dichters geflossenen Kunstwerken lachte. Was an Grimm in meiner Seele lebt, loderte auf und mein Ekel über diese „Menschheit“ dauerte oft lange über den Abend hinaus. Heute freilich war das Publikum zum grossen Teil anders als bei Premieren. Es waren viele da, die ein wirkliches inneres Interesse ins Theater geführt hatte, viele aus den Kreisen der humanistisch gebildeten Schulmänner, viele, die heute im Theater suchten und fanden, was der Zweck der hohen Kunst ist: Erhebung und Erbauung.

Trotz alledem konnte ich mich eines leisen Misstrauens nicht völlig ent schlagen. Trotz alledem fühlte ich nicht bloss, sondern ich wusste direkt, dass unter denen selbst, die ein starkes Interesse vorgaben, solche waren, die weder für den sachlichen Gegenstand noch für die antike Form der gebotenen künstlerischen Darstellung ein tieferes Empfinden hatten, ja dass so manche, die mit ihrer Anwesenheit bei der Vorführung eines altgriechischen Dramas ihre Begeisterung für die Antike markieren wollten, dieser innerlich völlig kühl gegenüberstehen, bei denen ihr Auftreten für die Antike nichts anderes ist als eine interessante Drapierung vor einer sonst oder überhaupt geringgeschätzten Zeitgenossenschaft.

Und vor meinem geistigen Auge stieg ein anderes Bild auf. Ich dachte mir das Theater besetzt von sozialdemokratischen Arbeitern, denen in der Mehrzahl Stoff und Form des Dargebotenen durchaus fremd gewesen wären. Und ich sah, wie dieses ungelehrte Publikum dem Spiele mit atemloser Spannung gelauscht hätte, wie es von den entsetzlichen Vorgängen widerstandslos mitgerissen worden wäre und wie es zuletzt erschüttert und erhöht das Theater verlassen hätte. Das Grausige der Geschichte stiesse da nicht auf schwache Nerven. Zu vertraut sind die Menschen der physischen Arbeit mit dem Grauen. Sie schrecken vor dem Blute nicht zurück. Sie verstehen die Mutter, die ihren Mann, den Mörder ihrer Tochter, ermordet. Was die Besitzenden nur durch Abstraktion empfinden, das erfährt der Proletarier am eigenen Leibe oder an denen seiner Schicksalsgenossen in unserer heutigen vielgerühmten Kulturgesellschaft allzu häufig: wie wehe der Kindermord tut. Und wie er selbst ein Opfer ist, so sieht er tausendfach die Kinder seiner Klassengenossen hingemordet. Nicht durch einen brutalen Akt am Altar, aber anders und schlimmer: durch langsame Qual. Häufig sieht er so den physischen Mord, und der tiefer Grübelnde sieht noch viel häufiger den entsetzlichen geistigen Mord, der in unserer Gesellschaft geübt wird jeden Tag. Er versteht die Rache der Mutter, aber er versteht auch die Tat des unglücklichen Sohnes. Instinktiv, aber mit völliger Sicherheit weiss er es, dass aus Greueln Greuel kommen. Er weiss es aus der Geschichte seiner Klasse. Aus dem Schicksal seiner Klasse gewinnt er eine schreckliche Helligkeit der Einsicht. Aber er hat einen festen Glauben und eine unerschütterliche Zuversicht. Einmal kommt der Tag der Sonne und der Gerechtigkeit. Und ist bis dahin noch Blutvergiessen notwendig — er schreckt nicht davor zurück. Sein Abscheu vor dem Blut ist keine Sentimentalität, sein Ruf nach Frieden kein Jammern. Was sein muss, muss sein. Und wenn es notwendig sein wird, so wird sein Blut und das der anderen,

der Gehassten, wieder in Strömen fließen. So würde mancher der Proletarier im Theater gedacht haben und was den anderen ein Spiel zur Zerstreuung oder zum Genusse ist, wäre ihm ein Mark und Bein erschütterndes Erlebnis geworden.

Aber, wird man einwenden, das wären doch rohe und rein stoffliche Empfindungen gewesen. In der Tat, diese Zuhörer, die ich da im Auge habe, sind keine Aestheten. In erster Linie hätte sie die Sache bewegt. Aber wenn sie heute dagewesen wären und der eine oder der andere von Ihnen hätte sie beobachten können, Sie hätten einen merkwürdigen Eindruck bekommen. Sie hätten schliesslich zugeben müssen, dass diese Spannung, diese Ergriffenheit, diese Empfindungsintensität, wenn sie auch tausendmal vom Stoffe ausgeht, doch auch in diesen so gespannten, so ergriffenen, so empfindenden Seelen auf eine gewisse ästhetische Grundstimmung schliessen lässt, so unklar, so wenig ihrer selbst bewusst, so wenig ausgebildet sie immerhin sein mag. Dieses Publikum hätte auf Sie keinesfalls einen banausischen Eindruck gemacht. Vor kurzem haben wir in Wien zum erstenmal vor einem reinen Arbeiterpublikum Beethovens Neunte Symphonie aufgeführt. Wir hatten lange gezögert, bevor wir uns entschlossen, dieses schwierige Werk den Arbeitern darzubieten. Wir erlebten schon nach den ersten Sätzen einen Sturm der Begeisterung, der sich fortwährend steigerte. Am Schlusse war der Musikvereinsaal Zeuge eines so stürmischen, so andauernden, so jubelnden Beifalles, wie er ihn noch nie oder nur sehr selten erlebt hat.

So freilich stellt sich Ihnen, meine Herren, der Proletarier nie dar. Bei Ihnen ist er der Banause κατ' ἐξοχην (kat exochen). In ihm sehen Sie nur den grossen Haufen und Sie sagen sich: Odi profanum vulgus et arceo (Ich hasse den gemeinen Pöbel und wehre ihn ab). Was aber unterscheidet den wirklichen Banausen von dem wirklichen Gebildeten und dem wirklich Bildungsfähigen? Etwa das bisschen Gelehrsamkeit, oft mühsam und widerwillig erworben in den unheilvollen Berechtigungsschulen? Jene sterile Gelehrsamkeit, die sich damit genügt, mehr oder weniger deutliche Vorstellungen von den Verwandtschaftsverhältnissen der Atridenfamilie zu haben? Oder jene Gelehrsamkeit, deren ganzer Inhalt in einer toten Kenntnis der Namen Aischylos und Wilamowitz besteht? Auf dem Einlassschein in den höchsten Lebenstempel, in den Tempel der Kunst, steht das Wort: Empfänglichkeit. Du magst das ganze Wissen der Welt haben und bleibst doch aus diesem Tempel ausgeschlossen, wenn du nicht von der Geburt her mitbringst das Auge, das die Schönheit sehen, das Ohr, das die Schönheit hören kann. Tausende waren und sind auf Thronen und in Schlössern geboren und sind in den Tempeln der Kunst gestanden und es war, als wären sie nicht da. „Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nie erjagen.“ Millionen aber hat man den Eingang in diese Tempel verwehrt. Manchmal baut sich ein solcher Ausgestossener seinen eigenen Tempel und wenn er tot ist, wissen dann einige wenige, dass wieder ein Grosser unbekannt oder zu spät erkannt gestorben ist. Millionen stehen da, halb unbewusst ihres Dranges nach der höchsten Weltengabe, der Kunst, und die Türen des Tempels werden vor ihnen von einem harten und grausamen Geschlecht gewaltsam verschlossen gehalten. Mehr als das: Giftige Feinde der Menschheit und der Freiheit erzählen der Welt von den modernen Barbaren, denen gegenüber man die Kultur schützen müsse. Man verleumdet diese modernen Barbaren, wie man die barbarischen Vandalen verleumdet hat, sie hätten die Kunstwerke Roms zerstört. Heute wissen wir, die Zerstörer der Kunstwerke, die echten und rechten Banausen und Barbaren, standen nicht vor den Toren Roms, sondern in der Stadt selbst. Sie haben die herrlichen Statuen als Wurfgeschosse gegen die Vandalen gebraucht, während von diesen selbst bezeugt wird, dass sie, als sie vor den noch immer zahlreichen Kunstwerken Roms endlich standen, sie mit Ehrfurcht und heiliger Scheu betrachtet hätten. Roh und unwissend, wie sie waren, konnten sie nicht mit Deutlichkeit den Wert dessen erkennen, was vor ihnen stand, aber es lebte in ihren Herzen, ihnen unbewusst und noch unentwickelt, der Keim des künstlerischen Schauens und Schaffens, der sich dann so herrlich nicht in ihnen selbst, denn sie sind untergegangen, aber in ihren wesensverwandten Brüdern und Vettern zur Frucht entfaltet hat.

Diese modernen Barbaren, die sozialistischen Arbeitermassen, stehen heute vor der Festung der modernen Gesellschaft und werden sie so sicher einnehmen, wie die Vandalen Rom eingenommen haben. Und wenn Sie, meine Herren, auf diese dräuenden

Scharen sehen, so erblicken Sie nichts als die Gefahr, die Ihren Privilegien droht. Beim Arbeiter sehen Sie nichts als die brutalen Begierden und trotzig Gebärden. Was Ihnen bei den Angehörigen Ihrer Gesellschaftsschichte als ein durchaus berechtigtes Bestreben nach Verbesserung des Lebens erscheint, das ist Ihnen beim Arbeiter freche Begehrlichkeit, was Sie als Männerstolz in Gedichten und Reden rühmen, aber, ach, so selten üben, das ist Ihnen beim Arbeiter frecher Trotz. Und so leben heute in jedem Volke zwei unversöhnliche Welten nebeneinander, die sich gegenseitig zum Schluss nicht mehr verstehen können und die sich bis auf den Tod bekämpfen müssen.

In diesem Kampfe repräsentieren Sie heute angeblich die Kultur, weil in Ihren Reihen die Köpfe der Wissenschaft und die Träger der Kunst. Sie sind in Ihren Reihen, wenn sie auch verhältnismässig selten aus Ihren Reihen sind. Im Namen dieser materiellen, geistigen und künstlerischen Kultur fordern Sie für sich die Herrschaft. Vielleicht könnten Sie das mit Recht tun, wenn die moderne Entwicklung der Technik nicht schon längst und mit jedem Tage immer mehr die tatsächliche Scheidung der Menschen in die zwei grossen Klassen der Herrschenden und der Beherrschten überflüssig gemacht hätte. Denn trotz aller rechtlichen Fixierungen bestehen heute wie in alten Zeiten diese zwei Klassen. Den ungefähr 40.000 Freien Attikas zur Zeit der höchsten Blüte Athens standen die 400.000 Sklaven gegenüber. Und damit innerhalb der Schichte der 40.000 sich höchste Kultur entwickeln könne, musste eine halbe Million Menschen die Vorbedingungen schaffen. Und genau so glauben die heute Herrschenden ihre so herrliche Kultur nur aufrecht erhalten zu können, wenn sie Millionen Menschen in materieller und geistiger Sklaverei erhalten, die nur durch die im Verhältnis so grosse Seltenheit gemildert wird, dass aus der Schichte der modernen Sklaven den einzelnen es rechtlich nicht verwehrt ist, in die Schichte der Herrschenden aufzusteigen. Wenn in der Tat und auf immer Kultur nur entstehen und fort dauern könnte durch das Opfer von Millionen von Menschen, so könnte man eine solche Anschauung und eine solche Ordnung verteidigen. Ich tue es nicht. Ich fühle mich durchaus eins mit J. St. Mills bekannten klassischen Worten: „Wenn man wählen müsste zwischen dem Kommunismus mit allen seinen Chancen und dem gegenwärtigen Gesellschaftszustande mit allen Leiden und Ungerechtigkeiten; wenn die Institution des Privateigentums es als notwendige Folge mit sich brächte, dass das Ergebnis der Arbeit so sich verteile, wie wir es jetzt sehen, fast im umgekehrten Verhältnis zur Arbeit — dass die grössten Anteile denjenigen zufallen, welche überhaupt nie gearbeitet haben, die nächstgrössten denen, deren Arbeit beinahe nur nominell ist, und so weiter hinunter, indem die Vergütung in gleichem Verhältnis zusammenschrumpft, wie die Arbeit schwerer und unangenehmer wird, bis endlich die ermüdendste und aufreibendste körperliche Arbeit nicht mit Gewissheit darauf rechnen kann, selbst nur den notwendigsten Lebensbedarf zu erwerben; wenn, sagen wir, die Alternative wäre: dies oder Kommunismus, so würden alle Bedenklichkeiten des Kommunismus, grosse wie kleine, nur wie Spreu in der Wagschale sein!“ Wenn die Wohlfahrt einzelner Schichten und wenn die Kultur und selbst die hohe Kultur einzelner Schichten nur erkaufte werden könnte durch das leibliche und geistige Elend der Massen, dann wäre ihr Wert doch mehr als fraglich. Wir Sozialisten wissen aber, dass die technische Zivilisation das Problem zugunsten der Kultur und der Massen gelöst hat und in immer steigendem Masse lösen wird. Aber immerhin, es lässt sich verstehen, wenn jemand, der die Theorie des Sozialismus entweder gar nicht oder nur höchst mangelhaft kennt, oder sie mit irgend einer Begründung ablehnt, die Kultur so hoch schätzt, dass er zu jedem Opfer an der Menschheit bereit ist. Nur müssen wir dann ernstlich fragen, wie denn unsere heutige Kultur aussieht und welches die Bedingungen ihrer weiteren Entwicklungen sind. Sie ist wesentlich eine materielle Kultur und die Träger und Pfleger der Wissenschaften sind in erschreckender Weise immer mehr Diener dieser materiellen Kultur geworden, was sie ja auch, aber nicht ausschliesslich sein sollen. Wie gering ist die Anzahl der reinen und völlig uninteressierten Männer der Wissenschaft? Und endlich die höchste Blüte aller Kultur: die Kunst. Haben wir überhaupt künstlerische Kultur? Ja, glücklicherweise haben wir noch immer viele einzelne, die das Herdfeuer der Kunst lebendig erhalten. Aber wo sind die Massen, die künstlerische Kultur verstehen und verlangen? Die Werke der Künstler verlangen die Resonanz der Ge-

niessenden. Suche ich aber diese, so sehe ich ein durchaus banausisches Geschlecht der Herrschenden, die tagsüber einer wilden Jagd nach Geld nachgehen, um abends nach schalen Darbietungen einer eklen Afterkunst zu verlangen. Und kann es denn heute anders sein? Züchten wir nicht die Banausen? Erzeugen wir nicht mit einer gewissen Geflissentlichkeit die Mediokrität? Ist die Mittelmässigkeit nicht so sehr ein Kennzeichen unserer modernen Gesellschaft, dass sie spätere Zeiten geradezu nach ihr benennen werden? Muss es nicht so sein in einer Zeit, in der der herrschende Geist trotz aller Redensarten die so notwendige Arbeit irgendwelcher untergeordneter Art gesellschaftlich geradezu ächtet? Muss nicht der Sohn eines höheren Beamten wieder durchs Gymnasium gepeitscht und mit Wissenskram beladen werden, obwohl er ein glücklicherer, besserer und höherer Mensch würde in irgend einer praktischen Betätigung? Zu gleicher Zeit aber werden Tausende und Abertausende Söhne armer Leute gezwungen, in der niederen Sphäre der Eltern zu verbleiben, obwohl in ihnen Keime grösster wissenschaftlicher oder künstlerischer Qualitäten verborgen liegen, die nur nicht zur Offenbarung kommen können. Was ist das für eine Kultur, die mit den vorhandenen Menschenschätzen in so gewissenloser Weise wirtschaftet?

Wir alle, die wir hier sitzen, sind Freunde der Antike oder nennen uns wenigstens so. Muss uns nicht bange werden bei dem Anblick einer Kultur, die, je länger, je mehr, sich mit einer brutalen Ausschliesslichkeit der Pflege einer rein materiellen Zivilisation zuwendet, in der es höchstens noch gelingen kann, mühsam den Zusammenhang mit der alten Kultur an einsamen Stätten aufrecht zu erhalten? Alle unsere Mühe möchte jedoch nutzlos sein, wenn die kommenden Geschlechter nicht stärker, mutiger, lebensfreudiger und kunsthungriger würden als unsere amüsische Generation. Aber das hat die Entwicklung der Zeiten doch mit sich gebracht, dass das Heer der Sklaven anders geartet ist als in den alten Tagen. Etwas hat sich geändert im Bilde der Welt, so sehr, dass trotz alledem die Gegenwart unvergleichlich höher steht als alle vergangene Zeit. Die modernen Barbaren sind es, auf denen alle unsere Hoffnung beruht. In den zahllosen Scharen dieser modernen Sklaven lebt nicht allein der Wille, die Herrschaft derer abzuschütteln, die wahrhaftig nicht die Aristoi (griechisch: die Besten) sind, um zu materiellem Lebensgenuss zu kommen. In ihnen ist wunderbar lebendig und wird immer deutlicher sichtbar der Drang nach den echtsten Kulturgütern. Die Gleichheit, die sie erobern wollen, ist die Gleichheit der Bedingungen, auf Grund welcher erst die Möglichkeit der Differenzierung im weitesten Masse erwachsen kann. Es wächst ein Geschlecht heran, das im starken Trotz das Recht der Persönlichkeit erobern will, das zu keiner Zeit so äusserlich gepriesen und innerlich verraten wird als gerade heute. Es hat keine Zeit vor der unserigen gegeben, die so sehr nach der Uniformität des Staatsbürgers getrachtet hat. In einer dem modernen Bewusstsein unerträglichen Weise verlangt der moderne Staat die Unterordnung des Bürgers, der wohl staatsgrundgesetzlich das Recht hat, zu glauben und zu sagen, was er will und meint. Aber wehe ihm, wenn er, sofern er den herrschenden Klassen angehört, es wagt, aus den staatlich anerkannten Kirchen auszutreten oder frei, ganz frei zu sprechen. Nur das Proletariat nimmt sich die Freiheiten mit oder gegen den Staat und lacht ob seiner Gewaltmittel, die ihm wohl unangenehm werden können, die es aber in seinem Trotz und Zorn nicht zu brechen vermögen. Hier ist Tapferkeit und Selbstbewusstsein. Hier ist aber auch der unersättliche Drang, die Welt zu verstehen und zu schauen. Hier ist die Ahnung nach einer höchsten Welt. Nicht jenseits unserer Erde, sondern auf dieser. Nach jenem Himmel, den wir erleben, wenn wir, vom reinsten Kunstwerk ergriffen, uns nicht mehr von irdischer Schwere belastet fühlen, wenn unsere Seele erdenfrei im hellsten Aether schwebt.

Wenn die harten Fäuste der Arbeiter mit hellem Kopf und heissem Herzen den Zukunftsstaat zimmern werden, dann wird es eine ihrer höchsten Sorgen sein, alles Kulturgut der Menschheit, das uns die Ueberlieferung übermittelt hat, aufzustapeln, es mit heisser Inbrunst zu pflegen und alles vorzubereiten, damit es ins Unendliche vermehrt werde. Denn was der Sozialismus will, das ist reinstes und höchstes Menschentum, mit anderen Worten, eine immer erhabenere Kultur. Wie aber könnte wirkliche Kultur je jener vergessen, die vor mehr als 2000 Jahren einen höchsten Gipfel der Wissenschaft und Kunst erklimmen haben, wie könnte sie vergessen der griechischen Sprache

und ihrer Pflege, jener Sprache, in der uns ewige Schätze der Weisheit und Dichtkunst überliefert sind, deren Rhythmus, deren Kraft, sinnvolle Bedeutsamkeit auch in das einfache Leben des Alltags zu legen, deren unnachahmlicher Schwung uns heute noch mit wohligem Zauber umfassen hält, wie könnte sie je vergessen jenes Volkes, das wie kein anderes vor und nach ihm ein Volk der Weisen und der Künstler gewesen ist, wie könnte es je vergessen der herrlichen Hellenen!

## Bücherschau

### Marx-Literatur

Das von uns schon im vorigen Jahre („Kampf“, I, Seite 287) besprochene Buch des Genossen Boudin „Das theoretische System von Karl Marx“ ist in deutscher Uebersetzung erschienen. (Verlag Dietz, Stuttgart.) Wer Marx' theoretische Lehren bereits kennt und sich nun über die Auseinandersetzung der Marxschen Schule mit ihren bürgerlichen und revisionistischen Gegnern unterrichten will, dem wird Boudins Buch die besten Dienste leisten.

Sombart hat schon in seinem bekannten Büchlein „Sozialismus und soziale Bewegung“ die Frage zu beantworten versucht, was Marx für die soziale Bewegung unserer Zeit bedeutet. Im 27. Band des „Archiv für Sozialwissenschaft“ hat er die Frage gestellt, worin die Bedeutung Marxens für die soziale Wissenschaft zu suchen sei. Er hält beide Abhandlungen für bedeutend genug, um sie nun, mit einigen Abänderungen und Ergänzungen in einer Broschüre unter dem Titel „Das Lebenswerk von Karl Marx“ (Verlag Fischer, Jena) vereinigt, nochmals herauszugeben.

Der sozialen Bewegung hat Marx das notwendige Ziel und die Wege zum Ziele gewiesen. Aber nicht diese realen, sondern fiktive Werte erklären die Sieghaftigkeit seiner Lehre: so die Arbeitswerttheorie, die von seinen Gläubigen als Verurteilung der Ausbeutung missverstanden wurde; der vermeintliche Nachweis, dass das heissersehnte Ziel zugleich unvermeidliches Entwicklungsprodukt sei; die revolutionäre Schwungkraft seiner Darstellungsweise. („Das ist ein herrliches Bum! Bum! und Tschingdara! wie es sich der blutrünstige revolutionäre Jüngling und die hysterische revolutionäre Jungfrau nicht schöner wünschen kann,“ sagt Sombart vom Kommunistischen Manifest.)

Sind das in der Tat „fiktive Werte“? Sombart macht keinen Versuch, Marxens Lehrsätze ernsthaft zu widerlegen; er sucht nur den Leser von ihrem konkreten Inhalt abzulenken. Er knüpft zu diesem Zwecke an Windelbands und Rickerts Unterscheidung der Gesetzeswissenschaften und der im engsten Sinne historischen Wissenschaften an. Zu einer sozialen Gesetzeswissenschaft habe Marx nichts Dauerndes beigetragen. So sei zum Beispiel sein Wertgesetz bestenfalls ein nützlich heuristisches Prinzip. (Das Wertprodukt des Jahres 1909 verhält sich zum Wertprodukt des Jahres 1908 wie die Menge der im Jahre 1909 zur Menge der im Jahre 1908 aufgewendeten gesellschaftlichen Arbeit, — dieser Satz kann wahr oder falsch, er kann aber nicht ein „heu-

ristisches Prinzip“ sein.) Marx' Bedeutung für die Sozialwissenschaft liege also auf historischem, nicht auf gesetzeswissenschaftlichem Gebiete: „Er entdeckte die Subjekte des Kapitalismus: die ‚eminent spinners‘, die ‚extensive sausage makers‘ und die ‚influential shoe black dealers‘.“ So gelingt es dem Herrn Professor, aus dem „Kapital“ ein schöngeistiges Feuilleton zu machen und aus Marx eine Art — Sombart.

Herr Professor Sombart hat sich durch seine älteren Schriften grosse Verdienste um den Ausbau und die Popularisierung der Wirtschaftslehre erworben. Aber je älter er wird, desto mehr kommt der begabte Mann der Neigung der Halbgelbten entgegen, die so gern über die ernstesten und schwierigsten Probleme im leichten Plauderton sprechen hören. Marx mit Zola verglichen — wie interessant, wie interessant! Wer aber ernste Probleme ernsthaft studieren will, muss vor solchen Feuilletons gewarnt werden.

Weiss Sombart selbst dem armseligsten Gedankensplitterchen durch die Kunst seiner Darstellung den Anschein einer tief dringenden Erkenntnis zu geben, so hat Georg v. Charasoff den richtigen Grundgedanken seines Buches „Karl Marx über die menschliche und kapitalistische Wirtschaft“ (Verlag Hans Bondy, Berlin) durch seine unglückliche Darstellungsweise bis zur Lächerlichkeit verzerrt. Charasoff hebt aus dem „Kapital“ den Gedanken heraus, dass die kapitalistische Produktionsweise, so sehr sie auch die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit steigert, dennoch schliesslich zu einem Hemmnis ihrer weiteren Steigerung wird, dass sie uns das technisch mögliche Maximum der Produktivität nicht erreichen lässt. Ist es auch unrichtig, dass Marx nur die Grösse, nicht die Verteilung des Reinertrages der Volkswirtschaft interessiere, so ist doch der von Charasoff herausgehobene Gedankengang gewiss einer der Grundsteine der Marxschen Oekonomie. Charasoff zeigt, dass der Kapitalismus Arbeit ersparende, also die Produktivität steigernde Arbeitsmethoden nicht anwenden kann, wenn ihre Kosten grösser sind als der zu ersparende Wert der Arbeitskraft, obgleich geringer als der Wert der zu erzeugenden Ware, dass also der technische Fortschritt, die Einführung mancher Arbeit ersparenden Produktionsmethoden durch die Tatsache gehemmt wird, dass der Kapitalist nur einen Teil der aufgewendeten Arbeit, nur die notwendige, nicht die Mehrarbeit bezahlt. Diese Tatsache ist gewiss das grundlegende und allgemeinste Hindernis der technischen Entwicklung in der kapitalistischen Produktionsweise. Freilich gibt es ausser ihr noch andere, die Charasoff nicht erwähnt

ich habe sie in meiner „Nationalitätenfrage“ aufzuzählen versucht. („Marx-Studien“, II., Seite 95ff.; Sonderausgabe Seite 82 ff.)

Diesen richtigen Grundgedanken stellt aber Charasoff so ungeschickt als nur möglich dar. Er fasst nämlich die politische Oekonomie nicht als eine Wissenschaft auf, die unter Gesetzen begreift, was im Wirtschaftsleben geschieht, sondern als eine Kunstlehre, die den Menschen rät, wie sie wirtschaften sollen, um das technisch mögliche Maximum der Produktivität der Arbeit zu erreichen. Sein Wertgesetz lautet also: Soll eine Wirtschaft des technischen Fortschritts fähig sein, so müssen in ihr die Geldpreise die in den Waren verkörperte Arbeit messen. Seine Kritik des Kapitalismus: Die kapitalistische Produktion ist nicht rationell, weil sie nicht mit der ganzen Arbeit haushält, sondern nur über den im Lohn bezahlten Teil der Arbeit Buch führt. Gesellschaftlich betrachtet, ist der Profit — ein Rechenfehler, die Lohnarbeit — eine falsche Buchführung über die Kosten des Haushalts. Seine Entwicklungstendenzen: Die Arbeiterklasse wird über die Kapitalistenklasse siegen, nicht weil es die Moral verlangt, nicht weil die Verteilung des Wirtschaftsertrages ungerecht ist, sondern weil das Proletariat die einzige Klasse ist, welche die richtige Buchführung, die wissenschaftlich genaue Arbeitsbilanz verwirklichen kann. All das ist, wenn auch nicht, wie Charasoff meint, der ganze Marx, so doch ein wesentlicher Bestandteil der Marxschen Lehre, aber so unbeholfen als nur möglich ausgedrückt. Aber wir gestehen, dass uns die ungeschickte, aber ernste Darstellung eines richtigen und wichtigen Gedankens immer noch lieber ist, als noch so geistreiche Feuilletons, die, allen Ernstes bar, über alle Schwierigkeiten grosser Probleme hinübertänzeln. O. B.

## Deutschösterreichische Partei-literatur

Die Schliessung der ersten Session des Parlaments gab der Fraktion Gelegenheit, der Arbeiterklasse über „Die Tätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Abgeordnetenhaus“ zu berichten. Die 72 Seiten starke Broschüre (Preis 40 h), deren Benützung durch ein gutes Sachregister erleichtert wird, gibt in gedrängter Form eine Uebersicht über die umfangreiche Tätigkeit unserer Abgeordneten und wird namentlich den in der Agitation tätigen Genossen sehr willkommen sein. Die Neuerung, die durch die Herausgabe des Handbuches für die niederösterreichischen Landtagswahlen eingeführt wurde, hat auf die Genossen in den anderen Kronländern anregend gewirkt. Wir können heute erfreulicherweise von zwei ähnlichen Publikationen berichten. Im Verlage der „Salzburger Wacht“ erschien „Ein Führer für das arbeitende Volk im Kampfe um die Vertretung im Salzburger Landtag“, der auf 30 Seiten das Salzburger Landtagswahlrecht darstellt, die Zustände des Landes bespricht und das sozialdemokratische Landtagsprogramm verkündet. Zur Unterstützung des Wahlkampfes der oberösterreichischen Genossen besprach Genosse Gruber in der Linzer „Wahrheit“ in einer langen Reihe von Artikeln „Die wirtschaftlichen, kul-

turellen und sozialen Zustände in Oberösterreich“, wodurch man interessante Einblicke in die Verhältnisse dieses Landes gewinnt.

Ueber den Inhalt des grössten Gesetzgebungswerkes, welches das Parlament nunmehr zu beschäftigen haben wird, der Sozialversicherung, orientiert in sehr übersichtlicher Weise die Broschüre „Was bringt die Vorlage über die Sozialversicherung den Arbeitern?“ (Wiener Volksbuchhandlung, 1908, 20 h.) Ueber einen Gegenstand, der das Parlament sehr intensiv beschäftigt hat, unterrichtet die Broschüre „Die Sozialdemokratie und der Friede“ (Wiener Volksbuchhandlung, 1909, Preis 1 K.). Sie bringt auf 50 Seiten die Reden unserer Genossen über die bosnische Frage und die Kriegsgefahr. Sie ist wertvoll nicht nur wegen der politischen Bedeutung dieser Reden, sondern auch deshalb, weil dem Leser ein Einblick in die schwierigen handelspolitischen Fragen und nationalen Probleme gegeben wird, die in der Balkanfrage enthalten sind, und weil die Verhältnisse Bosniens erörtert werden. Es ist schade, dass der hohe Preis die Anschaffung dieser Broschüre, die nach ihrem Vorwort ein Bericht an die Arbeiterklasse sein will, gerade den Arbeitern sehr erschwert.

Die Zahl unserer Agitationsbroschüren hat in der letzten Zeit ebenfalls eine Vermehrung erfahren. Nr. 1 der Lichtstrahlensammlung: „Nach Feierabend“ von Michael Schacherl (Preis 10 h) ist neu aufgelegt worden. Die Broschüre, die in der Form von sieben Gesprächen zeigt, was die Sozialdemokratie ist, wird in der Agitation unter den Landarbeitern gute Dienste leisten. In derselben Sammlung erschien: „Was wollen die Frauen in der Politik?“ von Therese Schlesinger (Preis 10 h). An einer grossen Zahl von Beispielen wird eindringlich erläutert, wie die speziellen Interessen der proletarischen Frauen durch die politischen Kämpfe berührt werden, weshalb die Frauen an ihnen, und zwar im Lager der Sozialdemokratie teilnehmen müssen. Die Verfasserin polemisiert dann gegen die Anschauungen von Genossen, welche die Schwierigkeiten hervorheben, die der Partei durch die Einführung des Frauenwahlrechtes bereitet würden. Ob eine solche Polemik im Rahmen dieser Broschüre zweckmässig ist, scheint recht fraglich.

Die Genossen der Bukowina geben unter dem Titel „Das wahre Wort“ eine Sammlung von Broschüren heraus, von der das Stück bloss 6 h kostet. In der ersten behandelt Dr. Tatiana Grigorovici den „Klassenkampf“. Sie zeigt die Klassengegensätze in der antiken, mittelalterlichen und modernen Gesellschaft und die daraus entspringenden Klassenkämpfe auf, die erst mit dem Siege des Sozialismus durch die Aufhebung der Klassen ein Ende finden werden. Der inhaltsreichen Broschüre ist weite Verbreitung zu wünschen. In der zweiten Broschüre schreibt Jakob Pistiner über den „Politischen Kampf“. Der Inhalt der Broschüre entspricht nicht dem, was man nach dem Titel im Rahmen dieser Sammlung erwartet. Man vermutet, eine Auseinandersetzung darüber zu finden, warum die Arbeiterklasse neben dem gewerkschaftlichen auch einen politischen Kampf zu führen hat, wie

die beiden miteinander zusammenhängen, welche Methoden es im politischen Kampfe gibt u. s. w. Das erfährt aber der Leser der Broschüre nicht. Dafür setzt sie viele andere Dinge auseinander, die an und für sich sehr wichtig sind, aber abseits vom Thema liegen.

R. D.

## Slowenische Parteiliteratur

Seit Februar 1. J. erscheint wiederum in Laibach die soziale Revue „Naši Zapiski“ (Unsere Notizen). Als Herausgeber zeichnet Genosse Anton Kristan, als Redakteur Genosse Doktor Anton Dermota. Drei Hefte liegen bereits vor uns. Unter den bisherigen Mitarbeitern sehen wir nicht nur die besten Parteischriststeller, sondern die besten slowenischen Schriftsteller überhaupt. Genosse Dr. Anton Dermota hat in der Einleitung — im Artikel „Auf den Weg“ — klar auseinandergesetzt, was die „Naši Zapiski“ anstreben: Beweisen wollen sie, dass unser slowenischer Sozialismus, welcher dasselbe Endziel und dieselben Prinzipien hat wie der Sozialismus überall auf der Welt, aus unserem slowenischen Boden, aus unseren slowenischen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen, aus unseren slowenischen Leuten, aus unserer slowenischen Geschichte (und die ist grösser und reicher, als man meint) erwachsen ist. Die bisherigen Aufsätze behandeln folgende Themen: R. L.: „Ueber Anarchismus“; Dr. H. Tuma: „Der achtzigjährige L. N. Tolstoi“; Doktor Dragotin Lončar: „Aus der politischen Korrespondenz des Dr. J. Bleiweis“; Dr. Boris Zarnik: „In memoriam Charles Darwin“; Abditus: „Die soziale Versicherung der Bauern“; Junij: „Geschlagen“ (über den österreichisch-serbischen Konflikt); Etbin Kristan: „Herzegovina“; Dr. Ivan Prijatelj: „Ein Beitrag zur slowenischen sprachlichen und sozialen Geschichte“ und Dr. Edward Serčk: „Geistlichkeit und Klerikalismus“. In jedem Hefte ist eine reiche Rundschau über Nationalökonomie, Politik, Gewerkschaftsbewegung, Genossenschaftsbewegung, Schulwesen und Biologie. Die letzte Seite in jedem Hefte gehört aber dem besten slowenischen Dichter Oto Zupančič, der in ausserordentlich witzigen Epigrammen die „offizielle“ slowenische Presse geißelt. „Naši Zapiski“ werden ohne Zweifel zum besseren Verständnis des Sozialismus in den slowenischen Ländern sehr viel beitragen.

Dieser Tage ist das stenographische Protokoll des letzten Parteitagess der slowenischen Sozialdemokratie erschienen. Der Parteitag der slowenischen Sozialdemokratie tagte am 31. Jänner, am 1. und 2. Februar 1. J. in Laibach, war von 66 Delegierten aus Krain, Steiermark, Kärnten, dem Küstenland und Dalmatien besucht und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Organisation der Partei. Er hat ein neues Organisationsstatut angenommen und wichtige Anträge bezüglich der Ausgestaltung der Parteipresse akzeptiert. Dieses Protokoll ist das erste, das im Druck erschienen ist, trotzdem bereits acht Parteitage abgehalten worden sind.

Zu erwähnen ist auch die Maischrift für das Jahr 1909, die in sehr nettem Kleide und in einem für unsere Verhältnisse reichen Umfange dem slowenischen Proletariat vorgelegt wurde.

Eine massenhafte Verbreitung wird die Broschüre „Der Krieg und die österreichische Sozialdemokratie“ finden, die die Reden der Genossen Abgeordneten Adler, Seitz, Soukup und Daszynski in der bekannten Debatte bei der Verhandlung des Rekrutenkontingents bringt.

So sammelt unsere slowenische Partei geistiges Brot für die slowenischen Proletarier, die in dieser Beziehung die Aermsten unter den Armen gewesen sind.

A. K—n.

## Politik

Seitdem die christlichsoziale Partei nicht nur in der Gemeinde Wien und im Lande Niederösterreich, sondern auch im Reiche zu einer Macht geworden ist, die Aemter und Würden zu verleihen hat, gelingt es ihr leichter als früher, auch in den Reihen der Intellektuellen, insbesondere des bürokratischen Nachwuchses Parteigänger zu werben. Je mehr der Geist des rebellischen, volkstümlichen, aber freilich auch banausischen, bildungsfeindlichen Wiener Kleinbürgertums in ihr zurückgedrängt wird, je besser sich die christlichsoziale Partei dem Bürgertum als eine grosse bürgerliche konservative und patriotische Partei zu empfehlen weiss, je mehr die Schneider und Gregorig von den Weiskirchner und Pattai in den Hintergrund geschoben werden, desto stärker wird der Zufluss der Intellektuellen in das christlichsoziale Lager. An diese Kreise wendet sich die neue Wochenschrift „Die Freistadt“, die von Friedrich Freiherrn v. Vogelsang, einem Sohne des bekannten Vertreters christlichfeudaler Sozialpolitik in Oesterreich, herausgegeben wird. (Verlag: Wien, VIII., Piaristengasse 9; Preis ganzjährig 12 K.) Auch die neue Zeitschrift scheint freilich den Zusammenhang der kleinbürgerlich-bäuerlichen Bewegung, die der Kern der christlichsozialen Partei ist, mit der feudalen Grundherrenklasse, die so oft demokratische Massenbewegungen für ihre Zwecke zu missbrauchen wusste, stärken zu wollen; finden wir doch in der Liste der Mitarbeiter des ersten Heftes gleich fünf hochadelige Namen, unter ihnen den des Grafen Franz Thun. In diesem Sinne scheint der Name Vogelsang auch heute noch ein Programm zu sein! Es wäre zu wünschen, dass er es auch in einem anderen Sinne wäre: Karl Vogelsang hat zwar vom feudalen, nicht vom demokratischen, geschweige denn vom proletarischen Standpunkt aus, aber doch mit Kraft und Wissen den Kapitalismus bekämpft. Wenn die neue Zeitschrift nicht nur an die feudalpolitischen, sondern auch an die sozialökonomischen Lehren Karl Vogelsangs anknüpfen wollte, könnte sie sich ein grosses Verdienst erwerben: es wäre ihre Aufgabe, der Tendenz entgegenzuwirken, die in der christlichsozialen Partei den kapitalistischen Bestrebungen der städtischen und ländlichen Mittelklassen immer vollständiger zum Siege über die antikapitalistischen Anschauungen ihrer Begründer verhilft. Die Anlage der neuen Zeitschrift ist dieser Aufgabe freilich nicht günstig. Das erste Heft enthält keine wissenschaftlichen, nicht einmal populärwissenschaftliche Abhandlungen, sondern nur kurze Aufsätze, die sich im Umfang, im Inhalt, selbst in der Darstellungsweise kaum über kurze Leitartikel der klerikalen Tagespresse erheben.

K. M.

## Steuergesetzgebung

Im letzten Hefte der „Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung“ unterwirft Dr. Emil Lederer die im Juli 1908 eingebrachte Regierungsvorlage über die Reform der Gebäudesteuer einer vernichtenden Kritik. Lederer hält es überhaupt für fraglich, ob eine Steuerreform das geeignete Mittel ist, die Bautätigkeit zu beleben und die Mietzinse zu senken; die Ansammlung der Steuergelder, auf welche die Regierung verzichten will, für die Zwecke einer systematischen Wohnungspolitik würde er vorziehen. Will man aber die Steuerreform, dann erscheinen doch jedenfalls die Vorschläge der Regierung völlig verfehlt.

Dies zu erweisen, untersucht Lederer, welche Beträge an Staatssteuern die Gebäude Wiens im Jahre 1906 abgeworfen hätten, wenn die Gebäudesteuervorlage am 1. Jänner 1895 in Kraft getreten wäre. Nach seiner Berechnung hätte die tatsächliche Ersparnis, die in ganz Wien durch die Steuerreform erzielt worden wäre, 3 Millionen Kronen nur unwesentlich überstiegen. Da der für das Jahr 1906 vorgeschriebene Bruttomietzins mehr als 267 Millionen Kronen betrug, ist eine Steuerersparnis von 3 Millionen Kronen an sich ungeeignet, eine fühlbare Herabsetzung der Mietzinse zu bewirken. Nun wäre aber von diesen 3 Millionen Kronen der grösste Teil auf diejenigen Bezirke entfallen, in denen der Mietzins eine hohe Differenzialrente einschliesst, eine Herabsetzung der Steuer also auch keine fühlbare Ermässigung

der Mietzinse herbeiführen kann. (Vergleiche „Kampf“, I., Seite 328.) So würden durch die Steuerreform die Hausbesitzer im I. Bezirk 987.686 K, im II. Bezirk 396.623 K an Staatssteuern ersparen, dagegen der X. Bezirk nur 98.544 K, der XVI. Bezirk nur 92.424 K, Brigittenau, Floridsdorf und Hietzing sogar (infolge der Verkürzung der steuerfreien Zeit) mehr an Staatssteuern bezahlen als heute! Nur durch die höchst zweifelhafte Ermässigung der Landes- und Gemeindeumlagen für Neubauten könne nach der Regierungsvorlage eine wirksame Ermässigung der Mietzinse herbeigeführt werden; von dem Steuerverzicht des Staates selbst fallen 80 Prozent den am meisten ausgebauten Bezirken zu, wo die Ermässigung der Steuer keinen Einfluss auf die Wohnungspreise üben wird.

Uebereinstimmend mit unseren Forderungen („Kampf“, I., Seite 329) glaubt auch Lederer, dass eine Ermässigung der Mietzinse durch eine Steuerreform nur dann herbeigeführt werden kann, wenn die Steuerermässigung den Neubauten zugewendet wird. Er glaubt dies am zweckmässigsten durch eine Abstufung der Steuersätze je nach der Höhe des Mietzinses durchführen zu können. Aber nur wenn die Degression nicht allmählich, sondern sprunghaft ist, werde die Ermässigung der Mietzinse bewirkt und die Kapitalisierung der Steuerersparnis zugunsten der Hausbesitzer verhindert werden.

Wer sich für die Frage der Reform der Hauszinssteuer interessiert, wird an dieser Studie nicht vorübergehen können. O. B.

## Die Arbeiterbibliothek

### Die Gemeinde

Das Mass von Interesse, das die Arbeiterschaft eines Landes den Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung entgegenzubringen in der Lage ist, steht im geraden Verhältnis zur Ausdehnung und Stärke der Arbeiterbewegung des betreffenden Landes. Die österreichische Sozialdemokratie ist noch verhältnismässig jung, zudem auch fortwährend von anderen, dringenderen Aufgaben in Anspruch genommen gewesen, kein Wunder also, dass der Gemeindeverwaltung bis vor kurzem noch recht geringe Aufmerksamkeit zugewendet wurde, kein Wunder auch, dass die österreichische Parteiliteratur über Kommunalpolitik noch sehr spärlich ist. Wer diese studieren will, ist daher in die Zwangslage versetzt, die Prinzipien und Richtlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik vorwiegend nach reichsdeutscher Literatur und an reichsdeutschen Objekten zu studieren, die mit unseren einheimischen natürlich nicht gleichgeartet sind.

Es kann sich im folgenden selbstverständlich nicht darum handeln, Spezialliteratur zu den zahlreichen und mannigfaltigen Zweigen kommunaler Tätigkeit wie Unterrichts-, Gesundheitswesen, Sozialpolitik u. s. w. u. s. w. anzuführen; Erwähnung finden können hier nur Werke allgemeineren Charakters. Bloss die reiche Literatur über die Wohnungsfrage, die ja auch keine rein kommunale Angelegenheit ist, soll in einem

späteren Hefte des „Kampf“ noch besonders behandelt werden.

Ein eigentliches Kommunalprogramm hat in Oesterreich bisher weder die Gesamtpartei noch die deutsch-österreichische Sozialdemokratie formuliert. Wohl aber besteht ein lokales Programm für Wien: „Kommunales Programm der Sozialdemokraten Wiens“ (in der Volksbuchhandlung um 2 h erhältlich). Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs hat sich mit der Frage eines solchen Programms auf dem Grazer Parteitag im Jahre 1900 beschäftigt (Preis des Protokolls 50 h), und dem Wiener Parteitag von 1907 ist dann noch die spezielle Angelegenheit des Gemeinwahlrechtes vorgelegen (Preis des Protokolls 60 h). Eingehender hat sich die Bruderpartei Deutschlands mit der sozialdemokratischen Kommunalpolitik befasst, die zweimal auf der Tagesordnung ihrer Parteitage gestanden hat, auf der des Münchener (1902) und der des Bremer (1904) (Preis der Protokolle 72 und 84 h).

Ueber die der Gemeinde gestellten Probleme gibt eine kurze Uebersicht Professor K. Büchers Broschüre „Die wirtschaftlichen Aufgaben der modernen Stadtgemeinde“ (Leipzig, Seele, 1898, Preis 36 h). Ausführlicher ist die etwas unkritische, daher um so kritischer zu lesende Schrift des deutschen Bodenreformers Adolf Damaschke „Aufgaben der Gemeindepolitik“ (Jena, Fischer, 1904, Preis

K 1:80). Eine Würdigung der hohen Bedeutung, die die Grossstadt für das moderne Wirtschafts- und Geistesleben besitzt, bringt das Jahrbuch der Gehe-Stiftung, Band IX, mit dem Titel „Die Grossstadt“ (Dresden, Zahn und Jaensch, 1903, Preis K 4:80); dieses Buch enthält Aufsätze von bekannten deutschen Gelehrten, von K. Bücher, F. Ratzel, G. v. Mayr, H. Wäntig, G. Simmel, Th. Petermann und D. Schäfer.

Ein sehr verdienstvolles Werk ist die Herausgabe einer Broschürenserie unter dem Gesamttitel „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“, die seit 1905 im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erscheint. Bisher sind folgende neun Hefte erschienen: Nummer 1, „Das kommunale Wahlrecht“ von Paul Hirsch und Hugo Lindemann (Preis 36 h) (hat, da nur deutsche Verhältnisse behandelnd, für österreichische Leser wenig Bedeutung); Nummer 2, „Kommunale Arbeiterpolitik“ von Hugo Lindemann (Preis 48 h); Nummer 3, „Kommunale Schulpolitik“ von Max Quarck (Preis 60 h); Nummer 4, „Kommunale Wohnungspolitik“ von Paul Hirsch (Preis 60 h); Nummer 5, „Steuern und Gebühren“ von Hugo Lindemann (Preis 36 h); Nummer 6, „Die städtische Regie“ von Hugo Lindemann (Preis 48 h); Nummer 7, „Das Submissionswesen“ von Fritz Paepow (Preis 48 h); Nummer 8, „Englische lokale Selbstverwaltung und ihre Erfolge“ von William Sanders (Preis 36 h) und Nummer 9, „Die Hygiene der Städte, I. Die Trinkwasserversorgung“ von D. J. Zadek (Preis 60 h). Weitere Hefte sind in Vorbereitung. Im Anschluss an die eben genannte Schrift von Sanders empfiehlt sich die Lektüre des trefflichen Werkes von D. H. Lindemann (C. Hugo), „Städteverwaltung und Munizipalsozialismus in England“ (Stuttgart, Dietz, 1906, Preis 3 K).

Eine sehr eingehende Erörterung finden die Kommunalangelegenheiten in den grossen und umfassenden Werken Hugo Lindemanns „Die deutsche Stadtverwaltung, ihre Aufgaben auf den Gebieten der Volkshygiene, des Städtebaues und des Wohnungswesens“ (zweite Auflage, Stuttgart, Dietz, 1906, Preis K 16:20) und „Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege in der deutschen Stadtverwaltung“ (zweite Auflage, Stuttgart, Dietz, Preis des 1. Bandes, „Arbeiterpolitik“, K 12:60, des 2. Bandes, „Wirtschaftspflege“, K 10:80). Behandeln diese Werke auch nur reichsdeutsche Verhältnisse, so haben doch die aufgestellten Prinzipien und Forderungen im allgemeinen auch für uns Geltung. Ausschliesslich für Deutschland berechnet ist dann das von Lindemann und Südekum herausgegebene „Kommunale Jahrbuch“, von dem der 1. Jahrgang, fast 900 Seiten stark, erschienen ist (Jena, Fischer, 1908, Preis 18 K). Als Nachschlagebuch gedacht und nur praktische Detailfragen der Gemeindeverwaltung erörternd, hat es auch nur für den Praktiker Wert, aber zur allgemeinen Orientierung ist es nicht geeignet.

Ueber das österreichische Gemeindefrecht und das damit in engem Zusammenhang stehende Heimatsrecht orientiert man sich leicht

aus dem 1. Band von Ingwer-Rosners „Volkstümlichem Handbuch des österreichischen Rechtes“ (Wien, Volksbuchhandlung, 1907). Nicht genug zu empfehlen ist ferner Dr. C. Brockhausens vortreffliches Buch „Die österreichische Gemeindeordnung“ (Wien, Manz, 1905, Preis 5 K), in dem unser Gemeindegesetz einer scharfen und treffenden Kritik unterzogen wird. Eine ausführliche Darstellung des österreichischen Gemeindefwesens sowie einzelner Stadtverwaltungen (Wien, Prag, Graz, Karlsbad, Pilsen) ist enthalten in den „Schriften des Vereines für Sozialpolitik“, 122. Band, „Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte Oesterreichs“ (Leipzig, Duncker u. Humblot, 1907, Preis K 10:56). Was dann noch die vielgepriesene Herrlichkeit der christlichsozialen Verwaltung Wiens betrifft, so erfährt diese die verdiente Beleuchtung in Alexander Täublers Schriftchen „Christlichsoziale Skandalwirtschaft“ („Lichtstrahlen“ Nr. 18, Wien, Volksbuchhandlung, 1907, Preis 10 h) und in Jakob Reumanns „Die städtische Arbeitsvermittlung als Mittel des Kampfes gegen die Sozialdemokratie“ („Wiener Arbeiterbibliothek“ 6. Heft, Volksbuchhandlung, 1898, Preis 20 h).

Der Vollständigkeit halber mögen auch noch die vom Verein für Sozialpolitik in Deutschland herausgegebenen „Schriften über die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte“ Erwähnung finden. Mit Ausnahme des schon genannten Bandes über Oesterreich kämen sie, weil das Ausland behandelnd, nur für den in Betracht, der sich das Gemeindefwesen zum Spezialstudium erkoren hat. Die Bände 117 bis 119 haben Preussen zum Gegenstand, 120 Sachsen, Württemberg, Baden, Bayern und die Hansestädte, Band 121 die Schweiz, 123 England, Frankreich und Nordamerika (dieser Band in englischer, beziehungsweise französischer Sprache!). Gleichfalls nur Wert für Spezialstudien haben die Bände 126 und 127, die das Finanzwesen der deutschen Städte erörtern. (Band 127 erst in Vorbereitung!) Wohl aber hat allgemeine Bedeutung der 128. Band, „Gemeindefetriebe, neuere Versuche und Erfahrungen über die Ausdehnung der kommunalen Tätigkeit“ (Leipzig 1908, 12 K), er enthält auch einiges Material aus Oesterreich über die für die sozialistische Gemeindepolitik hochbedeutsame Frage der Kommunalisierung.

Bei so praktischen Fragen, wie die Gemeindeverwaltung eine ist, wo fast täglich über Neuerungen und neue Erfahrungen zu berichten ist, ist die Zeitschriftenlektüre, will man auf dem laufenden bleiben, nicht zu entbehren. An erster Stelle ist da zu nennen das wöchentlich erscheinende Parteiorgan „Kommunale Praxis“, Berlin (Bezugspreis für Oesterreich vierteljährlich K 2:19). Begegnet uns hier auch wieder der Uebelstand, dass das Blatt bloss für Deutschland geschrieben ist, so steht doch so viel Prinzipielles und Tatsächliches von allgemeinem Interesse darin, dass es auch der österreichische Leser mit Nutzen lesen wird. Auch in der „Neuen Zeit“ und den „Sozialistischen Monatsheften“ sind viele lesenswerte Aufsätze über kommunalpolitische Fragen zu finden.

E. L.